

wendet, obwohl diese restriktiven Annahmen in der Praxis nur selten erfüllt sind. In strukturellen Zeitreihenmodellen verwendet man daher stochastische Funktionen für μ_t und γ_t . Überdies erwies es sich als vorteilhaft, zusätzlich eine zyklische Komponente einzuführen, und zwar entweder indem man den Zyklus additiv als vierte Komponente zu Gleichung (1) hinzufügt oder indem man die zyklische Komponente in den Trend integriert. In beiden Fällen wird aber auch für den Zyklus eine stochastische Funktion verwendet.

Nichtstatistiker werden es wohl als aussichtsloses Unterfangen ansehen, ein Modell schätzen zu wollen, in dem vier Komponenten im Zeitverlauf stochastisch schwanken können. Für den Statistiker hingegen ist dies keine unlösbare Aufgabe. Seit geraumer Zeit gibt es nämlich mit dem Kalman-Filter ein sehr effizientes Instrument für die Bewältigung solcher Schätzprobleme. Die einzige Voraussetzung für die Anwendung des Kalman-Filters ist, daß das zu schätzende Modell in „State-space“-Form gebracht werden kann (Details über State-space-Darstellung eines Modells und Kalman-Filter finden sich in vielen Arbeiten über Zeitreihenmodelle, etwa in Abraham — Ledolter, 1983, oder Harvey, 1981). Strukturelle Zeitreihenmodelle sind ohne größere Schwierigkeiten in State-space-Form darzustellen. Der geschätzte „State“-Vektor kann dann zur Berechnung von Schätzwerten der nichtbeobachtbaren Komponenten verwendet werden. Das ESRC Centre of Economic Computing an der London School of Economics verfügt über ein Computerprogramm für solche Modellschätzungen. Die PC-Version dieses Programms wurde für die Schätzungen im empirischen Teil dieser Arbeit verwendet.

Empirische Ergebnisse

Einige Branchen erreichen sowohl nach den Auftragseingängen als auch nach der Produktion nur einen geringen Anteil an der gesamten Industrie Österreichs. Das ist mit ein Grund, hier nicht die Modelle für alle 17 Branchen, sondern für die Industrie insgesamt und für drei zusammengefaßte Bereiche wiederzugeben: Grundstoffe, Produkte der Metallverarbeitung

und „leichte Konsumgüter“. Auf diese drei Bereiche entfallen fast 90% der gesamten Auftragseingänge der österreichischen Industrie.

Auftragseingänge der Industrie

Die Auftragseingänge der Industrie stiegen von 194,4 Mrd. S im Jahr 1973 auf ein Volumen von 452,5 Mrd. S im Jahr 1987 (jeweils zu laufenden Preisen). Die Schätzung eines strukturellen Zeitreihenmodells für dieses Aggregat brachte durchaus zufriedenstellende Ergebnisse. Der übliche Determinationskoeffizient R^2 ist mit 0,9508 sehr hoch. Leider ist die Aussagekraft dieser Größe für Zeitreihendaten nicht sehr groß. Harvey (1984) schlägt daher zwei modifizierte Bestimmungsmaße, RD^2 und RS^2 , vor, die viel besser geeignet sind. Die hohen positiven Werte von RD^2 und RS^2 (0,7264 bzw. 0,5168) weisen auf eine signifikante Überlegenheit des strukturellen Zeitreihenmodells zur Analyse der Auftragseingänge der Industrie hin.

Abbildung 1 enthält beobachtete und geschätzte Werte für die Auftragseingänge der Industrie. Die vertikale Achse wird hier durchwegs in Logarithmen dargestellt (insbesondere nominelle Auftragseingänge und reale Produktionsindizes), um die Zunahme der Schwankungsbreite der Originalreihe im Zeitablauf auszuschalten. Die Anpassung ist — abgesehen von einzelnen Ausreißern, die durch Großaufträge verursacht sein dürften — zufriedenstellend. Klaffen beobachtete

Methode struktureller Zeitreihenmodelle

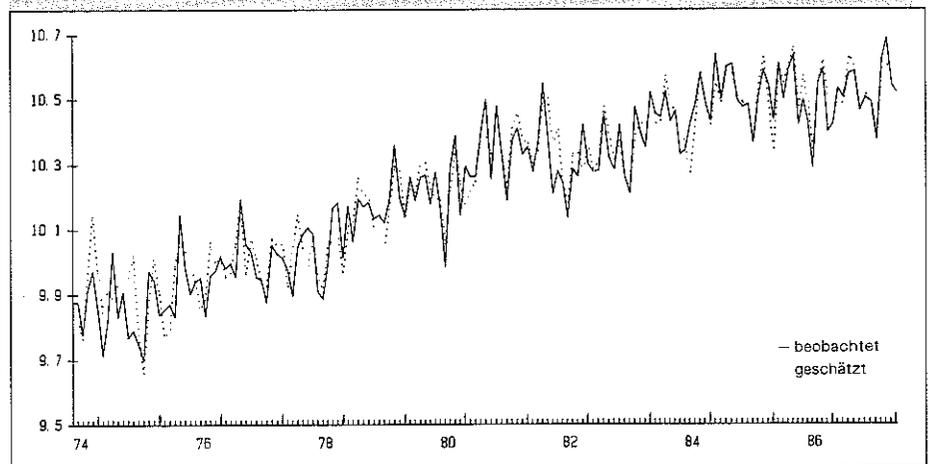
Ziel der Schätzung von strukturellen Zeitreihenmodellen ist die Darstellung einer beobachteten Reihe als Summe von Trend, saisonaler und irregulärer Komponente. Zusätzlich kann man eine zyklische Komponente einführen. Die Qualität und Brauchbarkeit eines geschätzten Modells mißt man am Determinationskoeffizienten R^2 (der im Fall von Zeitreihendaten nicht sehr aussagekräftig ist) und an zwei modifizierten — relativen — Bestimmungsmaßen, RD^2 und RS^2 . RD^2 setzt die Prognosegüte des strukturellen Zeitreihenmodells zu der eines „Random Walk mit Drift“ in Beziehung. Für RS^2 dient ein saisonales Mittelwertmodell als Bezugspunkt.

Ein saisonales Mittelwertmodell ermöglicht relativ genaue Prognosen von Monatsdaten mit starker Saisonbewegung. Dieses Modell verwendet den Mittelwert der Jännerwerte als Prognose für den Jänner, den Mittelwert der Februarwerte als Prognose für den Februar usw. Ist nun RD^2 oder RS^2 negativ, so muß das strukturelle Zeitreihenmodell verworfen werden. Sind diese Größen Null oder knapp positiv, so lohnt sich der mit der Schätzung eines strukturellen Zeitreihenmodells verbundene Aufwand kaum.

und geschätzte Werte stark auseinander, so deutet dies auf Schwächen im

Auftragseingänge der Industrie
Beobachtete und geschätzte Werte

Abbildung 1



Obwohl die Auftragseingänge der Industrie sehr unregelmäßig schwanken, wird diese Entwicklung durch ein strukturelles Zeitreihenmodell gut erfaßt.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	1987				1988				1988				1988			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Energie																
Förderung	+ 7,5				- 0,3	+ 0,5	- 7,1									
Kohle	- 6,2				-25,5	-23,7	-43,5									
Erdöl	+ 4,8				+ 2,4	+12,2	+13,4									
Erdgas	+ 5,0				+ 5,0	- 5,5	+26,0									
Stromerzeugung	+13,1				+ 7,3	+ 0,7	- 7,8	+ 3,1								
Wasserkraft	+15,9				+ 0,6	+ 3,3	+ 2,8	-10,0	+ 6,2							
Wärmeleistung	+ 3,8				-19,6	-13,8	+ 7,6	- 1,6	+ 1,4							
Verbrauch	+ 3,8				-12,1	- 2,6	+ 1,4									
Kohle	+ 5,4				-17,3	-16,0	- 0,5									
Erdöl und Mineralölprodukte	+ 2,1				-15,5	+ 3,2	+ 1,1									
Treibstoffe	+ 0,9				+ 2,2	+ 9,1	+ 0,1									
Normabenzin	+18,7				+ 0,2	+ 3,3	- 2,6									
Superbenzin	+ 3,1				+ 1,8	+ 3,2	+ 0,1									
Dieselmotoren	+ 0,6				+ 8,2	+18,6	+ 1,2									
Heizöl	+ 7,6				-30,4	-13,7	- 4,6									
Gasöl	+ 7,6				-23,5	- 6,6	- 4,7									
Sonstige Heizöl	+ 2,1				-32,8	-17,3	- 4,6									
Erdgas	+ 5,0				-13,5	-12,9	+ 5,0									
Elektrischer Strom	+ 3,6				- 0,9	+ 3,3	+ 4,9									
Groß- und Einzelhandel¹⁾																
Großhandelsumsätze, real	+ 1,7				+10,2	+10,1	+10,0									
Agrarzeugnisse	- 0,7				+ 5,6	+ 9,2	+ 4,0									
Lebens- und Genussmittel	+ 1,0				+ 2,9	+ 2,5	+ 3,4									
Halberzeugnisse	+ 4,0				+15,3	+12,4	+ 9,8									
Fertigwaren	- 0,2				+ 9,1	+ 8,9	+10,1									
Großhandelsumsätze, nominal	- 1,0				+ 7,3	+11,7	+11,7									
Wareneingänge des Großhandels, nominal	+ 2,1				+ 8,5	+ 4,5	+ 2,6									
Einzelhandelsumsätze, real	+ 2,0				+ 4,6	+ 2,8	+ 2,9									
Kurzlebige Güter	+ 3,9				+ 8,7	+ 5,5	+ 5,0									
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,8				+ 4,4	- 0,0	+ 2,6									
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8				+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9									
Sonstige kurzlebige Güter	+ 2,3				+19,5	+ 8,7	+ 2,0									
Langlebige Güter	+ 1,8				+16,1	+ 7,1	- 0,5									
Fahrzeuge	+ 3,8				+20,6	+ 9,3	+ 4,2									
Einrichtungsgegenstände und Hausrat	+ 12,2				+28,4	+13,7	+ 3,4									
Sonstige langlebige Güter	+ 2,9				+ 9,8	+ 5,6	+ 2,6									
Einzelhandelsumsätze, nominal	+ 2,9				+ 9,5	+ 6,4	+ 2,3									
Wareneingänge des Einzelhandels, nominal	+ 2,9				+ 9,5	+ 6,4	+ 2,3									
¹⁾ Großhandelsumsätze netto, Einzelhandelsumsätze brutto.																
Außenhandel																
Ausfuhr insgesamt, nominal	- 0,0				+ 8,0	+13,8	+12,1									
Nahrungs- und Genussmittel	-11,1				-11,0	+ 7,4	+27,5									
Rohstoffe und Energie	+ 8,5				- 0,2	+ 3,6	- 2,7									
Halbfertige Waren	+ 1,3				+12,6	+10,7	+12,7									
Fertigwaren	- 0,6				+ 8,5	+16,1	+12,8									
Investitionsgüter	+ 1,1				+ 3,5	+15,2	+12,9									
Konsumgüter	+ 7,4				+10,9	+16,6	+12,9									
Holz	+ 0,8				+20,0	+ 8,3	+ 3,0									
Papier	+ 5,4				+15,5	+21,4	+18,0									
Eisen und Stahl	+ 3,0				+ 7,7	+10,4	+19,1									
Metalle	+ 9,6				+49,3	+33,9	+38,4									
Metalwaren	- 2,2				+ 3,6	- 1,2	+ 7,6									
Maschinen (SITC 71 bis 77)	+ 1,2				+ 5,7	+18,8	+15,7									
Nachrichtengeräte	+ 0,8				+43,9	+55,3	-33,5									
EG 86	+ 5,4				+ 9,9	+14,9	+12,2									
BRD	+ 6,4				+ 9,1	+13,5	+11,3									
Italien	+11,7				+ 7,0	+17,1	+15,4									
Großbritannien	+ 2,3				+25,8	+16,6	+16,8									
EFTA 86	- 5,4				+ 4,9	+11,2	+ 6,2									
Schweiz	- 5,4				+ 5,0	+11,6	+ 9,1									
Industriestaaten	- 7,3				+ 3,4	+17,4	+15,0									
Oststaaten	- 6,4				- 4,1	+15,7	+15,0									
OEK	-24,3				+28,3	+ 0,3	+13,8									
Sonstige Entwicklungsländer	-10,6				+ 0,9	- 2,0	+ 9,6									
Schwellenländer ¹⁾	- 4,4				+ 8,9	+23,8	+20,8									
Einfuhr insgesamt, nominal	+ 1,0				+ 9,1	+10,2	+11,2									
Nahrungs- und Genussmittel	- 4,8				+ 0,5	+ 2,8	+ 7,2									
Rohstoffe und Energie	-11,5				+ 0,8	- 3,2	- 9,0									
Halbfertige Waren	- 2,5				+ 7,2	+10,3	+14,5									
Fertigwaren	+ 5,0				+11,8	+13,3	+14,7									
Investitionsgüter	+ 7,5				+ 9,3	+10,1	+20,3									
Konsumgüter	+ 3,9				+13,0	+14,9	+12,3									
PKW	- 9,4				+28,9	+25,6	+31,3									
Brennstoffe	-15,7				-11,6	-17,7	-22,4									
Erdöl, Wert	- 3,5				-18,5	-23,6	-34,4									
Erdöl, Menge	+ 0,7				- 9,0	- 9,7	-20,9									
Erdölprodukte, Menge	+ 3,6				- 6,2	- 6,2	- 1,0									
EG 86	+ 2,6				+ 7,8	+11,1	+11,4									
BRD	+ 1,4				+ 9,7	+10,5	+12,2									
EFTA 86	+ 2,9				+ 2,8	+ 2,4	+ 5,6									
Oststaaten	-17,7				+10,3	+ 1,9	- 2,5									
OEK	- 5,6				- 2,9	-23,1	-29,5									
Schwellenländer ¹⁾	+12,9				+16,2	+26,5	+28,0									
Ausfuhrpreis (1979 = 100)	- 2,5				-10,4	-15,5	-16,9									
Einfuhrpreis (1979 = 100)	- 4,8				- 10,4	-15,5	-16,9									
Erdölpreis (\$ je t)	- 4,2				- 10,4	-15,5	-16,9									
Terms of Trade	+ 2,4				- 10,4	-15,5	-16,9									

¹⁾ Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawien, Südkorea, Mexiko, Portugal, Singapur, Spanien, Taiwan.

tung der OeNB, Möglichkeiten zu *Marktbeschränkungen* im Kapitalverkehr mit dem Ausland aufrechtzuhalten, kündigte die Notenbankleitung 1988 an, den Kapitalverkehr schrittweise zu liberalisieren. Einen ersten Schritt setzte sie mit Wirkung vom 1 Februar 1989, als unter anderem Transaktionen im Bereich des Liegenschaftsverkehrs, der Direktinvestitionen und der langfristigen Unternehmenskredite erleichtert wurden

Darüber hinaus verfügten die Banken 1988 — von kurzen Perioden im Sommer und gegen Jahresende abgesehen — im allgemeinen ausreichend über Liquidität, weil bei nahezu ausgeglichener Leistungsbilanz sowohl die private Kreditnachfrage (wegen der günstigen Gewinnlage der Unternehmen; vgl *Hahn, 1989*) als auch das Finanzierungserfordernis des öffentlichen Sektors (wegen der Eindämmung des Nettodefizits des Bundes; *Lehner, 1988*) mäßig war

Das Zinsniveau paßte sich 1988 nur allmählich an jenes in der Bundesrepublik Deutschland an — die Zinssätze reagierten in Österreich — im Gegensatz zu vergleichbaren Konstellationen in früheren Jahren (vgl *Handler, 1985*) — verhältnismäßig langsam auf den internationalen Zinsauftrieb. Erst im Sommer, als die deutsche Sekundärmarktrendite beinahe auf das österreichische Niveau geklettert war, zog auch die inländi-

sche Rendite leicht an, fiel danach aber bis Jahresende parallel zu den deutschen Sätzen wieder zurück

Eine weitere Besonderheit — die allerdings nicht auf Österreich beschränkt blieb — war die Ausbildung einer *inversen Zinsstruktur* ab Dezember 1988: Im Gegensatz zur „normalen“ Zinsertragskurve, bei der für vergleichbare Risiken die kurzfristigen Zinssätze unter den langfristigen lie-

Konstellationen nur die unterschiedliche Geschwindigkeit ausdrücken, mit der eine restriktive Geldpolitik auf den Geldmarkt und auf den Kapitalmarkt wirkt. Von den internationalen Finanzmärkten kommend könnte in Österreich ein solcher Einfluß mitgewirkt haben, maßgebend dürften aber bestimmte kurzfristige Erwartungen gewesen sein, auf die weiter unten noch eingegangen wird

Weil Österreich infolge der Hartwährungspolitik eng an die monetäre Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gebunden ist, folgen die Zinsen im allgemeinen weitgehend der deutschen Entwicklung. Im 2. Halbjahr 1988 paßten sich jedoch die Zinssätze in Österreich nur allmählich an das steigende deutsche Niveau an, sodaß die „traditionelle“ Zinsdifferenz schrumpfte.

„Zinsbuckel“ über den Jahreswechsel

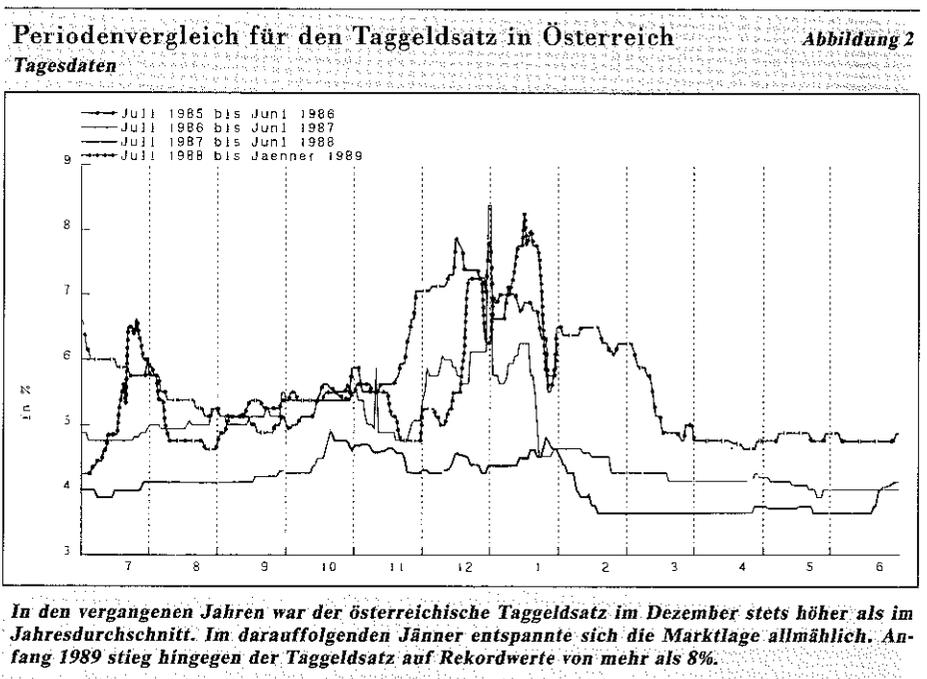
Wie schon in den vergangenen Jahren verzeichnete der österreichische Taggeldsatz auch gegen Jahresende 1988 einen Saisonanstieg, der dem höheren Bargeld- und Importfinanzierungsbedarf zugeschrieben werden kann. Meist ließ sich die temporäre Zinserhöhung zusätzlich auf das „Window dressing“ der Banken zurückführen. Ende 1987 war dieser „Buckel“ allerdings viel kleiner als in den Jahren zuvor, weil im Zuge der Novelle 1986 zum Kreditwesengesetz offenbar weniger Wert auf eine hohe (mit Haftkapital zu unterlegende) Bilanzsumme gelegt wurde¹⁾

Auch in der Bundesrepublik Deutschland besteht eine ähnliche empirische Regelmäßigkeit: Wie schon Ende 1986 zog der deutsche Taggeldsatz Ende 1988 merklich an und drückte den österreichischen

Zinsstruktur nach Fristigkeit *Übersicht 1*

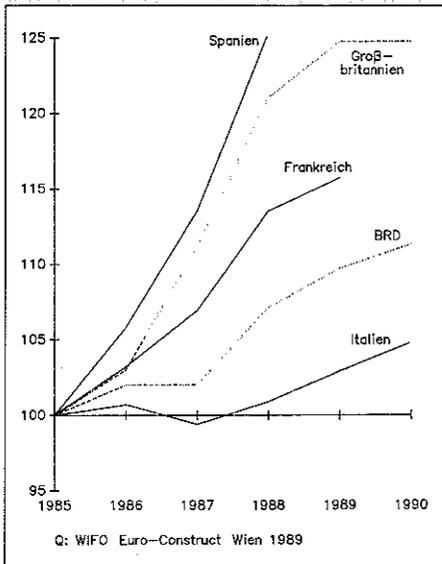
	28 Dezember 1988	18 Jänner 1989
Geldmarkt		
Taggeld	7,25	7,88
Einmonatsgeld	6,04	6,63
Dreimonatsgeld	5,88	6,21
Sechsmonatsgeld	5,90	5,93
Zwölfmonatsgeld	5,86	5,92
Rentenmarkt: Anleihen i w S		
Mittlere Restlaufzeit von Jahren		
0 bis 1	6,02	6,12
1 bis 2	6,07	6,21
2 bis 3	6,24	6,17
3 bis 4	6,44	6,47
4 bis 5	6,38	6,39
5 bis 6	6,35	6,40
6 bis 7	6,56	6,61
7 bis 8	6,65	6,63
8 bis 9	6,66	6,72
9 bis 10	6,60	6,64

Q: Oesterreichische Nationalbank Oesterreichische Kontrollbank



¹⁾ Dies gibt auch der Rückgang des Anteils des Auslandsgeschäfts an der Bilanzsumme wieder

Bauvolumen der großen Länder Westeuropas *Abbildung 2*
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Das Bauvolumen expandierte in den großen europäischen Ländern überdurchschnittlich. Am stärksten zog die Baunachfrage in Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland an. In Italien blieb sie hingegen schwach.

nen nahezu alle Länder mit einer Verlangsamung des Wachstums. Der Zuwachs des realen Bauvolumens wird sich im Durchschnitt 1989 auf 1½% (nach +4½% 1988) und 1990 auf 1% abschwächen. Die erwartete Wachstumsabflachung wird demnach in den kommenden zwei Jahren stärker sein als jene des Brutto-Inlandsproduktes (BIP 1988 +3%, 1989 und 1990 +2½%)

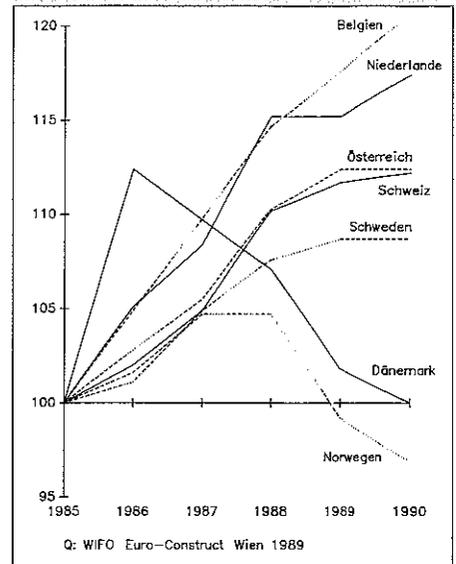
Am Bauvolumen der in der Euro-

Construct zusammenarbeitenden Länder hat die Bundesrepublik Deutschland mit über einem Viertel den größten Anteil vor Frankreich und Italien (jeweils 15%), Großbritannien steht mit 12% an vierter Stelle. Die kleinen Länder tragen jeweils zwischen 3% und 5% bei.

Unter den großen europäischen Ländern expandierte 1988 das Bauvolumen Großbritanniens mit +9% am stärksten – 1989/90 wird sich das Wachstum auf 2½% und 1½% verringern; Frankreich erwartet nach +6% eine Steigerung von 2%, die Bundesrepublik Deutschland von 2½% bzw 1½% (nach +5% 1988), und in Italien wird für 1989 ein Zuwachs von 2% prognostiziert.

Die kleineren Länder rechnen 1989 mit Ausnahme Belgiens (+3,5%), Österreichs (+2,0%) und der Schweiz (+1,4%) mit einer Stagnation. Eine merkliche Verringerung der Nachfrage nach Bauleistungen erwarten Dänemark und Norwegen.

Bauvolumen der kleinen Länder Westeuropas *Abbildung 4*
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Die Bauwirtschaft der kleinen europäischen Länder wuchs in den letzten Jahren langsamer als jene der großen Staaten Europas. 1989/90 werden nur kleine Zuwachsraten oder eine Stagnation, in Skandinavien sogar ein Rückgang der Baunachfrage erwartet.

Konjunktur gibt privater Baunachfrage Impulse

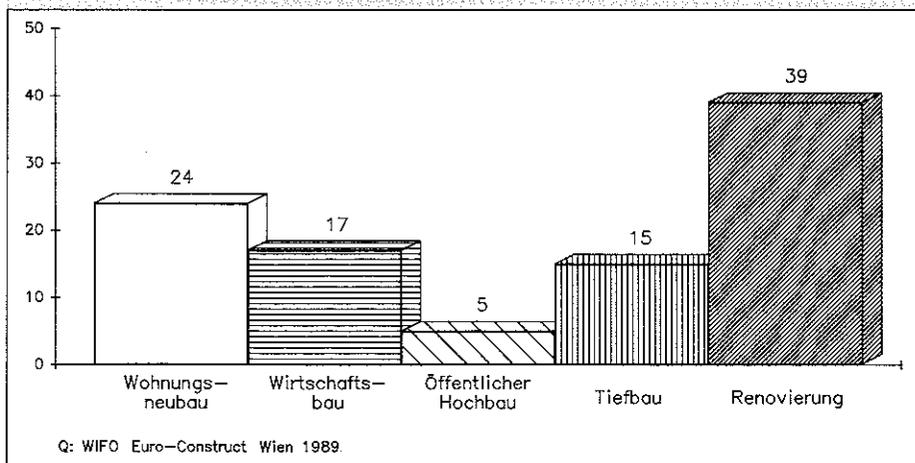
Unter den einzelnen Bausparten expandierte seit Anfang der achtziger Jahre der Renovierungs- und Modernisierungssektor am stärksten. Sein Anteil am gesamten Bauvolumen Europas hat sich von rund 30% 1980 auf rund 40% 1988 erhöht. Die meisten europäischen Länder erwarten in diesem Sektor für 1989 und 1990 eine

im Vergleich zu den vergangenen Jahren bescheidene Wachstumsrate von 1%.

Hatte der Wohnungsneubau bis 1987 (-2%) rückläufige Tendenz gehabt, so verzeichnete er 1988 mit +6,6% im Durchschnitt aller europäischen Länder kräftige Produktionszuwächse, vor allem aufgrund der lebhaften Nachfrage in der Bundesrepublik Deutschland, in Großbritannien, Schweden, in den Niederlanden und in Österreich. 1989 wird sich die Wachstumsrate im gesamten Wohnungsneubau auf 2½%, 1990 auf 1% verringern.

Die Perspektiven für den öffentlichen Hochbau und für den Tiefbau sind nicht günstig. 1989/90 rechnen die europäischen Länder aufgrund der überwiegend restriktiven Haltung der öffentlichen Haushalte mit einer Stagnation in diesem Sektor. Die Produktion des Wirtschaftsbaus wird in Europa 1989 um 3,2% und 1990 um 1% zunehmen. Impulse sind hier vor allem von der allgemein anhaltend günstigen Konjunktur zu erwarten.

Struktur des Bauvolumens in Westeuropa 1988 *Abbildung 3*
Anteile in %



Seit Anfang der achtziger Jahre expandiert der Renovierungs- und Modernisierungssektor in Europa am stärksten. Sein Anteil am gesamten Bauvolumen stieg von etwa 30% 1980 auf rund 40% 1988.

Kräftige Belebung der Bauwirtschaft in der BRD

Das Bauvolumen hatte in der Bundesrepublik Deutschland in der ersten

Neue Kronen Zeitung, 25 September 1988) Von Überlegungen zu verschiedenen Kooperationsformen zwischen Großbanken („Länderbank & Z: Wenn Banken balzen“, Profil, 12 September 1988) über Holding-Konzepte („1989 fällt Entscheidung über Sparkassen-Holding“, Die Presse, 5 Dezember 1988) bzw. Fusionsstrategien in den dezentral organisierten Sektoren („Vor Welle von Bankfusionen“, Wiener Zeitung, 2 September 1988) bis hin zu konkreten Zusammenschlüssen („Sparkasse Villach an Z“, Kurier, 23. November 1988) reicht inzwischen das Spektrum in der 1988 sichtbar in Bewegung geratenen österreichischen Bankenlandschaft

Diese Diskussion nimmt eine Problematik wieder auf, die bereits im Mittelpunkt der KWG-Novelle 1986 gestanden ist (*Handler — Mooslechner*, 1986). Das damals diagnostizierte Konsolidierungs- und Rationalisierungserfordernis erfährt unter den neuen äußeren Rahmenbedingungen eines künftigen EG-Banken-Binnenmarktes eine Neuauflage und Verschärfung.

In der Industrieökonomie gehört die Relevanz der Unternehmens-(Betriebs-)Größe zu den Standardthemen (*Scherer*, 1980, *Schmalensee*, 1988) Hingegen war sie im Bankwesen bisher in Österreich kein ernsthaftes Thema. Die vorliegende Arbeit soll das spärliche Informationsangebot¹⁾ dazu etwas erweitern, einige wichtige Gesichtspunkte empirisch beleuchten und auf das — angesichts ihrer Bedeutung für Banken und Gesamtwirtschaft — erstaunliche Defizit und Desinteresse an entsprechenden Untersuchungen hinweisen.

Wettbewerbskonstellation und Skalenerträge

Ein der Position Österreichs gegenüber der EG vergleichbarer Ansatz der theoretischen Analyse findet sich in der Literatur zum „Interstate Banking“ in den USA (*Federal Reserve Bank of Chicago*, 1986) Ähnlich wie im Fall von österreichischen Ban-

ken und einheitlichem EG-Bankenmarkt stehen auch dort die Auswirkungen der Beseitigung „geographischer Restriktionen“ auf das Bankensystem im Mittelpunkt (*Evanoff — Fortier*, 1986) Die empirischen Ergebnisse dieser Literatur können als erste Anhaltspunkte verwendet werden. Freilich schränkt die völlig andere Struktur des Bankensystems in den USA die Übertragbarkeit ein.

Größe bringt im Bankwesen nicht automatisch Kostenvorteile. Über einer Mindestbetriebsgröße kann nicht mehr mit globalen Kostenvorteilen großer gegenüber kleinen Banken gerechnet werden. Auf bestimmte Produktkombinationen spezialisiertes Wachstum wird einem universellen Bilanzsummenwachstum überlegen sein.

Zwei Fragen bilden den Kern der Diskussion über „Interstate Banking“:

- Wieweit verändert die Beseitigung geographischer Restriktionen den Wettbewerb auf dem Bankenmarkt?
- Haben große Banken signifikante Kostenvorteile?

Mit Veränderungen des Wettbewerbs der Konzentration auf dem Bankenmarkt und ihrem Einfluß auf das Marktergebnis befaßt sich die „Structure-Conduct-Performance“-Hypothese (*Rhoades*, 1982) In der Tradition von *Chamberlin* (1933) und *Robinson* (1933) wird die Marktstruktur, im besonderen die Zahl und Größe der Anbieter, als bestimmend für das Marktverhalten und letztlich die Gewinnsituation eines Unternehmens (einer Bank) erachtet. Heute stehen einander zwei Theorien gegenüber: Die eine Vorstellung geht davon aus, daß die Summe der Reaktionen von bereits auf dem (lokalen) Markt tätigen Banken und den neu in diesen Markt expandierenden Banken die Konzentration verstärken und die Wettbewerbsintensität verringern wird Demgegenüber sieht die „Con-testable-Market“-Argumentation die

dauernde Möglichkeit des Markteintritts potentieller Konkurrenten als so bedrohlich an, daß sich dadurch der Wettbewerb ständig verschärft (*Morris*, 1984)

Entsprechend den institutionellen Bedingungen in den USA wird zwischen dem Marktzutritt über Holding-Gesellschaften oder über Zweigstellen (Branching) unterschieden. Auf Österreich übertragen würden diese beiden Strategien den Kauf einer bestehenden österreichischen Bank durch eine ausländische Bank bzw. den Aufbau eines eigenen Zweigstellennetzes durch eine ausländische Bank bedeuten

Für die Holding-Variante sind empirisch kaum Konzentrationseffekte festzustellen Die Begründung dafür ist das Fehlen eines Kampfes um Marktanteile, weil der (zugekaufte) Marktanteil der erworbenen Bank sich wenigstens kurzfristig nicht ändert In diesem Fall wären Wettbewerbseffekte erst längerfristig zu erwarten, wenn etwa unter dem neuen Eigentümer das (Markt-)Verhalten besonders aggressiv würde²⁾ Hingegen lassen sich Konzentrationseffekte des Branching empirisch klar nachweisen. Allerdings sind sie nicht besonders stark. Die an den (lokalen) Marktanteilen einzelner Banken gemessene Konzentrationsrate ist auf Branching-Märkten tendenziell höher als auf Unit-Banking-Märkten³⁾ Wenn Restriktionen fallen, sind Branching-Märkte häufig sehr umkämpfte Märkte.

Der Einfluß des Konzentrationsgrades auf die Rentabilität ist nach den Ergebnissen aus den USA positiv, aber ebenfalls nicht besonders groß Der Markteintritt bringt jedoch bei hoher Marktkonzentration vor der Marktöffnung ausgeprägte Rentabilitätsverluste Diese Effekte werden umso kleiner, je geringer der Konzentrationsgrad vor dem Marktzutritt war.

Wieweit die Bankengröße über den Konzentrationseffekt hinaus ein Wettbewerbsvorteil ist, wird in erster Linie vom Verlauf der (Durchschnitts-) Kostenfunktion bestimmt. Entschei-

¹⁾ Der empirische Teil der Arbeit wäre ohne die Unterstützung durch eine Reihe von Institutionen nicht möglich gewesen. Der Autor dankt insbesondere der Oesterreichischen Nationalbank, der Schweizerischen Nationalbank, den Zentralbanken aus neun EG-Ländern, der San Paolo Bank (Austria), der Mediobanca sowie der Bundesgeschäftsstelle der deutschen Landesbausparkassen und dem Verband der privaten Bausparkassen in der BRD

²⁾ In einer Untersuchung von Unternehmensübernahmen im Bankwesen der USA findet Rhoades keine signifikanten Rentabilitätsunterschiede vor und nach der Fusion: „These findings clearly question the view that mergers, at least in banking, rid the system of poor performers or generally result in net public benefits in the form of gains in efficiency or significantly improved prices or services“ (*Rhoades*, 1986, S. 18)

³⁾ Zu den Strukturmerkmalen des Bankensystems der USA zählt die gesetzliche Beschränkung auf eine einzige Bankstelle in einer Reihe von Bundesstaaten (*Flannery*, 1984)

sung, für Tabakwaren der logarithmisch inverse Ansatz Die Einkommenselastizität für Tabakwaren geht mit wachsendem Einkommen zurück, für Gesundheitspflege sind keine systematischen Unterschiede nach der Einkommenshöhe festzustellen Die Differenzen dürften überwiegend durch den Gesundheitszustand begründet sein

Nach der Höhe der jeweils bestgesicherten Elastizität ergibt sich folgende Rangordnung der Verbrauchsgruppen:

Verkehr	1,50
Einrichtung, Hausrat	1,49
Bildung, Erholung	1,40
Wohnung	1,34
Bekleidung	1,16
Gesundheitspflege	1,15
Beheizung, Beleuchtung	1,01
Körperpflege	0,91
Tabakwaren	0,68
Ernährung	0,43

Nach Ergebnissen der Konsumerhebung 1984 ist insbesondere die Nachfrage nach Verkehr, Einrichtung und Hausrat sowie Bildung und Erholung elastisch, hingegen jene nach Ernährung unelastisch.

Überproportionale Nachfragesteigerungen bei Einkommenszuwächsen sind demnach bei Verkehr, Einrichtung und Hausrat, Bildung und Erholung, Wohnung, Bekleidung sowie Gesundheitspflege zu erwarten²⁾ Etwa parallel mit dem Einkommen verändern sich die Ausgaben für Beheizung und Beleuchtung sowie für Körperpflege Unelastisch ist hingegen die Nachfrage nach Tabakwaren und Ernährung

Die Höhe der Elastizität ist auch ein Maß für die Dringlichkeit der Nachfrage: je niedriger die Elastizität, desto dringlicher der Bedarf. Die Rangordnung der Einkommenselastizitäten nach ihrer Höhe gilt als Abbild der Präferenzordnung.

Vergleich mit der Konsumerhebung 1974

Der Vergleich mit den Ergebnissen der Konsumerhebung 1974 wird

Stichprobe und Erhebungsprogramm

Wie schon 1974 war die Stichprobe für die Konsumerhebung 1984 Teil des Mikrozensus (der eine geschichtete Zufallsstichprobe ist). Nach den Erfahrungen über Ausfallquoten bei früheren, insbesondere der letzten Konsumerhebung wurden die Auswahlätze der einzelnen Schichten so festgelegt, daß sich die Netto-Stichprobe (Brutto-Stichprobe minus Ausfälle) annähernd proportional auf die Schichten verteilte. Damit umfaßte die Brutto-Stichprobe 20.177 Adressen. Davon waren 6.599 Haushaltsbücher verwertbar. Die Ausfallquote betrug damit einschließlich der Leermeldungen (unbewohnte Wohnungen) 67,3% (1974 64%).

Der Kontenplan des Haushaltsbuches wurde gegenüber 1974 gestrafft und vereinfacht, verstärkt wurden Interviewer eingesetzt. Unter anderem sollten sie Auskünfte über Großanschaffungen während der letzten zwölf Monate und deren Finanzierung sowie globale Angaben über das „Nebenbudget“ (individuelle Ausgaben von Haushaltsmitgliedern, die nicht unmittelbar an der Haushaltsbuchführung beteiligt waren) einholen. 1974 war noch – allerdings mit mäßigem Erfolg – versucht worden, diese Nebenbudgets detailliert zu erfragen. Eine weitere Änderung gegenüber 1974 ist die Bewertung der Naturalentnahmen. Sie wurden 1984 zu Verbraucherpreisen erfaßt, 1974 jedoch zu Erzeugerpreisen.

Zusätzlich zu diesen grundlegenden Neuerungen (Bewertung der Entnahmen, globale Deklarationsmöglichkeit des Nebenbudgets, Retrospektive über Großanschaffungen in den letzten zwölf Monaten) wurden im Detail noch folgende Modifikationen gegenüber der Konsumerhebung 1974 vorgenommen (ÖStZ, 1986): Beiträge und Spenden zählen nicht mehr zu den Verbrauchsausgaben. Nicht mehr Rückzahlungen von Darlehen und Hypotheken für Eigenheime, Eigentums- und Genossenschaftswohnungen, sondern nur Annuitäten für Eigentums- und Genossenschaftswohnungen werden als Verbrauchsausgaben verbucht. Wegen der globalen Erfassung der Ausgaben während des Urlaubs war eine Zuordnung zu den einzelnen Konten in der Konsumerhebung 1984 im Gegensatz zu 1974 nicht möglich. Nur insgesamt angegebene Ausgaben für Großeinkäufe (im Supermarkt) wurden 1984 nach einem fixen Schlüssel einzelnen Konten zugeordnet.

Über die Qualität der Ergebnisse der Konsumerhebung 1984 kann ein Vergleich mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Auskunft geben; konzeptioneller Unterschiede muß man sich aber bewußt sein. Wie schon 1974 wurden auch in der Konsumerhebung 1984 die Ausgaben für alkoholische Getränke, Tabakwaren und Urlaub erheblich untererfaßt. Zudem dürfte die Konsumerhebung 1984 auch die Verbrauchsausgaben für Gemüse und besonders für Obst gegenüber der VGR unterschätzen (ÖStZ, 1986). Deshalb und wegen Unterschieden in den Definitionen fielen die Verbrauchsausgaben nach der Konsumerhebung 1984 um knapp 6% niedriger aus als laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung.

durch die erwähnten methodischen Änderungen gestört³⁾. In den einzelnen Verbrauchsgruppen sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

Die Modifikationen in der Gruppe Ernährung gehen in gegensätzliche Richtungen. Einerseits wurden die Entnahmen 1974 zu Erzeugerpreisen, 1984 zu Verbraucherpreisen bewertet, andererseits wurde der Verzehr außer Haus während des Urlaubs 1974 dem Konto Verzehr in der Freizeit, 1984 den Urlaubskonten zugeordnet. Die Ausgaben für Wohnung enthielten

1974 auch die Rückzahlungen von Darlehen und Hypotheken für Eigenheime, Eigentums- und Genossenschaftswohnungen, 1984 hingegen nur die Annuitäten für Eigentums- und Genossenschaftswohnungen

In der Verbrauchsgruppe Beheizung, Beleuchtung wurden die Entnahmen für Brennholz 1974 zu Erzeugerpreisen, 1984 zu Verbraucherpreisen bewertet

In die Verbrauchsgruppe Bildung, Erholung fielen 1984 die gesamten Ausgaben während des Urlaubs, 1974

²⁾ Mit Ausnahme der Ausgaben für Wohnung entspricht dies internationalen Erfahrungen.

³⁾ Für diesen Vergleich sollten die Erhebungen sinnvollerweise eine Gleichgewichtssituation wiedergeben was zumindest für 1974 zu bezweifeln ist

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	1988				1989				1987	1988				1989			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	1988		1987	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	
Veränderung gegen das Vorjahr in %																	
Energie																	
Förderung	+ 7,5	- 1,5	- 0,3	+ 0,5	- 7,1	+ 1,6	+ 6,6	+ 1,1	- 0,0	+ 11,9	+ 8,1	+ 14,1	+ 12,1	+ 13,1	+ 14,8	+ 14,8	
Kohle	- 6,2	- 32,7	- 25,5	- 23,7	- 43,5	- 36,1	- 25,3	- 44,2	- 11,1	+ 12,2	- 11,0	+ 7,4	+ 27,4	+ 27,5	+ 20,6	+ 40,9	
Erdöl	+ 4,8	+ 10,6	+ 2,4	+ 12,2	+ 13,4	+ 14,3	+ 15,4	+ 15,8	+ 8,5	+ 4,7	+ 2,2	+ 7,4	- 1,1	+ 10,4	+ 15,3	+ 6,2	
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	+ 5,0	+ 5,5	+ 26,0	+ 10,6	+ 11,5	+ 7,8	+ 1,3	+ 10,9	+ 12,6	+ 10,7	+ 12,1	+ 8,7	+ 10,1	+ 9,2	
Stromerzeugung	+ 13,1	- 3,0	- 7,3	+ 0,7	- 7,8	+ 3,1	+ 9,4	+ 1,5	- 0,6	+ 12,9	+ 8,5	+ 16,1	+ 12,8	+ 13,9	+ 15,9	+ 15,8	
Wasserkraft	+ 15,9	- 0,6	+ 3,3	+ 2,8	- 10,0	+ 6,2	+ 12,4	+ 8,6	+ 7,1	+ 12,1	+ 3,6	+ 15,2	+ 13,0	+ 15,5	+ 16,1	+ 19,2	
Wärmeleistung	+ 6,3	- 9,6	- 19,5	- 13,8	+ 7,6	+ 1,6	+ 5,9	- 9,8	+ 1,4	+ 13,3	+ 10,9	+ 16,6	+ 12,7	+ 13,1	+ 15,7	+ 17,6	
Verbrauch	+ 3,8	- 2,9	- 12,1	- 2,6	+ 1,4	+ 2,9	+ 10,7	- 3,1	+ 0,8	+ 10,3	+ 20,0	+ 8,3	+ 3,1	+ 12,2	+ 10,2	+ 12,6	
Kohle	+ 5,4	- 12,0	- 17,3	- 16,0	- 0,5	- 12,1	- 2,4	- 15,1	+ 5,4	+ 17,8	+ 15,5	+ 21,5	+ 18,1	+ 16,0	- 1,3	+ 56,3	
Erdöl und Mineralöl- produkte	+ 2,1	- 1,3	- 15,5	+ 3,2	+ 1,1	+ 7,1	+ 19,3	+ 9,2	- 3,0	+ 12,7	+ 7,7	+ 10,4	+ 17,5	+ 15,3	+ 17,2	+ 12,7	
Treibstoffe	+ 0,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 9,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 5,8	+ 1,7	+ 9,6	+ 36,4	+ 45,3	+ 30,4	+ 37,4	+ 34,2	+ 37,6	+ 28,8	
Normalbenzin	+ 18,7	- 0,1	+ 0,2	+ 3,3	- 2,6	- 1,0	+ 4,7	- 5,3	- 2,2	+ 5,7	+ 6,0	+ 1,0	+ 8,2	+ 7,9	+ 8,7	+ 13,8	
Superbenzin	- 3,1	- 0,3	- 1,8	+ 3,2	+ 0,1	- 2,9	+ 3,1	- 7,5	+ 0,8	+ 8,8	+ 5,0	+ 17,4	+ 14,4	+ 16,9	+ 13,1	+ 10,1	
Dieselmotoren	- 0,6	+ 7,6	+ 8,2	+ 18,6	+ 1,2	+ 4,3	+ 8,7	+ 16,9	- 7,3	+ 13,4	+ 3,4	+ 17,4	+ 14,4	+ 16,9	+ 25,2	+ 17,0	
Heizöl	+ 0,7	- 11,1	- 30,4	- 13,7	- 4,6	+ 13,0	+ 40,7	+ 13,6	+ 5,4	+ 12,7	+ 10,2	+ 15,3	+ 12,3	+ 13,0	+ 12,4	+ 17,1	
Gasöl	+ 7,6	- 4,2	- 23,5	- 6,6	- 4,7	+ 22,1	+ 67,0	+ 40,5	+ 6,4	+ 12,5	+ 9,6	+ 14,3	+ 11,5	+ 14,7	+ 13,7	+ 20,4	
Sonstige Heizöl	- 2,1	- 14,2	- 32,8	- 17,3	- 4,6	+ 9,3	+ 29,9	+ 4,4	+ 11,7	+ 12,4	+ 7,0	+ 17,1	+ 15,1	+ 10,7	+ 10,5	+ 9,7	
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	- 13,5	- 12,9	+ 5,0	+ 2,4	+ 5,5	- 1,5	+ 2,3	+ 15,7	+ 25,8	+ 16,6	+ 16,7	+ 6,2	+ 4,0	+ 9,3	
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,0	- 0,9	+ 3,3	+ 4,9	+ 5,4	+ 7,9	+ 5,1	- 5,4	+ 8,1	+ 4,9	+ 11,2	+ 6,2	+ 9,8	+ 13,8	+ 9,4	
Groß- und Einzelhandel¹⁾																	
Großhandelsumsätze, real	+ 1,7	+ 10,0	+ 10,2	+ 10,1	+ 10,0	+ 9,9	+ 10,1	+ 13,7	- 10,6	+ 15,8	+ 8,9	+ 23,8	+ 20,6	+ 10,6	+ 14,9	+ 9,2	
Lebens- und Genußmittel	- 0,7	+ 5,4	+ 5,6	+ 9,2	+ 4,0	+ 3,6	+ 2,4	+ 11,6	- 4,4	+ 15,8	+ 8,9	+ 23,8	+ 20,6	+ 10,6	+ 14,9	+ 9,2	
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+ 1,0	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,5	+ 3,4	+ 3,8	+ 7,0	+ 6,2	+ 1,0	+ 3,1	+ 0,5	+ 2,7	+ 6,9	+ 2,7	+ 14,9	- 6,8	
Fertigwaren	+ 4,0	+ 13,4	+ 15,3	+ 12,4	+ 9,8	+ 16,1	+ 16,1	+ 19,5	- 11,5	- 3,1	+ 2,9	- 1,9	- 9,0	- 3,3	+ 3,4	+ 6,1	
Großhandelsumsätze, nominal	- 0,2	+ 9,4	+ 9,1	+ 8,9	+ 10,1	+ 9,4	+ 10,2	+ 12,4	- 2,5	+ 11,7	+ 7,2	+ 10,3	+ 14,8	+ 14,2	+ 17,8	+ 9,8	
Wareneingänge des Großhandels, nominal	- 1,0	+ 10,6	+ 7,3	+ 11,7	+ 11,7	+ 11,0	+ 10,5	+ 17,2	+ 5,0	+ 12,0	+ 11,8	+ 13,3	+ 14,5	+ 8,7	+ 15,1	+ 3,5	
Einzelhandelsumsätze, real	+ 2,1	+ 3,8	+ 8,5	+ 4,5	+ 2,6	+ 0,6	+ 2,7	+ 0,8	+ 3,9	+ 11,7	+ 12,9	+ 14,9	+ 12,1	+ 7,2	+ 14,0	+ 2,4	
Kurzlebige Güter	+ 2,0	+ 1,9	+ 4,6	+ 2,8	+ 2,9	- 1,7	+ 1,1	- 2,1	+ 3,9	+ 11,7	+ 12,9	+ 14,9	+ 12,1	+ 7,2	+ 14,0	+ 2,4	
Nahrungs- und Genußmittel	+ 3,9	+ 4,8	+ 8,7	+ 5,5	+ 5,0	+ 0,9	+ 2,2	+ 0,9	- 15,7	- 14,6	- 8,1	- 15,5	- 22,5	- 10,7	- 8,0	- 4,8	
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 2,2	+ 4,4	- 0,0	+ 2,6	- 10,3	- 3,6	- 14,5	+ 3,5	- 24,0	- 18,5	- 23,6	- 34,4	- 15,5	+ 9,3	- 16,0	
Sonstige kurzlebige Güter	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 0,7	- 8,6	- 9,0	- 9,7	- 20,9	+ 10,5	+ 50,6	+ 5,7	
Langlebige Güter	+ 2,3	+ 8,6	+ 19,5	+ 8,7	+ 2,0	+ 6,4	+ 6,9	+ 8,3	+ 3,6	+ 0,3	- 6,2	- 5,7	- 0,7	+ 12,8	+ 12,0	+ 10,0	
Fahrzeuge	- 1,8	+ 8,3	+ 16,1	+ 7,1	- 0,5	+ 12,1	+ 16,4	+ 11,7	+ 2,6	+ 9,8	+ 8,1	+ 11,3	+ 11,3	+ 8,5	+ 13,4	+ 4,0	
Einrichtungsgegen- stände und Hausrat	+ 3,8	+ 8,1	+ 20,6	+ 9,3	+ 4,2	+ 2,9	+ 0,3	+ 6,5	+ 1,4	+ 10,4	+ 10,3	+ 10,8	+ 12,2	+ 8,6	+ 12,8	+ 5,0	
Sonstige langlebige Güter	+ 12,2	+ 11,1	+ 28,4	+ 13,7	+ 3,4	+ 6,0	+ 5,3	+ 9,2	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 5,6	+ 1,7	+ 9,6	- 9,3	
Einzelhandelsumsätze, nominal	+ 2,9	+ 4,3	+ 9,8	+ 5,6	+ 2,6	+ 0,6	+ 2,7	+ 0,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 5,6	+ 1,7	+ 9,6	- 9,3	
Wareneingänge des Einzelhandels, nominal	+ 2,9	+ 5,0	+ 9,5	+ 6,4	+ 2,3	+ 2,5	+ 5,5	+ 2,2	- 17,7	+ 2,7	+ 10,4	+ 2,0	- 2,6	+ 2,4	+ 8,5	+ 1,7	
Sonstige langlebige Güter	+ 12,2	+ 11,1	+ 28,4	+ 13,7	+ 3,4	+ 6,0	+ 5,3	+ 9,2	- 5,6	- 18,9	- 2,9	- 23,1	- 23,5	- 14,3	+ 5,7	- 8,5	
Einzelhandelsumsätze, nominal (1979 = 100)	- 2,5	- 4,8	- 4,8	- 4,8	- 4,8	- 4,8	- 4,8	- 4,8	+ 12,9	+ 20,4	+ 16,2	+ 26,5	+ 27,5	+ 12,3	+ 24,5	+ 1,6	
Einfuhrpreis (1979 = 100)	- 2,5	- 4,8	- 4,8	- 4,8	- 4,8	- 4,8	- 4,8	- 4,8	+ 12,9	+ 20,4	+ 16,2	+ 26,5	+ 27,5	+ 12,3	+ 24,5	+ 1,6	
Einfuhrpreis (1979 = 100)	- 4,2	- 16,8	- 10,4	- 15,5	- 16,9	- 23,6	- 27,4	- 20,5	- 4,2	- 16,8	- 10,4	- 15,5	- 16,9	- 23,6	- 27,4	- 20,5	
Terms of Trade	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	

¹⁾ Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawen, Südkorea, Mexiko, Portugal, Singapur, Spanien, Taiwan.

Pkw-Dichte in verschiedenen Ländern *Übersicht 1*
Ende 1987

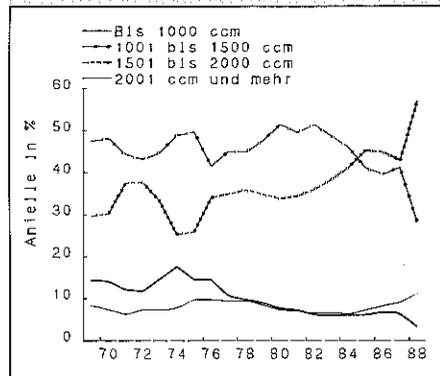
	Pkw je 1.000 Einwohner
Österreich	354
USA	560
BRD	486
Frankreich	468
Italien	455
Schweiz	454
Ungarn	170

Q: International Road Federation, World Road Statistics 1988

Ein Vergleich der durchschnittlichen Haltungsdauer von Pkw in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland soll die Frage nach der Überalterung des österreichischen Pkw-Bestands beantworten. In Deutschland sind die äußeren Umstände des Fahrzeugbetriebs ähnlich wie in Österreich; die vermutlich etwas rigorosere technische Kontrolle (TÜV), das höhere durchschnittliche Einkommen und die niedrigeren Preise (der Mehrwertsteuersatz auf Pkw ist seit 1978 nur noch halb so hoch wie in Österreich) lassen eine etwas kürzere Haltungsdauer in der BRD erwarten. Allerdings ist der Anteil der — kurzlebigen — Kleinwagen in der Bundesrepublik Deutschland geringer als in Österreich.

Die für den Vergleich errechneten Lösungsquoten geben an, welcher Anteil der im Jahr *t* zugelassenen fabriksneuen Fahrzeuge im Beobachtungsjahr nicht mehr angemeldet war. Die gelöschten Fahrzeuge wurden inzwischen verschrottet, exportiert oder in Gebrauchtwagenlager gestellt. Die Lösungsquoten der Pkw bis zu einem Alter von sieben Jahren sind in der Bundesrepublik Deutschland durchwegs höher als in Österreich. Dies kann auf den höheren Export jüngerer Gebrauchtwagen aus der BRD zurückgeführt werden. Daß die Lösungsquote für acht- bis elfjährige Pkw in der BRD geringer ist, geht auf den größeren Anteil von langlebigen Modellen der oberen Hubraumklassen im Pkw-Bestand zurück. Pkw, die vor zwölf oder mehr Jahren erst zugelassen wurden, werden hingegen in Österreich weniger gelöscht als in der BRD. Das ist wahrscheinlich Ausdruck der strengeren Maßstäbe der kraftfahrrechtlichen technischen Überprüfungen von

Pkw-Neuzulassungen nach Hubraumklassen *Abbildung 3*



Fahrzeugen in der BRD. In Österreich hat die Einführung der jährlichen §-57a-Überprüfung im Jahr 1971 die verstärkte Löschung von Altfahrzeugen ausgelöst. Hatte die Lösungsquote für zehnjährige Fahrzeuge bis 1971 30% betragen, so stieg sie in der Folge auf fast 45%. Die Einführung des erhöhten Mehrwertsteuersatzes für Pkw im Jahr 1978 hat den Trend einer früheren Verschrottung von Altfahrzeugen nicht unterbrochen.

Die Ziele einer Verringerung der Umweltbelastung und einer Erhöhung der Verkehrssicherheit lassen sich demnach rascher durch strengere Überprüfung des technischen Fahrzeugzustands als durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Neuwagen erreichen.

Trend zu großvolumigen Motoren hält an

Sinkende Treibstoffpreise und steigende Einkommen verstärken die Nachfrage nach Pkw-Modellen mit großem Motorhubraum, die in der Regel auch leistungsstärker und komfortabler sind. Der längerfristige Trend zu den Modellen der höheren Hubraumklassen wurde nur durch die Benzinverteuerung in den Jahren 1973 und 1974 unterbrochen.

1974 waren zwei Drittel aller neu-

Lösungsquoten für Pkw in Österreich und in der BRD *Übersicht 2*
1. Juli 1987

Jahr der Neuzulassung	Österreich ¹⁾	BRD
	Lösungsquoten in %	
1985	19	3,6
1984	1,9	4,8
1983	3,1	4,7
1982	3,5	6,4
1981	5,3	7,6
1980	8,3	9,6
1979	14,0	12,3
1978	19,0	18,2
1977	31,8	29,0
1976	46,4	44,3
1975	59,5	60,6
1974	68,1	70,1
1973	74,6	78,5

Q: WIFO-Datenbank. — ¹⁾ Bestände vom 31. Dezember 1985 und 31. Dezember 1987 linear interpoliert

zugelassenen Pkw mit Motoren mit einem Hubraum von weniger als 1 500 cm³ ausgestattet. In den folgenden Jahren konzentrierte sich die Nachfrage auf die Hubraumklassen zwischen 1 000 und 2 000 cm³, Kleinwagen und große Limousinen wurden immer weniger gekauft. Seit 1982 nimmt der Anteil der Pkw sowohl in der Hubraumklasse von 1 500 bis 2 000 als auch über 2 000 cm³ kontinuierlich zu, während die Modelle unter 1 500 cm³ laufend Marktanteile verlieren. 1985 überwogen bereits die Hubraumklassen über 1 500 cm³, 1988 stellten sie mehr als zwei Drittel der neuzugelassenen Pkw. Damit war eine ähnliche Größenstruktur der Neuzulassungen erreicht, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland schon seit längerer Zeit gegeben ist.

Auswirkungen der neuen Abgasbestimmungen auf den Pkw-Markt

Mit der Novelle zur Kraftfahrge- setz-Durchführungsverordnung vom 1. August 1985 wurde die höchstzulässige Schadstoffemission für Pkw drastisch reduziert. Seit 1. Jänner

Pkw-Neuzulassungen nach Hubraumklassen *Übersicht 3*

	1974	1985	1986	1987	1988
	Anteile in %				
Bis 1 000 cm ³	17,6	6,1	7,0	6,5	3,2
1 001 bis 1 500 cm ³	49,0	41,1	39,6	41,3	28,3
1 501 bis 2 000 cm ³	25,4	45,3	44,9	43,0	57,1
2 001 cm ³ und mehr	7,9	7,5	8,5	9,2	11,4

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Österreich und die EG: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren Übersicht 1

	BIP pro Kopf	Inflationsrate	Arbeitslosenrate	Leistungsbilanz	Außenhandel mit der EG
	1987 1 000 \$	Ø 1980/1988 In %		Ø 1980/1987 In % des BIP	In % ¹⁾
Österreich	15,5	3,7	4,2	-0,6	60,5
Dänemark	19,7	6,5	8,6	-3,6	49,9
BRD	18,3	2,6	7,0	1,5	56,9
Luxemburg	16,8	4,6	1,4		
Frankreich	15,8	7,0	9,4	-0,6	55,9
Niederlande	14,5	2,6	11,6	2,7	68,0
Belgien	14,0	4,8	12,4	-0,8	71,3
Italien	13,2	10,5	11,8	-0,8	51,6
Großbritannien	11,8	6,0	10,3	1,0	49,9
Irland	8,3	8,7	15,1	-6,5	71,7
Spanien	7,4	10,0	18,1	-0,5	45,1
Griechenland	4,7	19,5	6,5	-5,7	53,8
Portugal	3,6	18,2	7,8	-3,4	56,1
EG	13,2	6,5	9,9	0,1	53,7

Q: OECD — ¹⁾ Exporte plus Importe in die EG in % des gesamten Außenhandels

Wirtschaft lange nicht so gut wie in einer Momentaufnahme der Gegenwart; sie hat insbesondere bei „Zukunftsträgern“ einen merklichen Nachholbedarf: Aspekten der Internationalisierung, des weltweiten Marketings und der optimalen Unternehmensorganisation wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Anpassungsbedarf in beiden Szenarien

Die bisherigen Ergebnisse aus den WIFO-Studien sind nicht als betriebsbezogene Handlungsanweisungen zu verstehen. Sie dienen vielmehr als Entscheidungshilfen für die Wirtschaftspolitik, indem sie den potentiellen Anpassungsbedarf in der Gesamtwirtschaft und in wichtigen Teilbereichen aufzeigen. Von den zwei Szenarien ausgehend wurde gefragt, welche Folgen die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes für die österreichische Wirtschaft hätte.

Im EG-Binnenmarkt wäre der Handlungsspielraum der österreichischen Wirtschaftspolitik enger als heute; wegen der schon bisher in manchen Bereichen geübten „Selbstbeschränkung“ Österreichs würde dies aber kein Abgehen von den bisherigen wirtschaftspolitischen Grundsätzen nötig machen.

Der Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik Österreichs wäre im Binnenmarkt in verschiedenen Bereichen enger; angesichts der schon bisher in manchen Bereichen geübten „Selbstbeschränkung“ Österreichs

(insbesondere in der Währungspolitik) würde dies aber keine Änderung der wirtschaftspolitischen Grundsätze erfordern. Im einzelnen wären folgende Anpassungsschritte erforderlich:

- Für die *Hartwährungspolitik* ergäbe sich in keinem der beiden Szenarien ein unmittelbarer Anpassungsbedarf
- Im Gegensatz dazu wäre im Integrationszenario die *Fiskalpolitik* zu ändern, und zwar insbesondere die Struktur der indirekten Besteuerung. Noch nicht ausdiskutierte Vorschläge in der EG sehen für die Mehrwertsteuer eine Bandbreite von 14% bis 20% (für den ermäßigten Satz von 4% bis 9%) vor; aus ihrer Verwirklichung ergäben sich in Österreich Ausfälle an Budgeteinnahmen. Berücksichtigt man auch die notwendigen Anpassungen in der Besteuerungsstruktur der Mehrwertsteuer sowie die zu erwartenden Mindereinnahmen an Verkehrssteuern und die Mehreinnahmen an Verbrauchsteuern, ergibt sich nach Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen (*Blaha — Kitzmantel*, 1988, *Kitzmantel*, 1988) per Saldo praktisch keine Einnahmenänderung. Belastet würden die öffentlichen Haushalte nach den gleichen Berechnungen allerdings durch den Netto-Jahresbeitrag von etwa 13 Mrd S (auf der Basis von 1989), den Österreich an das EG-Budget leisten müßte.
- In der *Handelspolitik* hätte Österreich den gemeinsamen Zolltarif der EG zu übernehmen; dies würde das österreichische Zollniveau

gegenüber Drittländern von derzeit durchschnittlich 4,9% auf 4,2% ermäßigen. Hinzu kämen Anpassungen in der Außenhandelspolitik, die vor allem die autonome Gestaltung der Osthandelspolitik beschränken könnten. Andererseits fielen administrative Handelshemmnisse weg (Ursprungszeugnisse, Anti-Dumping-Verfahren).

Eingehender untersuchte das WIFO die Folgen einer Angleichung in der *Wettbewerbspolitik*, die sich in der EG auf Kartelle, Monopole und Subventionen bezieht (*Szopo*, 1988). Die EG selbst stützt ihren Integrationsprozeß wesentlich auf die Wettbewerbspolitik: Sie soll gewährleisten, daß der Vereinheitlichung der nationalen Märkte öffentliche oder private Marktverzerrungen nicht entgegenstehen. Grundsätzlich wird die Verzerrung des Wettbewerbs in der EG konsequenter abgelehnt als in Österreich. Die Übernahme von EG-Regelungen würde eine Änderung der Förderungsstruktur erfordern, und zwar insbesondere zu Lasten der Unternehmensförderungen. Staatliche Monopole dürfen keine Benachteiligung von Anbietern aus der EG bewirken. Weniger unmittelbare Anpassungen erfordern die Bestimmungen des österreichischen Gewerberechts, doch müßten alle Regelungen fallengelassen werden, die ausländische Anbieter diskriminieren. Hingegen wäre es Österreich unbenommen, für inländische Unternehmer (zu deren Nachteil) strengere Marktzugangsregeln aufrechtzuerhalten.

Die beiden Szenarien zeichnen für die *Wirtschaftssektoren* Österreichs unterschiedliche Perspektiven: Unternehmen, die schon heute dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, werden im allgemeinen mit beiden Szenarien zurecht kommen. Die derzeit ausschließlich auf den heimischen Markt orientierten Unternehmen der geschützten Produktionsbereiche werden sich allerdings im Integrationsfall zunehmender Konkurrenz und damit einem hohen Anpassungsbedarf gegenübersehen. Für einzelne Sektoren sind folgende Aussagen möglich:

In der *Industrie* — die überwiegend im international exponierten Sektor der Wirtschaft tätig ist — sollte die laufende Strukturanpassung in beiden Szenarien zur Unternehmens-

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion

	1984	1985	1986	1987	1988
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Privater Konsum	- 0,3	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,4	+ 3,4
Öffentlicher Konsum	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 2,4	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,8	+ 4,9
Ausrüstungen netto ¹⁾	+ 4,6	+ 10,1	+ 3,8	+ 1,0	+ 5,6
Bauten netto ¹⁾	+ 0,9	+ 0,6	+ 3,5	+ 3,1	+ 4,2
Inländische Endnachfrage	+ 0,5	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 3,2
(Lagerbildung)	(A) + 1,9	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,9
	(B) (17,4)	(15,6)	(22,7)	(29,8)	(47,3)
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,7	+ 5,0
Exporte i. w. S.	+ 6,6	+ 6,9	- 3,2	+ 1,6	+ 8,3
Importe i. w. S.	+ 9,9	+ 6,9	+ 0,2	+ 4,4	+ 10,0
Außenbeitrag	(A) - 1,1	+ 0,1	- 1,5	- 1,2	- 0,9
Brutto-Inlandsprodukt	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 4,2
Industrieproduktion ²⁾	+ 3,0	+ 3,7	+ 1,6	- 1,1	+ 6,8
Primärsektor	+ 3,0	- 4,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 4,8
Sekundärsektor	+ 1,6	+ 3,3	+ 1,6	+ 0,7	+ 5,5
Tertiärsektor	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,3

(A) Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten — (B) Mrd. S zu Preisen von 1976
 — ¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer — ²⁾ Reale Wertschöpfung

ektiv (preisbereinigt) blieb er unverändert

Die Budgetpolitik setzte auch 1988 ihren Konsolidierungskurs fort. Teils aufgrund des konjunkturbedingten hohen Steueraufkommens, teils aufgrund vermögenswirksamer Transaktionen im Zuge der Reprivatisierung konnte das Nettodefizit des Bundes weiter verringert werden (auf 66,5 Mrd. S oder 4,2% nach -69,8 Mrd. S oder 4,7% 1987). Gemessen am konjunkturrelevanten Budgetsaldo (ohne Vermögenstransaktionen) war die Budgetpolitik 1988 sehr restriktiv. Dennoch hat die Verschuldung des Bundes weiter zugenommen (auf 746,7 Mrd. S oder 47,6% des BIP; 1987 47,1%).

Inlandsnachfrage

Die inländische Endnachfrage und der Lageraufbau waren 1988 tragende Säulen des Wirtschaftswachstums. Die inländische Endnachfrage war real um 3,2% höher als im Vorjahr, der Lageraufbau trug zum BIP-Wachstum 1,9 Prozentpunkte bei. Zusammen überstiegen sie damit das Wachstum des realen BIP um ¼ Prozentpunkte.

Die Belebung der Konsumnachfrage, die 1987 eingesetzt hatte, hielt auch 1988 an. Im Jahresdurchschnitt nahm der private Konsum real um 3,4% zu und übertraf so die Steigerung der Realeinkommen. Die Sparquote war mit 12,5% geringfügig niedriger als 1987. Gegen Jahresende hat

sich die Nachfrage nicht weiter verbessert, das Konsumklima blieb aber gut; immer noch überdurchschnittlich expandierten die Umsätze mit dauerhaften Konsumgütern. In der zuversichtlichen Einschätzung der Einkommen im kommenden Jahr spiegeln sich mehrere Faktoren: höhere Lohnabschlüsse, die Steuerentlastung Anfang 1989 und günstigere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

Die Brutto-Anlageinvestitionen haben sich vom Tief des Jahres 1987 nachhaltig erholt. Im Jahresdurchschnitt 1988 expandierten sie real um 4,9%. Stärker noch als die Bauinvestitionen (real +4,2%) zogen die Ausrüstungsinvestitionen an (+5,6%).

Im Gegensatz zur lebhaften Investitionstätigkeit des tertiären Sektors

stagnierten 1988 die Industrieinvestitionen laut dem WIFO-Investitionstest. Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent der Umsätze, nominal) sank auf 7,3% (nach 7,6% 1987). Allerdings liegt damit das Investitionsvolumen um mehr als 40% über dem Niveau von 1983, dem Tiefpunkt im Investitionszyklus. Daß die Investitionen der Industrie langsamer in Schwung kommen als die der Gesamtwirtschaft, hat verschiedene Gründe:

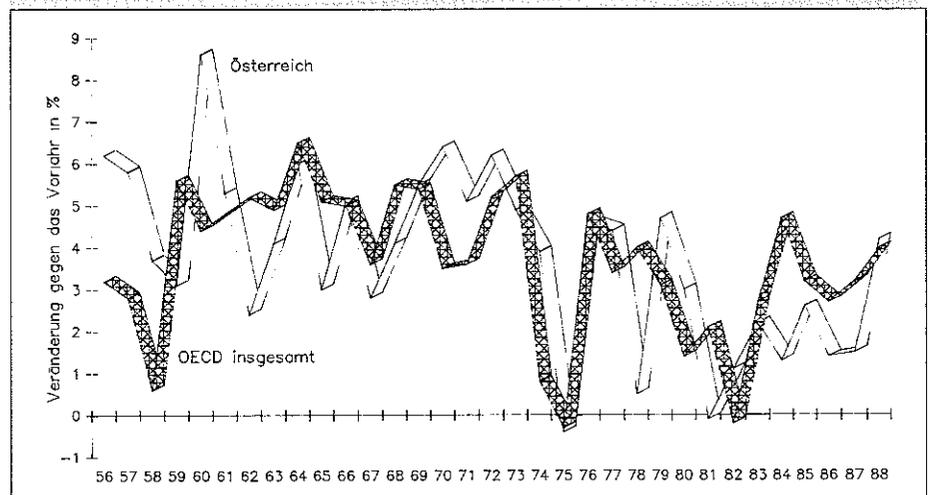
1. Zyklus: asynchroner Verlauf von Konjunkturzyklen und mittelfristigen Investitionszyklen in der Industrie;
 2. Struktur: mangelnde Erfassung materieller Investitionen im Investitionstest (dies spricht für eine tendenzielle Untererfassung der Industrieinvestitionen im Investitionstest);
 3. Standort: Unsicherheit über weitere Schritte Österreichs zur Teilnahme am entstehenden europäischen Binnenmarkt.
- Die Ertragslage der Industrie hat sich deutlich gebessert, die Cash-flow-Quote hat 1988 die 30%-Marke überschritten (nach 28% 1987).

Produktion, Beschäftigung, Produktivität

Die Gesamtwirtschaft produzierte 1988 um 4,2% mehr als 1987, nach +1,5% 1987. Der Anteil des Primärsektors (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) an der realen Wertschöpfung blieb mit 5,2% unverändert, jener des Sekundärsektors stieg von 40,2% auf 40,6%. Der tertiäre Sektor hat et-

Konjunkturzyklen

Reales Brutto-Inlandsprodukt



über die Sparförderung grundlegend geändert.

Fast gleichzeitig mit dem Kreditwesengesetz wurde das Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) novelliert. Zentrales Anliegen beider Gesetzesänderungen war es, die Eigenmittelbasis des Sektors der Finanzdienstleistungen zu stärken²⁾. Das VAG regelt zu diesem Zweck — in Anlehnung an die Solvabilitätsrichtlinien der EG — die mindestens erforderliche Eigenmittelausstattung von Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus brachte das VAG 1987 folgende Änderungen:

Die *Anlagevorschriften* wurden etwas liberalisiert: einerseits durch Erweiterung der Gruppe der deckungsstockfähigen Aktiva (um Aktien inländischer Unternehmen, Wertpapiere über Partizipations- und Ergänzungskapital sowie um Rentenfondsanteile), andererseits durch Anhebung der Höchstgrenzen für einzelne Anlageformen in der Regelung über die Bedeckung der technischen Verbindlichkeiten. Eine weitere umfangreiche, integrationsorientierte Liberalisierung ist in Vorbereitung.

Eine Reihe von Vorschriften erweitert die *Kontrollmöglichkeiten* der Aufsichtsbehörde, regelt die *Anzeige- und Berichtspflichten* des Unternehmens, des Treuhänders und des Abschlußprüfers und soll die interne Kontrolle im Unternehmen stärken.

In der Regelung der *Konzessionserteilung* wurde die Schädigung des „volkswirtschaftlichen Interesses“ als zusätzlicher Versagungsstatbestand verankert. Überdies wurde die Konzessionspflicht für reine Rückversicherer eingeführt.

Die Neuregelung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung durch das gleichnamige Gesetz (KHVG 1987) brachte als wichtigsten Reformpunkt die Freigabe der Prämien (siehe u. a. *Baran*, 1988, sowie die kritischere Betrachtung von *Faber*, 1988). Gewissermaßen als Begleitmaßnahmen wurden außerdem die Prämienfestsetzung in der Kfz-Haftpflichtversicherung dem Kartellrecht unter-

stellt³⁾ und die Laufzeit der Versicherungsverträge in dieser Sparte auf ein Jahr verkürzt. Die erläuternden Bemerkungen zur Gesetzesvorlage begründen diese Änderungen einerseits mit der Überlegung, daß angesichts der Eigenmittelvorschriften des VAG den Unternehmen nicht durch eine behördliche Prämienfestsetzung die Verfügung über eine wesentliche Ertragskomponente entzogen werden soll, andererseits mit dem ordnungspolitischen Anliegen, „dem Betrieb der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung die Kräfte eines gesunden Wettbewerbs in einem freien Markt zu erschließen“⁴⁾.

Das Produkthaftungsgesetz (PHG) ist wegen seiner Auswirkungen auf die Betriebshaftpflichtsparte für die Versicherungswirtschaft von Bedeutung (*Wirtschaftsförderungsinstitut*, 1988, S 51ff). Grundsätzlich sind die möglichen Schadenersatzpflichten aus dem PHG ohne zusätzliche Vereinbarung durch die herkömmliche Betriebshaftpflichtversicherung gedeckt. Aus drei Gründen ist dennoch damit zu rechnen, daß die Nachfrage nach Haftpflichtversicherung steigt (1987 betrug das Prämienvolumen in der allgemeinen Haftpflicht im Inlandsgeschäft 2,7 Mrd S) und bestehende Verträge geändert werden:

- Das versicherte Risiko erhöht sich, weil der Versicherungsnehmer nun auch für unverschuldete Schäden haftet.
- Die Haftung nach dem PHG ist nach oben unbegrenzt, sodaß die in der Betriebshaftpflicht bisher üblichen Versicherungssummen von 5 bis 10 Mill S einen zu geringen Schutz bieten.
- Art 16 PHG verlangt von Herstellern und Importeuren, daß sie Vorkehrungen zur Befriedigung der aus diesem Gesetz möglicherweise resultierenden Ansprüche treffen, wofür in der Regel eine Haftpflichtversicherung am besten geeignet sein wird.

Die Steuerreform 1988 — sie ist Anfang 1989 in Kraft getreten — betrifft die Vertragsversicherungen

mehrfach⁵⁾. Die Änderungen in der Einkommensteuer senken die Rentabilität des geförderten Sparens: Ausgaben für Personenversicherungen, für den Erwerb junger Aktien und für den Erwerb von Genußscheinen vermindern die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer nur noch zur Hälfte, und überdies verringert die

Die Steuerreform dürfte das geförderte Sparen insgesamt dämpfen. Für die Vertragsversicherungen eröffnet sie jedoch die Möglichkeit, Marktanteile zu Lasten der anderen geförderten Sparformen zu gewinnen.

Senkung des Tarifs den „Steuersparereffekt“. Ferner gilt für diese Ausgaben sowie für Ausgaben zur Wohnraumbeschaffung und -sanierung nun ein gemeinsamer Höchstbetrag von 40 000 S jährlich (zuzüglich 40 000 S für Alleinverdiener und 5 000 S für jedes Kind). Die Verschlechterung der Wettbewerbssituation für Anbieter geförderter Sparformen wird allerdings teilweise dadurch ausgeglichen, daß die Einführung der Kapitalertragsteuer für Spar- und Wertpapierzinsen und die Abschaffung der Freibeträge für Zinseinkünfte auch die Rentabilität des nicht geförderten Sparens gesenkt haben. Insgesamt dürfte die Steuerreform das (steuerlich) geförderte Sparen dämpfen; für die Vertragsversicherungen eröffnet sich angesichts des gemeinsamen Sonderausgabenrahmens jedoch die Möglichkeit, Marktanteile zu Lasten der anderen geförderten Sparformen zu gewinnen.

Unter den Maßnahmen zur Finanzierung der Steuerreform sind für die Versicherungswirtschaft die Erhöhung der Versicherungssteuer für Sachversicherungen um 1½ Prozentpunkte auf 10% sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer für freiberufliche Tätigkeiten von 10% auf 20% von Bedeutung. Die Anhebung der Versicherungssteuer dürfte 1989 Steuermehereinnahmen von rund 750 Mill. S, die Mehrwertsteuererhöhung — soweit

²⁾ Zur Novellierung des VAG siehe *Baumgartner* (1987) und *Daum* (1987), zur Novelle zum Kreditwesengesetz *Handler — Mooslechner* (1986).

³⁾ Alle anderen Geschäftsbereiche des Privatversicherungssektors sind in Österreich ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland (wo eine Einschränkung der Ausnahme vom Kartellverbot allerdings gerade vorbereitet wird), aber anders als etwa in der Schweiz und nach EG-Normen vom Kartellrecht ausgenommen.

⁴⁾ Siehe 110 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII GP abgedruckt in den Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung 1987, 63(1) S 9ff.

⁵⁾ Hier werden nur Steueränderungen behandelt, die für die Versicherungswirtschaft von besonderer Bedeutung sind. Auf Änderungen in der allgemeinen Unternehmensbesteuerung (Senkung des Tarifes für Körperschaften, geänderte Abschreibungsregeln) wird nicht eingegangen.

Größenstruktur der direkt im Ausland investierenden Industrieunternehmen

Übersicht 1

	Beschäftigtengrößenklassen					Grundgesamt- heit Absolut ¹⁾
	Bis 49	50 bis 99	100 bis 499	500 bis 999	1.000 und darüber	
Alle befragten Unternehmen						
im Inland						
Unternehmen	34,4	20,8	32,0	6,1	6,7	850
Beschäftigte	2,7	4,8	22,7	13,7	56,2	260 675
Umsätze	2,3	4,0	21,7	14,1	57,9	382 689
Unternehmen mit Direktinvestitionen ²⁾ im Ausland						
im Inland						
Unternehmen	9,1	13,4	45,1	12,2	20,1	164
Beschäftigte	0,3	1,1	13,5	10,5	74,5	138 376
Umsätze	0,2	1,0	12,5	11,1	75,2	214 158
im Ausland ³⁾						
Betriebsstätten	1,1	5,9	41,1	12,7	39,1	440
Beschäftigte	0,1	1,9	30,1	12,2	55,7	17 640
Umsätze	0,1	1,0	24,0	10,6	64,3	40 792
Unternehmen mit Produktionsstätten im Ausland						
im Inland						
Unternehmen	8,1	8,1	35,5	16,1	32,2	62
Beschäftigte	0,2	0,4	5,6	8,2	85,7	90 972
Umsätze	0,1	0,3	6,1	6,2	87,2	147 480
Österreichische Industrieunternehmen insgesamt ⁴⁾						
Betriebe	74,0	10,8	12,7	1,6	0,9	7 414
Beschäftigte	11,5	10,5	35,7	14,8	27,6	542 463
Umsätze	11,7	9,2	34,8	14,4	29,8	770 326

Q: WIFO-Erhebung — ¹⁾ Umsätze in Mill. S (100%) — ²⁾ Betriebsstätten für Produktion, Vertrieb und Service — ³⁾ Nur jene Unternehmen, die auch Beschäftigte und Umsätze im Ausland meldeten — ⁴⁾ Ohne Zentralbüros

Zahl der im Ausland Beschäftigten in Prozent der im Inland Beschäftigten, ist in größeren Klein- und kleineren Mittelunternehmen sogar höher: Bis zu einer Größe von 500 Beschäftigten können offenbar größere Unternehmen die Zahl ihrer Auslandsbeschäftigten überproportional erhöhen (jeder vierte, in kleineren Unternehmen jeder sechste Beschäftigte im Ausland); ab 500 Beschäftigten scheint sich jedoch diese Tendenz umzukehren — das durchschnittliche Verhältnis von Auslands- zu Inlandsbeschäftigung erreicht mit 1:7 seinen tiefsten Wert

Produktions-, Vertriebs- und Servicestellen

Nur etwa ein Fünftel bis ein Sechstel aller Betriebsstätten, die die österreichische Industrie im Ausland unterhält, sind, wie erwähnt, Produktionsstätten, der überwiegende Teil sind Vertriebs- und Servicestellen. Unter den Unternehmen mit Produktionsstätten im Ausland ist der Anteil der Großunternehmen noch größer (gemessen an der Beschäftigung im Inland 86%); nur 14% sind Mittelunternehmen, 0,6% Kleinunternehmen (Übersicht 1). Zwar betreiben größere Unternehmen (mit 500 oder mehr Beschäftigten) also tendenziell eher Produktionsstätten im Ausland, entgegen gängigen Vermutungen ist jedoch der Anteil von Produktionsstätten auch in der untersten Beschäftigtengrößenklasse des vorliegenden Samples (Kleinunternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten) sehr hoch (28% gegenüber 19% im Durchschnitt; Übersicht 2). Nur 15% der größeren Klein- und kleineren Mittelunternehmen haben hingegen Produktionsstätten im

Export auch kleineren Unternehmen den Schritt zum direkten Auslandsengagement. So kommen z. B. in der Bundesrepublik Deutschland 20% der Direktinvestitionen von Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten, in Großbritannien rund 5%, in Kanada 38% (OECD, 1987, S. 22). Österreichs Industrieunternehmen (die WIFO-Erhebung erfaßte nur die Industrie) mit weniger als 500 Beschäftigten besitzen sogar 48% aller österreichischen Betriebsstätten im Ausland, sie beschäftigen dort 32% aller im Ausland Beschäftigten und machen 25% der Auslandsumsätze (Übersicht 1; die Direktinvestitionsströme und -bestände, für Österreich von der Oesterreichischen Nationalbank erhoben, liegen nicht nach Größenklassen vor).

Unternehmen, die im Ausland mit eigenen Betriebsstätten engagiert sind, sind dennoch nach wie vor im Durchschnitt größer als Unternehmen ohne Betriebsstätten im Ausland (Übersicht 1): Nur 6,7% aller 850 befragten Unternehmen gehören der obersten Beschäftigtengrößenklasse an (mit 1 000 und mehr Beschäftigten: Großunternehmen), unter den 164 Unternehmen mit Betriebsstätten im Ausland beträgt dieser Anteil hingegen 20,1%. Große Mittelunternehmen (500 bis 999 Beschäftigte) sind eben-

falls überproportional mit Betriebsstätten im Ausland vertreten (ihr Anteil ist doppelt so hoch wie der der Unternehmen ohne Auslandsengagement), während unter den kleineren Mittelunternehmen (100 bis 499 Beschäftigte) und besonders unter den Klein- und Kleinstunternehmen (50 bis 99 Beschäftigte, 0 bis 49 Beschäftigte) solche mit Betriebsstätten im Ausland deutlich unterrepräsentiert sind.

Größere Unternehmen haben auch im Durchschnitt mehr Tochterunternehmen im Ausland, und diese sind selbst relativ groß (mehr Beschäftigte; Übersicht 2). Die Quote der Auslandsbeschäftigung, also die

Betriebsstätten und Beschäftigte im Ausland

Übersicht 2

	Beschäftigtengrößenklassen					Insgesamt
	Bis 49	50 bis 99	100 bis 499	500 bis 999	1.000 und darüber	
Durchschnitt						
Betriebsstätten im Ausland je direktinvestierendes Unternehmen	1,2	2,2	3,1	4,8	7,0	3,8
Beschäftigte je Betriebsstätte im Ausland	4	7	24	25	59	35
in %						
Quote der Beschäftigten in ausländischen Tochterbetrieben zu den Beschäftigten in inländischen Mutterunternehmen	15,2	22,9	28,5	16,6	13,3	15,8
Anteile der Produktionsstätten an den Betriebsstätten im Ausland	28	14	15	26	20	19

Q: WIFO-Erhebung

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	1987		1988		1989		1989		1989	
	1987	1988	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	März	April	Mai	
Energie										
Förderung	+ 7,5	- 1,5	+ 0,5	- 7,1	+ 1,6					
Kohle	- 6,2	- 32,7	- 23,7	- 43,5	- 36,1					
Erdöl	- 4,8	+ 10,6	+ 12,2	+ 13,4	+ 14,3					
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	- 5,5	+ 26,0	+ 10,6					
Stromerzeugung	+ 13,1	- 3,0	+ 0,7	- 7,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,6		
Wasserkraft	+ 15,9	- 0,6	+ 2,8	- 10,0	+ 6,2	+ 8,0	+ 6,9	- 4,8		
Wärmeleistung	+ 6,3	- 9,6	- 13,8	+ 7,6	- 1,6	- 4,1	- 11,8	+ 29,2		
Verbrauch	+ 3,8	- 2,8	- 2,3	+ 0,8	+ 3,0					
Kohle	+ 5,4	- 11,9	- 16,0	- 0,5	- 12,0					
Erdöl und Mineralöl- produkte	+ 2,1	- 1,3	+ 3,8	- 0,1	+ 7,4					
Treibstoffe	+ 0,9	+ 5,9	+ 11,8	+ 2,0	+ 3,7					
Normabenzin	+ 18,7	+ 0,1	+ 3,8	- 2,4	- 3,3					
Superbenzin	- 3,1	+ 1,5	+ 4,5	+ 1,8	- 1,3					
Dieselmotoren	+ 0,6	+ 13,4	+ 24,0	+ 6,5	+ 11,4					
Heizöl	+ 0,7	- 12,0	- 13,3	- 10,1	+ 12,7					
Gasöl	+ 7,6	- 3,1	- 7,4	- 4,7	+ 27,7					
Sonstige Heizöl	- 2,1	- 16,0	- 18,3	- 13,5	+ 6,5					
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	- 12,9	+ 5,0	+ 2,4					
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 5,0	+ 5,4	+ 1,1	- 3,8	+ 3,5		

Groß- und Einzelhandel⁶⁾

	1987		1988		1989		1989		1989	
	1987	1988	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	März	April	Mai	
Großhandelsumsätze, real										
Agrarzeugnisse	+ 1,7	+ 10,0	+ 10,1	+ 10,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 14,6			
Lebens- und Genußmittel	- 0,7	+ 5,4	+ 9,2	+ 4,0	+ 3,6	+ 9,7	+ 9,2			
Halberzeugnisse	+ 1,0	+ 3,2	+ 2,5	+ 3,4	+ 3,8	+ 11,0	+ 9,7			
Fertigwaren	+ 4,0	+ 13,4	+ 12,4	+ 9,8	+ 16,1	+ 14,5	+ 13,7			
Großhandelsumsätze, nominal										
Wareneingänge des Großhandels, nominal	- 1,0	+ 10,6	+ 11,7	+ 11,7	+ 11,0	+ 15,6	+ 13,2			
Einzelhandelsumsätze, real	+ 2,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 2,6	+ 0,6	+ 3,4	+ 7,3			
Kurzlebige Güter	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,9	- 1,7	+ 2,6	+ 7,2			
Nahrungs- und Genußmittel	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,5	+ 5,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 5,0			
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 2,2	- 0,0	+ 2,6	- 10,3	+ 4,9	+ 15,5			
Sonstige kurzlebige Güter	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 3,1	+ 5,8			
Langlebige Güter	+ 2,3	+ 8,6	+ 8,7	+ 2,0	+ 6,4	+ 5,1	+ 7,7			
Fahrzeuge	- 1,8	+ 8,3	+ 7,1	- 0,5	+ 12,1	+ 6,8	+ 8,5			
Einrichtungsgegen- stände und Hausrat	+ 3,8	+ 8,1	+ 9,3	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,8	+ 7,9			
Sonstige langlebige Güter	+ 12,2	+ 11,1	+ 13,7	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,6	+ 3,6			
Einzelhandelsumsätze, nominal										
Wareneingänge des Einzelhandels, nominal	+ 3,1	+ 5,1	+ 5,6	+ 3,9	+ 2,0	+ 4,6	+ 8,6			
Einzelhandelsumsätze, real	+ 2,9	+ 5,0	+ 6,4	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5			

⁶⁾ Großhandelsumsätze netto, Einzelhandelsumsätze brutto.

Außenhandel

	1987		1988		1989		1989		1989	
	1987	1988	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	März	April	Mai	
Ausfuhr insgesamt, nominal										
Nahrungs- und Genußmittel	- 0,0	+ 11,9	+ 14,1	+ 12,1	+ 13,1	+ 16,6	+ 15,2	+ 17,0		
Rohstoffe und Energie	- 11,1	+ 12,2	+ 7,4	+ 27,4	+ 27,5	+ 36,9	+ 35,6	+ 33,8		
Halbfertige Waren	+ 1,3	+ 11,0	+ 10,8	+ 12,1	+ 8,7	+ 19,2	+ 22,1	+ 24,7		
Fertigwaren	- 0,6	+ 12,9	+ 16,1	+ 12,8	+ 13,9	+ 15,5	+ 12,5	+ 12,5		
Investitionsgüter	+ 1,7	+ 13,7	+ 16,6	+ 13,7	+ 16,2	+ 14,6	+ 11,3	+ 6,1		
Konsumgüter	- 1,4	+ 12,8	+ 15,9	+ 12,3	+ 12,7	+ 16,0	+ 13,1	+ 15,4		
Holz	+ 0,8	+ 10,3	+ 8,3	+ 3,1	+ 12,2	+ 26,7	+ 35,4	+ 37,0		
Papier	+ 5,4	+ 17,8	+ 21,5	+ 18,1	+ 16,0	+ 14,9	+ 13,2	+ 12,6		
Eisen und Stahl	- 3,0	+ 12,7	+ 10,4	+ 17,5	+ 15,3	+ 26,4	+ 33,1	+ 14,3		
Metalle	+ 9,6	+ 29,0	+ 24,7	+ 29,1	+ 26,7	+ 27,8	+ 28,4	+ 27,6		
Maschinen (SITC 71 bis 77)	- 2,2	+ 9,3	+ 3,7	+ 12,3	+ 11,7	+ 20,0	+ 14,1	+ 7,6		
Nachrichtengeräte	+ 1,2	+ 13,0	+ 18,1	+ 15,1	+ 13,6	+ 18,7	+ 12,7	+ 14,2		
EG 86	+ 5,4	+ 12,7	+ 15,3	+ 12,3	+ 13,0	+ 16,4	+ 13,6	+ 17,7		
BRD	+ 6,4	+ 12,5	+ 14,3	+ 11,5	+ 14,7	+ 15,3	+ 8,8	+ 17,1		
Italien	+ 11,7	+ 12,4	+ 17,1	+ 15,1	+ 10,7	+ 20,2	+ 21,9	+ 19,5		
Großbritannien	+ 2,3	+ 15,7	+ 16,6	+ 16,7	+ 6,2	+ 13,0	+ 21,6	+ 12,3		
EFTA 86	- 5,4	+ 8,1	+ 11,2	+ 6,2	+ 9,8	+ 13,0	+ 12,3	+ 15,3		
Schwiz	- 5,4	+ 8,8	+ 11,6	+ 9,1	+ 9,5	+ 12,2	+ 11,1	+ 17,2		
Industriestaaten Übersee	- 7,3	+ 13,4	+ 17,4	+ 14,4	+ 16,9	+ 28,6	+ 34,8	- 0,3		
Oststaaten	- 6,4	+ 13,3	+ 15,7	+ 15,0	+ 23,6	+ 23,0	+ 23,2	+ 25,5		
OPEC	- 24,3	+ 14,4	+ 0,4	+ 13,8	+ 17,3	- 6,7	- 4,6	+ 1,4		
Sonstige Entwicklungsländer	- 10,6	+ 2,0	- 2,0	+ 10,0	- 0,7	+ 19,1	+ 28,1	+ 43,5		
Schwellenländer ⁷⁾	- 4,4	+ 15,8	+ 23,8	+ 20,6	+ 10,6	+ 30,0	+ 27,2	+ 32,4		
Einfuhr insgesamt, nominal										
Nahrungs- und Genußmittel	+ 4,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 6,9	+ 2,7	+ 14,8	+ 0,8	+ 7,2		
Rohstoffe und Energie	- 11,5	- 3,1	- 1,9	- 9,0	- 3,3	+ 7,3	+ 14,3	+ 15,7		
Halbfertige Waren	- 2,5	+ 11,7	+ 10,3	+ 14,8	+ 14,2	+ 27,3	+ 19,9	+ 22,1		
Fertigwaren	+ 5,0	+ 12,0	+ 13,3	+ 14,5	+ 8,7	+ 21,4	+ 5,3	+ 20,1		
Investitionsgüter	+ 7,5	+ 12,7	+ 10,1	+ 20,0	+ 11,5	+ 30,5	+ 3,6	+ 15,6		
Konsumgüter	+ 3,9	+ 11,7	+ 14,9	+ 12,1	+ 7,2	+ 17,4	+ 6,0	+ 22,3		
Pkw	- 9,4	+ 28,8	+ 25,8	+ 31,3	+ 29,8	+ 6,8	- 5,9	+ 3,3		
Brennstoffe	- 15,7	- 14,6	- 15,5	- 22,5	- 10,7	- 3,0	+ 2,0	+ 20,7		
Erdöl, Wert	+ 3,5	- 25,1	- 25,7	- 34,4	- 16,6	+ 0,6	+ 6,8	+ 47,9		
Erdöl, Menge	+ 0,7	- 9,7	- 12,0	- 20,9	+ 10,5	- 9,3	- 8,6	+ 11,2		
Erdölprodukte, Menge	+ 3,6	+ 0,3	- 5,7	- 0,7	+ 12,8	+ 11,7	+ 18,6	+ 13,0		
EG 86	+ 2,6	+ 9,8	+ 11,3	+ 11,3	+ 8,5	+ 22,1	+ 8,1	+ 19,2		
BRD	+ 1,4	+ 10,4	+ 10,8	+ 12,2	+ 8,6	+ 18,9	+ 5,0	+ 12,6		
EFTA 86	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,4	+ 5,6	+ 1,7	+ 11,4	- 3,3	+ 11,8		
Oststaaten	- 17,7	+ 2,7	+ 2,0	- 2,6	+ 2,4	+ 13,3	+ 16,3	+ 19,2		
OPEC	- 5,6	- 18,9	- 23,1	- 29,5	- 14,3	- 14,2	+ 3,7	+ 97,5		
Schwellenländer ⁷⁾	+ 12,9	+ 20,4	+ 26,5	+ 27,5	+ 12,3	+ 29,6	+ 13,3	+ 31,0		
Ausfuhrpreis (1979 = 100) ...										
Einfuhrpreis (1979 = 100)	- 2,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,7	+ 4,0	- 0,3				
Einfuhrpreis (S ie 1)	- 4,8	+ 1,6	+ 0,7	+ 1,7	+ 3,5	+ 5,6				
Erdölpreis (S ie 1)	- 4,2	- 17,1	- 15,6	- 16,9	- 24,5	+ 9,5	+ 16,9	+ 33,0		
Terms of Trade	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 5,6				

⁷⁾ Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawien, Südkorea, Mexiko, Portugal, Singapur, Spanien, Taiwan.

gen nur zum Teil wieder (zu rund 3 Mrd S), die verbleibenden 4 Mrd S müssen als Korrekturgröße für die Einnahmenberechnung zusätzlich berücksichtigt werden (zum möglichen Ablauf der nicht in der Statistik erfaßten Währungstransaktionen vgl. WIFO-Monatsberichte, 1989, 62(4), S 215ff)

Die Einrechnung des gesamten Ungarn-Effekts und die Ausschaltung der Verzerrungen durch Kapitaltransaktionen ließen für das Jahr 1988 eine Steigerung der Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr um 13½% auf 122 4 Mrd. S realistisch erscheinen, wobei sich der Zuwachs etwa je zur Hälfte auf den Ungarn-Effekt und die „normale“ touristische Expansion verteilte

Aufgrund der Zollrestriktionen Ungarns seit Anfang April 1989 wird mit einer starken Abschwächung der Einkäufe von Ungarn in Österreich gerechnet, unmittelbar vor dem Eintreten der verschärften Einfuhrbestimmungen erlebte Ostösterreich jedoch noch eine Einkaufshausse

Im I Quartal 1989 stiegen die Grenzübertritte der Ungarn auf 1,6 Millionen gegenüber 380 000 im Vorjahr; im April wurden 840 000 Grenzübertritte gezählt, um 622 000 mehr als im April des Vorjahres. Die Übernachtungen der Ungarn in Österreich stiegen im Winterquartal um 18%, im April um 22%.

Nach vorsichtiger Gewichtung der verfügbaren Informationen scheint im I Quartal 1989 eine Steigerungsrate der Einnahmen von 21% plausibel zu sein; die Ausländerübernachtungen stiegen im I Quartal 1989 um 16%, die touristischen Exportpreise um 3%

Die Ausgaben der Österreicher im Zuge von Auslandsbesuchen und Auslandsreisen (einschließlich Einkaufsfahrten) sind 1988 um 12½% auf insgesamt 79,2 Mrd S gestiegen, wobei die kräftige Zunahme der Ungarn-Besuche und die dabei getätigten Ausgaben den Gesamtbetrag „aufblähten“. Nach Schätzungen der OeNB dürften die Österreicher in Ungarn etwa 4½ Mrd S ausgegeben haben, einen Großteil davon jedoch in Schilling (bzw mit in Ungarn „schwarz“ getauschten Forint), und dies wird von der Ausgabenstatistik nicht erfaßt, sodaß eine entsprechen-

de Korrektur vorgenommen werden mußte.

Im I Quartal 1989 sind die Ausgaben der Österreicher im Ausland um nur 4% gestiegen; real stagnierten sie. Das Zurückbleiben der Auslandsausgaben hinter den Erwartungen könnte zum Teil damit zusammenhängen, daß manche Österreicher wegen des Schneemangels in ausländischen Konkurrenzgebieten (in erster Linie Südtirol: Nächtigungen -30%) zuhause bleiben mußten, da wegen der regen Auslandsnachfrage in den Gebieten mit guter Schneelage Bettenknappheit auftrat. Ein anderer Faktor könnte die Einführung der Zinsertragsteuer in der BRD per Jänner 1989 sein, durch die Kapitalexporte (mangels Erfassung in der Kapitalbilanz als Reiseverkehrsimporte verbucht) ausfielen.

Trendwende im Sommer

Erstmals seit dem Beginn der achtziger Jahre konnte im Sommer 1988 — großteils aufgrund der Nachfragekonsolidierung in der BRD — ein Zuwachs der Nächtigungen im internationalen Reiseverkehr erzielt werden (2,4%), sodaß sich zusammen mit der guten Wintersaison 1987/88 zum ersten Mal seit 1981 eine spürbare Steigerung ergab. Im Vergleich zu den wichtigsten europäischen Konkurrenzländern konnte damit im Vorjahr auch der Nächtigungsmarktanteil etwa gehalten und der negative Trend gestoppt werden

Für die laufende Sommersaison wird ein Nächtigungszuwachs erwartet der stärker ausfallen wird als im Vorjahr. Die Festigung der internationalen Konjunktursituation, die optimistische Einschätzung des künftigen Wirtschaftsablaufes und die „Wiederentdeckung“ der Alpenländer mit ihrer intakten Umwelt sind die Hauptfaktoren der positiven Entwicklung:

Der Aufschwung der Weltwirtschaft hielt auch im Frühjahr 1989 ungebrochen an¹⁾ Das WIFO unterstellt, daß der Konjunkturaufschwung heuer seinen Höhepunkt erreichen und dann allmählich abflachen wird. Das BIP der OECD insgesamt wird 1989 (+3,3% OECD-Europa +3%) und 1990 (+2,5% bzw 2,5%) langsamer

wachsen als 1988 (+4% bzw 3,5%). Andere Prognoseinstitutionen sind für 1990 etwas optimistischer (OECD +2,8%, IMF +2,9%), vor allem weil sie die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland optimistischer einschätzen

In der Bundesrepublik Deutschland — Österreichs wichtigstem touristischen Herkunftsmarkt und Handelspartner — hielten die Auftriebstendenzen auch in diesem Frühjahr an. Die Hauptsäulen des Konjunkturaufschwungs sind die Exporte und die privaten Investitionen. Darin spiegelt sich das gefestigte Vertrauen der Unternehmer in Weltwirtschaft und Binnenmarkt. Zusätzlich führt die Herausforderung der nahenden Vollen- dung des Binnenmarktes zu einer Verstärkung der Investitionsdynamik. Die Kapazitätserweiterung ermöglicht auch die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte

Obwohl von der Wirtschaftspolitik in diesem Jahr restriktive Wirkungen ausgehen, bleibt der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik Deutschland heuer nahezu ungebrochen. Der Konjunkturaufschwung ist selbsttragend geworden. Zu einer Verlängerung des Aufschwungs bis 1990 tragen die expansiven Impulse der Steuerreform 1990 bei, die die verfügbaren persönlichen Einkommen aufbessern wird. Insgesamt schätzt das WIFO, daß das reale BIP 1989 um 3% zunehmen wird und — in Übereinstimmung mit der Gemeinschaftsprognose der fünf deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute — daß sich das Wachstum 1990 auf 2,5% verlangsamen wird. Andere Institutionen erwarten ein höheres Wachstum (z B OECD 2,8% nach 3% 1989 IMF 2,9% nach 2,4% 1989)

Für die Einschätzung der künftigen Entwicklung der Marktanteile Österreichs im internationalen Reiseverkehr muß insbesondere der — in der Vergangenheit stark negativ wirkende — „Südtrend“ innerhalb Europas neu beleuchtet werden:

Das Phänomen des „Südtrends“ ergibt sich aus dem Wunsch, den Urlaub in den sonnigen Mittelmeerländern mit ihrem besonderen „Ambiente“ zu verbringen. Die Folge dieses ausgeprägten Trends zum Mittelmeer (vor allem Griechenland, Türkei und

¹⁾ Vgl. Breuss F. „Sanfte Landung der Konjunktur in den westlichen Industriestaaten“ WIFO-Monatsberichte 1989 62(6) S 372ff

beitsmarktprobleme verzögerten Strukturwandel und den Agrarüberschüssen zu sehen, die eine einkommensorientierte Agrarpolitik erschweren. In Westeuropa ist diese Diskrepanz schon seit Mitte der siebziger Jahre zu beobachten und auch ausgeprägter. So haben z. B. nach dem „Grünen Bericht 1989“ des Bonner Landwirtschaftsministeriums die deutschen Bauern in den letzten zehn Jahren rund ein Viertel ihrer Realeinkommen eingebüßt.

Wert der agrarischen Endproduktion auf Bundesebene + 2%

Die kräftige Erholung der *realen Endproduktion* des Agrarsektors (+3½%) geht auf ein Rekordergebnis im Pflanzenbau (+16%) zurück. Günstige Witterungsverhältnisse ermöglichten in allen Sparten überdurchschnittliche Ernten. Die einzige Ausnahme sind Zuckerrüben, hier wurden die Lieferquoten gekürzt. Die Tierproduktion (-2%) fiel hingegen deutlich zurück. Die Marktleistung wurde in allen wichtigen Bereichen mit Ausnahme der Produktion von Schweinen verringert, die Viehbestände kräftig reduziert. Die Holznutzung hat vom Tiefstand im Vorjahr nur mäßig aufgeholt (Einschlag +2½%).

Die *agrarischen Erzeugerpreise* (-1½%) waren im Durchschnitt rückläufig. Kräftige Preiseinbußen waren wegen des reichen Angebotes insbesondere im Pflanzenbau (-9½%) zu verzeichnen. Die Preise von Wein, Obst, Kartoffeln und Feldgemüse sanken um 10% bis 20%. Auch die Getreidepreise wurden etwas gesenkt. Auf den Viehmärkten war die Entwicklung unterschiedlich. Die Rinderpreise zogen leicht an, die Geflügelpreise stagnierten, die Schweinepreise verfielen. Eier wurden billiger. Die mittleren Erlöse für Milch stiegen kräftig, weil verschiedene Aktionen die Anlieferung drückten und eine Kürzung der von den Bauern eingehobenen Verwertungsbeiträge ermöglichten. Insgesamt stagnierten die Erzeugerpreise von tierischen Produkten (+½%). Die Holzpreise (+4%) zogen an. Insgesamt niedrigere Erzeugerpreise standen um etwa 2% höheren Preisen von agrarischen Betriebsmitteln (einschließlich Investitionsgütern) gegen-

über. Nach leichten Gewinnen in den Jahren 1986 und 1987 haben sich damit 1988 die Austauschrelationen wieder zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft verschoben.

Der Wert der agrarischen Endproduktion war 1988 im Österreich-Durchschnitt um 2% höher als im Vorjahr. Gewinne gab es vor allem im Pflanzenbau.

Der Wert der *agrarischen Endproduktion* (berechnet nach dem *Bundeshofkonzept*) war 1988 mit rund 74,4 Mrd S um nur 2% höher als im Vorjahr. Die Gewinne konzentrierten sich auf den Pflanzenbau insbesondere Wein, Getreide und Alternativkulturen. Im Obst- und Gemüsebau wurden die sehr guten Mengenerträge durch die Verbilligung weitgehend aufgewogen. Hackfrüchte brachten geringere Einnahmen. Die Forstwirtschaft erreichte ein zufriedenstellendes Ergebnis. Deutliche Einbußen mußten die Rinder-, Schweine- und Geflügelhalter hinnehmen. Milch brachte hingegen höhere Rohertträge.

Die Agrarpolitik setzt seit einigen Jahren zur Produktionslenkung verstärkt Prämien als Anreiz ein. So werden z. B. der Anbau alternativer Kulturen, die Kälbermast, die Mutterkuhhaltung oder der freiwillige Verzicht auf die volle Ausschöpfung der Milchquote durch Prämien gefördert. Diese Zahlungen werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Subventionen an die Land- und Forstwirtschaft verbucht. Sie sind in den ausgewiesenen Werten der Endproduktion und der Brutto-Wertschöpfung nicht enthalten. Die Einnahmen der Landwirtschaft aus diesen Sparten einschließlich Prämie können daher erheblich von der Endproduktion abweichen.

Nach Bundesländern *disaggregiert* und damit erweitert um die geschätzten Nettoverschickungen von Futtergetreide sowie Zucht- und Nutzvieh zwischen den Ländern ergeben die ersten Berechnungen für das Jahr 1988 einen Wert der agrarischen Endproduktion von insgesamt 75,9 Mrd S, die Zuwachsrate bleibt mit 2% unverändert. Kalkulationen zu konstanten Preisen werden im Rahmen der regionalen Berichterstattung des WIFO nicht erstellt.

Agrarische Endproduktion regional stark differenziert

Das Erzeugungsprogramm der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist regional verschieden. Im Osten des Bundesgebietes dominiert aufgrund der natürlichen Gegebenheiten die pflanzliche Erzeugung, die Holznutzung hat geringes Gewicht. In den westlichen Bundesländern ist die Waldausstattung viel besser, Ackerbau und Spezialkulturen sind hingegen von untergeordneter Bedeutung. Mit Ausnahme des Burgenlandes und von Wien hat die Tierproduktion in allen Bundesländern den höchsten Anteil am Rohertrag. In der Westregion entfallen traditionell etwa zwei Drittel der gesamten Endproduktion auf die Tierhaltung. Weiters ist die Struktur der Bereiche Pflanzenbau, Tierproduktion und Forstwirtschaft regional recht verschieden. Die beachtlichen Unterschiede im Erzeugungsprogramm (*Strukturkomponente*) sind in der Regel die wichtigste Ursache für regionale Divergenzen in der Entwicklung der agrarischen Produktion und Wertschöpfung von Jahr zu Jahr. Daneben beeinflussen verschiedene lokale Einflüsse und Besonderheiten (*Standortkomponente*) die Entwicklung. Sie können sowohl die Erzeugung als auch den Preis einzelner Produkte regional erheblich differenzieren. Ähnliches gilt für den Einsatz an Vorleistungen.

1988 waren die Veränderungsraten der agrarischen Produktion regional stärker als üblich differenziert. Bei einer mittleren Zunahme um 2% streuten die Zuwächse bzw. Abnahmen in den Bundesländern zwischen +7% und -1½%. Die Divergenzen waren primär durch Unterschiede im Produktionsprogramm bedingt. Die Endproduktion der Jahre 1988 und 1987 nach Bundesländern kann allerdings nur mit Einschränkungen verglichen werden. Die Ursache sind gravierende Brüche in den meisten regionalen Milchbilanzen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. Dadurch wurden in der hier vorgelegten vorläufigen Rechnung insbesondere die Rohertragszunahmen in Tirol und Vorarlberg überzeichnet.

Am stärksten nahm die agrarische Endproduktion im Burgenland und in Kärnten zu. Im Burgenland fielen ins-

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	1987		1988		1989		1988		1989		1989	1989
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Energie												
Förderung	+ 7,5	- 1,5	- 7,1	+ 1,7	+ 1,9	- 2,0	- 0,0	+ 11,9	+ 12,1	+ 13,1	+ 17,0	+ 6,3
Kohle	- 6,2	- 32,7	- 43,5	- 36,1	- 15,6	- 1,4	+ 27,2	+ 11,1	+ 12,1	+ 13,1	+ 17,0	+ 6,3
Erdöl	- 4,8	+ 10,6	+ 13,4	+ 14,3	+ 9,5	+ 1,9		+ 12,1	+ 27,4	+ 27,5	+ 33,8	+ 72,1
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	+ 26,0	+ 10,6	+ 9,9	+ 5,3		+ 4,5	- 1,2	+ 10,3	+ 39,0	+ 6,7
Stromerzeugung	+ 13,1	- 3,0	+ 7,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 1,0	- 9,8	+ 8,5	+ 12,1	+ 8,7	+ 24,7	+ 2,4
Wasserkraft	+ 15,9	- 0,5	+ 10,0	+ 6,3	+ 7,8	- 4,8	- 16,5	+ 12,9	+ 12,8	+ 13,9	+ 12,1	+ 4,6
Wärmeleistung	+ 6,3	+ 9,5	+ 7,6	+ 1,6	+ 4,0	+ 25,3	+ 63,8	+ 1,1	+ 13,7	+ 16,2	+ 6,1	+ 5,8
Verbrauch	+ 3,8	- 2,8	+ 0,8	+ 3,1	+ 1,7			+ 12,8	+ 12,9	+ 12,7	+ 15,4	+ 4,0
Kohle	+ 5,4	- 11,9	- 0,5	- 12,0	- 4,8			+ 10,3	+ 3,1	+ 12,2	+ 15,4	+ 4,0
Erdöl und Mineralölprodukte	+ 2,1	- 1,3	- 0,1	+ 7,4	+ 3,0			+ 17,8	+ 18,1	+ 16,0	+ 12,6	+ 12,0
Treibstoffe	+ 0,9	+ 5,9	+ 3,0	+ 3,7	+ 7,6			+ 12,7	+ 17,5	+ 15,3	+ 14,3	+ 13,6
Normalbenzin	+ 18,7	- 0,1	- 2,4	- 3,3	+ 15,7			+ 3,0	+ 29,0	+ 26,7	+ 27,6	+ 25,8
Superbenzin	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,8	- 1,3	+ 2,8			+ 2,2	+ 9,3	+ 12,3	+ 7,6	+ 10,8
Dieselloststoff	+ 0,6	+ 13,4	+ 6,5	+ 11,4	+ 9,7			+ 1,2	+ 13,0	+ 13,6	+ 14,2	+ 5,9
Heizöle	+ 0,7	- 12,0	- 10,1	+ 12,7	- 10,5			+ 0,8	+ 12,1	+ 19,1	+ 27,7	- 10,9
Gasöl	+ 7,6	- 3,1	- 4,7	+ 27,7	+ 3,4			+ 5,4	+ 12,7	+ 12,3	+ 17,7	+ 3,9
Sonstige Heizöle	- 2,1	- 16,0	- 13,5	+ 6,5	- 15,8			+ 6,4	+ 12,5	+ 11,5	+ 17,1	+ 1,6
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	+ 5,0	+ 2,4	+ 1,2			+ 11,7	+ 15,1	+ 10,7	+ 19,5	+ 3,0
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,5	+ 1,1	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,3	+ 15,7	+ 16,7	+ 12,3	+ 8,0
Groß- und Einzelhandel¹⁾												
Großhandelsumsätze, real	+ 1,7	+ 10,0	+ 10,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 8,3		+ 5,4	+ 8,8	+ 9,1	+ 17,2	- 4,3
Aggregatzugsnisse								- 7,3	+ 13,4	+ 14,4	+ 16,9	+ 28,6
Lebens- und Genußmittel	- 0,7	+ 5,4	+ 4,0	+ 3,6	+ 9,7	+ 1,6		+ 6,4	+ 12,5	+ 11,5	+ 17,1	+ 1,6
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+ 1,0	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,8	+ 11,0	+ 13,0		+ 11,7	+ 12,4	+ 15,1	+ 20,2	+ 12,3
Fertigwaren	+ 4,0	+ 13,4	+ 9,8	+ 16,1	+ 14,5	+ 12,7		+ 2,3	+ 15,7	+ 16,7	+ 8,2	+ 13,0
Großhandelsumsätze, nominal	- 0,2	+ 9,4	+ 10,1	+ 9,4	+ 14,3	+ 9,6		- 5,4	+ 8,1	+ 6,2	+ 15,3	- 3,0
Wareneingänge des Großhandels, nominal	- 1,0	+ 10,6	+ 11,7	+ 11,0	+ 15,6	+ 13,3		- 5,4	+ 8,8	+ 9,1	+ 17,2	- 4,3
Einzelhandelsumsätze, real	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,6	+ 0,6	+ 3,4	- 0,2		+ 7,3	+ 13,3	+ 15,0	+ 25,5	+ 30,0
Kurzlebige Güter	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,9	- 1,7	+ 2,6	- 2,8		+ 14,4	+ 14,4	+ 13,8	+ 17,3	- 6,7
Nahrungsmittel	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,0	+ 0,9	+ 1,2	- 0,2		+ 2,0	+ 10,0	- 0,7	+ 43,5	+ 19,9
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 2,2	+ 2,6	- 10,3	+ 4,9	- 10,5		+ 2,0	+ 10,0	+ 10,6	+ 32,4	+ 32,4
Sonstige langlebige Güter	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 3,1	- 1,5		+ 9,6	+ 9,6	+ 11,1	+ 19,3	+ 17,8
Langlebige Güter	+ 2,3	+ 8,6	+ 2,0	+ 6,4	+ 5,1	+ 5,6		+ 3,1	+ 6,9	+ 2,7	+ 7,2	+ 14,8
Fahrzeuge	+ 1,8	+ 8,3	- 0,5	+ 12,1	+ 6,8	+ 1,6		- 3,1	- 9,0	- 3,3	+ 15,7	+ 19,5
Einrichtungsgüter und Hausrat	+ 3,8	+ 8,1	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,8	+ 13,4		+ 11,7	+ 14,9	+ 14,2	+ 22,1	+ 20,2
Sonstige langlebige Güter	+ 12,2	+ 11,1	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,6	- 1,2		+ 12,7	+ 20,0	+ 17,5	+ 15,6	+ 17,6
Einzelhandelsumsätze, nominal	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,0	+ 4,6	+ 1,1		+ 11,7	+ 12,1	+ 7,2	+ 22,3	+ 16,5
Wareneingänge des Einzelhandels, nominal	+ 2,9	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 5,9		+ 11,7	+ 12,1	+ 7,2	+ 22,3	+ 16,5
Großhandelsumsätze netto, Einzelhandelsumsätze brutto								+ 2,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 33,0	+ 34,9

¹⁾ Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawien, Südkorea, Mexiko, Portugal, Singapur, Spanien, Taiwan.

war dagegen vor allem das Lohnwachstum geringer. Nur der Yen hat gegenüber dem Schilling nennenswert aufgewertet, sodaß die Arbeitskosten in der japanischen Industrie 1988 das österreichische Niveau überschritten (+3%)

Die Arbeitsstunde kostete 1988 in der österreichischen Industrie um 11% weniger als im Durchschnitt der wichtigsten Handelspartner, aber um 16% mehr als in der EG.

Diese Fluktuation der Wechselkurse hat die Wettbewerbsposition der einzelnen Länder kurzfristig merklich verschoben: Bis 1985 wies Österreich unter den Industriestaaten mit Ausnahme von Großbritannien und Japan – zeitweise auch von Italien – die niedrigsten Arbeitskosten aus; jetzt liegen die Lohnkosten der Industrie in den USA, in Kanada, Frankreich und Italien um 4% bis 10%, in Großbritannien um gut ein Fünftel unter jenen in Österreich. Viel größer ist der Abstand zu den jüngsten EG-Mitgliedsländern: zu Irland ein Drittel, zu Spanien knapp 40%, zu Griechenland gut 60% und zu Portugal mehr als 80%. In der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Norwegen zahlt die Industrie heute pro Stunde um gut

30% in Schweden, Dänemark, Belgien und den Niederlanden um 10% bis 20% mehr als in Österreich

Löhne und Lohnnebenkosten

Pro Stunde betragen die Arbeitskosten in der verarbeitenden Industrie Österreichs 1988 180,10 S (Übersicht 1)¹⁾; diese Zahl setzt sich aus einem Direktlohn von 93,40 S und Lohnnebenkosten von 86,70 S zusammen. Österreich weist damit international relativ niedrige Stundenlöhne, aber mit 92,9% den höchsten Lohnnebenkostensatz aus²⁾. Dieser hohe Anteil an Lohnnebenkosten liegt jedoch zu einem großen Teil im österreichischen Einkommensteuerrecht begründet, das Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Abfertigungszahlungen) steuerlich stark begünstigt. Rechnet man den 13. und 14. Monatsbezug in den Direktlohn ein, so entspricht der Lohnnebenkostensatz mit 57,9% etwa dem Niveau in den Niederlanden und ist etwas höher als in der Bundesrepublik Deutschland; deutlich höhere Sätze weisen Frankreich und Italien aus.

Zwischen 1980 und 1988 stiegen die Arbeitskosten in der österreichi-

sehen Industrie pro Stunde jährlich um 5,6% und damit um 0,8 Prozentpunkte rascher als in der BRD. Durch die effektive Aufwertung des Schillings um 1,3% pro Jahr nahmen die Arbeitskosten in den Konkurrenzländern um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte langsamer zu als in Österreich, obwohl die Zuwachsrate im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner in Landeswährung mit 6,3% höher war.

Zuletzt war der Anstieg in Österreich (1988 3,4%) geringer als im Durchschnitt der Handelspartner (auf Schillingbasis 5,3%). Hier kommt zum Tragen, daß sich 1988 einige Währungen wieder etwas erholten; in Landeswährung stiegen die Lohnkosten der Handelspartner um 4,6%

Die Entwicklung der Produktivität

Die Beurteilung der internationalen Konkurrenzposition darf sich nicht nur an den Kosten der Arbeitskraft und den Wechselkursrelationen orientieren, sondern muß auch die Produktivität des Faktors Arbeit, die Produktionsleistung je Stunde, einbeziehen.

Den einzigen Anhaltspunkt über Unterschiede in der Arbeitsproduktivität liefert der Netto-Produktions-

Wechselkurse Übersicht 1 S je Landeswährung

	1980/ 1988	1985/ 1986	1986/ 1987	1987/ 1988
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
Belgien	- 3,4	- 1,9	- 0,9	- 0,8
BRD	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0
Frankreich	- 4,8	- 4,3	- 4,5	- 1,4
Großbritannien	- 3,9	- 15,8	- 7,6	+ 6,2
Italien	- 5,7	- 5,4	- 4,8	- 2,7
Japan	+ 6,7	+ 4,6	- 3,6	+ 10,1
Niederlande	- 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Schweden	- 5,1	- 10,8	- 6,9	+ 1,0
Schweiz	+ 1,1	+ 0,8	- 0,2	- 0,5
USA	- 0,6	- 26,2	- 17,2	- 2,3
Dänemark	- 2,8	- 3,4	- 2,0	- 0,8
Kanada	- 1,2	- 27,6	- 13,2	+ 5,4
Norwegen	- 4,0	- 14,1	- 9,2	+ 1,0
Griechenland	- 14,5	- 26,8	- 14,1	- 6,5
Finnland	- 2,0	- 9,9	- 4,4	+ 2,6
Spanien	- 6,4	- 10,4	- 5,9	+ 3,5
Irland	- 4,2	- 6,6	- 8,1	+ 0,1
Handelspartner ¹⁾	- 1,3	- 5,3	- 3,7	+ 0,6

Q: WIFO-Datenbank – ¹⁾ Gewogener Durchschnitt der Handelspartner ohne Irland, Griechenland, Finnland und Spanien

Arbeitskosten je Stunde in der verarbeitenden Industrie Übersicht 2

	1988 in S	1980/1988	1985/1986	1986/1987	1987/1988
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %				
Belgien	202,06	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,8	- 0,1
BRD	238,01	+ 4,8	+ 5,7	+ 4,2	+ 4,6
Frankreich	173,16	+ 3,8	- 0,0	- 1,5	+ 1,6
Großbritannien	141,58	+ 4,7	- 9,4	- 0,2	+ 15,1
Italien	168,94	+ 5,5	- 0,9	+ 1,4	+ 3,2
Japan	186,02	+ 11,0	+ 7,5	- 0,3	+ 14,9
Niederlande	199,60	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6
Schweden	213,98	+ 2,8	- 4,5	+ 0,2	+ 9,3
Schweiz	234,86	+ 5,7	+ 4,6	+ 2,6	+ 2,8
USA	170,64	+ 3,7	- 24,9	- 15,6	+ 0,4
Dänemark	208,99	+ 4,4	+ 1,1	+ 7,3	+ 5,7
Kanada	165,00	+ 4,8	- 25,2	- 11,0	+ 10,4
Norwegen	237,12	+ 5,6	- 5,2	+ 5,4	+ 7,5
Griechenland	69,33	+ 2,5	- 17,4	- 5,5	+ 10,1
Finnland	184,00	+ 6,7	- 4,3	+ 2,1	+ 11,0
Spanien	111,37	+ 4,7	- 0,5	+ 1,1	+ 10,2
Irland	120,85	+ 6,0	+ 0,1	- 3,5	+ 5,1
Handelspartner ¹⁾	201,38	+ 4,9	- 0,7	+ 0,6	+ 5,3
Österreich	180,11	+ 5,6	+ 6,4	+ 4,9	+ 3,4
Handelspartner = 100	89,4	+ 0,7	+ 7,1	+ 4,3	- 1,8
BRD = 100	75,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	- 1,1

Q: Eurostat, Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Schwedischer Arbeitgeberverband, U.S. Labor Office; zur Methode vgl. Guger (1983) – ¹⁾ Gewogener Durchschnitt der Handelspartner ohne Irland, Griechenland, Finnland und Spanien

¹⁾ Zu Methode und Begriffen vgl. Guger A. „Die Arbeitskosten der verarbeitenden Industrie im internationalen Vergleich“ WIFO-Monatsberichte 1983 56(1)
²⁾ Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hrsg.) Die Arbeitskosten in der Industrie Österreichs 1987 Wien 1989

vestment banks“, „merchant banks“). Allerdings wird in den USA eine Lokierung dieser Abgrenzung diskutiert.

Im *Universalbankensystem* tätigen die dominierenden Banken alle typischen Bankgeschäfte, doch enthält es mitunter ebenfalls ausgeprägte Spezialbankennischen. Die Spezialbanken stehen dann (tatsächlich oder potentiell) im Wettbewerb mit den Universalbanken, weil ihre Geschäfte von diesen ebenso durchgeführt werden können.

Für die Abgrenzung der Spezialbanken von den Universalbanken eines Landes spielen — neben den für die Banken exogenen institutionellen Rahmenbedingungen — fast immer das Geschäftsrisiko und bankinterne Interessenkonflikte eine Rolle. In *Kontinentaleuropa* erwies sich die Abgrenzung nach dem Risiko als typenbildend. Die Universalbanken klammerten ursprünglich das langfristige Geschäft mit seinen hohen Risiken aus ihrer Geschäftstätigkeit aus und überließen es speziellen Finanzierungsinstituten. Erst in jüngerer Zeit weiteten die Universalbanken ihren Geschäftskreis aus geschäftspolitischen Überlegungen auch auf langfristige Finanzierungen aus.

Im *anglo-amerikanischen* Bereich führten Interessenkollisionen zur Ausgliederung des Effektengeschäftes aus der Tätigkeit der Kommerzbanken (Banking Act von 1933). Die damit verbundenen Gefahren für die Banken und ihre Kunden waren nach dem Börsenkrach von 1929 bewußt geworden, als manche Banken in ihrer Doppelfunktion — Beauftragte von Kunden und Marktteilnehmer für eigene Rechnung — das Kundeninteresse vernachlässigt hatten.

Vor- und Nachteile der Systeme
Für oder gegen das Universalbankensystem bringt die Fachliteratur (Büschgen, 1970, Khatkhate — Riechel, 1980, Hahn, 1981) verschiedene Argumente vor (siehe Kasten). Diese Vor- und Nachteile gelten mit umgekehrten Vorzeichen auch für *Spezialbanken*. Sie können im allgemeinen auf Kundenwünsche flexibler eingehen und setzen sich Interessenkonflikten weniger aus als der Durchschnitt der Universalbanken. Kleinere Spezialbanken können im allgemeinen ihre Leistungen gleich kostengünstig anbieten wie große Universal-

Vor- und Nachteile des Universalbankensystems

Vorzüge

1. **Skalenerträge:** Mit zunehmenden „Losgrößen“ sinken in der Produktion von Bankdienstleistungen (wie im Normalfall auch in der Güterherstellung) die anteiligen Fixkosten je angebotene Einheit und damit die „Preise“. Im Bankensektor können so vor allem die hohen Informations- und Transaktionskosten effizient umgesetzt werden. Allerdings ist die internationale empirische Evidenz zu Skalenerträgen im Bankensektor uneinheitlich; sie lassen sich nur für kleine Banken (bis zu einer Bilanzsumme von etwa 1 bis 3 Mrd. S) nachweisen (vgl. Mooslechner, 1989).
2. **Effizienz:** Universalbanken betreiben neben dem Großkundengeschäft auch das Massengeschäft und erreichen daher bei gegebener Zahl von Bankstellen eine bessere Versorgung der Gesamtwirtschaft mit Bankleistungen als Spezialbanken. Sie mobilisieren Geldkapital auf breiter Basis, weil sie alle Kundengruppen ansprechen und die Primärmittel nicht auf bestimmte Fristigkeiten spezialisieren.
3. **Stabilität:** Universalbanken können aufgrund ihrer breiten Produktpalette ihr Risiko besser streuen als Spezialbanken und tragen auf diese Weise zur Stabilität des gesamten Finanzsystems bei.

Nachteile

1. **Interessenkonflikte:** Da Universalbanken gleichzeitig viele unterschiedliche Geschäfte und Kundengruppen betreuen, entstehen immer wieder Gegensätze zwischen Kunden- und Bankinteresse, aber auch in der Betreuung der verschiedenen Kundengruppen und in der Entscheidung zwischen bilanzwirksamen und bilanzunwirksamen Geschäften.
2. **Begrenztes Spezialwissen:** Kleinere Universalbanken sind oft nicht in der Lage, spezielle Kundenwünsche mit ausreichender Expertise zu behandeln, weil ihre Geschäftsstruktur den hierfür erforderlichen Personalaufwand nicht rechtfertigt.
3. **Geringere Beweglichkeit:** Universalbanken tendieren zu großen Betriebseinheiten und schwerfälligen Entscheidungsstrukturen, sammeln gleichzeitig aber viele Einzelrisiken an. Sie können ihr Angebot zwar längerfristig eher an die Nachfrage anpassen als Spezialbanken, diese reagieren in ihrem angestammten Wirkungsbereich aber rascher.
4. **Konzentration:** Große Betriebseinheiten tendieren zur Konzentration von Marktmacht, sodaß die Kunden (Produktionsunternehmen, Haushalte) zunehmend von den Banken und ihren Konditionen abhängen (Hahn, 1981, S. 84: „Konzentration im Bankwesen führt immer zu einer Benachteiligung des Kunden“; vgl. die Gegenmeinung von Khatkhate — Riechel, 1980).

banken. „Das Spezialbankensystem erlaubt auch die Existenz kleiner Institute, während das Universalbankensystem eine Konzentration erzwingt. Voraussetzung ist allerdings, daß der Spezialisierung auch ein entsprechendes Absatzvolumen gegenübersteht“ (Hahn, 1981, S. 81). Andererseits könnte ein reines Spezialbankensystem die Versorgung mit Bankdienstleistungen wohl kaum optimal gewährleisten, weil die Marktteilnehmer hohe Informations- und Koordinierungskosten hinzunehmen hätten.

Die Nachteile des Universalbankensystems können grundsätzlich durch die Gliederung in Geschäfts- und Investmentbanken (Vermeidung von Interessenkollisionen), die Dezentralisierung der Aufgaben in der Bank (Verbesserung der Entscheidungsflexibilität) oder die Auslagerung von abgegrenzten Bankaktivitäten (Kooperation mit anderen Banken

zur Erhöhung der Expertise sowie der Entscheidungsflexibilität) vermieden werden.

Die Nachteile des Universalbankensystems können durch die Gliederung in Geschäfts- und Investmentbanken, die Dezentralisierung der Aufgaben innerhalb einer Bank oder die Auslagerung von abgegrenzten Bankaktivitäten in Spezialinstitute vermieden werden.

Die vielen Vor- und Nachteile, die sowohl für das Universalbanken- als auch für das Spezialbankensystem ins Treffen geführt werden können, lassen eine Kombination der Vorteile aus beiden Systemen sinnvoll erscheinen. In einer „optimalen“ Bankenstruktur werden sich daher zwischen den großen Universalbanken (die vornehmlich das Massengeschäft betreiben) Ni-

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	1987		1988		1989		1988		1989		1989	
	III. Qu.	IV. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Energie												
Förderung	+ 7,5	- 1,5	- 7,1	+ 1,7	+ 1,9							
Kohle	- 6,2	- 32,7	- 43,5	- 36,1	- 15,6							
Erdöl	- 4,8	+ 10,6	+ 13,4	+ 14,3	+ 9,5							
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	+ 26,0	+ 10,6	+ 9,9							
Stromerzeugung	+ 13,1	- 3,0	- 7,8	+ 3,1	+ 2,1							
Wasserkraft	+ 15,9	- 0,5	- 10,0	+ 6,3	+ 7,8							
Wärmeleistung	+ 6,3	- 9,5	+ 7,6	- 1,6	- 4,0							
Verbrauch	+ 3,8	- 2,8	+ 0,8	+ 3,1	+ 1,7							
Kohle	+ 5,4	- 11,9	- 0,5	- 12,0	- 4,8							
Erdöl und Mineralölprodukte	+ 2,1	- 1,3	- 0,1	+ 7,4	+ 3,0							
Treibstoffe	+ 0,9	+ 5,9	+ 3,0	+ 3,7	+ 7,5							
Normalbenzin	+ 18,7	- 0,1	- 2,4	- 3,3	+ 15,7							
Superbenzin	- 3,1	+ 1,5	+ 1,8	- 1,3	+ 2,8							
Dieselmotoren	- 0,6	+ 13,4	+ 6,5	+ 11,4	+ 9,7							
Heizöl	+ 0,7	- 12,0	- 10,1	+ 12,7	- 10,5							
Gasöl	+ 7,6	- 3,1	- 4,7	+ 27,7	+ 3,4							
Sonstige Heizöl	- 2,1	- 16,0	- 13,5	+ 6,5	- 15,8							
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	+ 5,0	+ 2,4	+ 1,2							
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,5	+ 1,1							
Groß- und Einzelhandel⁶⁾												
Großhandelsumsatz, real	+ 1,7	+ 10,0	+ 10,0	+ 9,9	+ 13,7							
Agrarzeugnisse												
Lebens- und Genussmittel	- 0,7	+ 5,4	+ 4,0	+ 3,6	+ 9,7							
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+ 1,0	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,8	+ 11,0							
Fertigwaren	+ 4,0	+ 13,4	+ 9,8	+ 16,1	+ 14,5							
Großhandelsumsatz, nominal	- 0,2	+ 9,4	+ 10,1	+ 9,4	+ 14,3							
Wareneingänge des Großhandels, nominal	- 1,0	+ 10,6	+ 11,7	+ 11,0	+ 15,6							
Einzelhandelsumsatz, real	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,6	+ 0,6	+ 3,4							
Kurzlebige Güter	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,9	- 1,7	+ 2,6							
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,0	+ 0,9	+ 1,2							
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 2,2	+ 2,6	- 10,3	+ 4,9							
Sonstige kurzlebige Güter	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 3,1							
Langlebige Güter	+ 2,3	+ 8,6	+ 2,0	+ 6,4	+ 5,1							
Fahrzeuge	- 1,8	+ 8,3	- 0,5	+ 12,1	+ 6,8							
Einrichtungsgegenstände und Hausrat	+ 3,8	+ 8,1	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,8							
Sonstige langlebige Güter	+ 12,2	+ 11,1	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,6							
Einzelhandelsumsatz, nominal	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,0	+ 4,6							
Wareneingänge des Einzelhandels, nominal	+ 2,9	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5							
Außenhandel												
Ausfuhr insgesamt, nominal	- 0,0	+ 11,9	+ 12,1	+ 13,1	+ 16,6							
Nahrungs- und Genussmittel	- 11,1	+ 12,2	+ 27,4	+ 27,5	+ 36,9							
Rohstoffe und Energie	+ 8,5	+ 4,5	- 1,2	+ 10,3	+ 10,8							
Halbfertige Waren	+ 1,3	+ 11,0	+ 12,1	+ 8,7	+ 19,2							
Fertigwaren	- 0,6	+ 12,9	+ 12,8	+ 13,9	+ 15,5							
Investitionsgüter	+ 1,1	+ 13,1	+ 13,7	+ 16,2	+ 14,9							
Konsumgüter	- 1,4	+ 12,8	+ 12,3	+ 12,7	+ 16,0							
Holz	+ 0,8	+ 10,3	+ 3,1	+ 12,2	+ 26,7							
Papier	+ 5,4	+ 17,8	+ 18,1	+ 16,0	+ 14,9							
Eisen und Stahl	- 3,0	+ 12,7	+ 17,5	+ 15,3	+ 26,4							
Metalle	+ 9,6	+ 29,0	+ 29,1	+ 26,7	+ 27,8							
Metallwaren	- 2,2	+ 9,3	+ 12,3	+ 11,7	+ 20,0							
Maschinen (SITC 71 bis 77)	+ 1,2	+ 13,0	+ 15,1	+ 13,6	+ 18,7							
Nachrichtengeräte	+ 0,6	+ 12,1	+ 19,1	+ 5,5	+ 13,0							
EG 86	+ 5,4	+ 12,7	+ 12,3	+ 13,0	+ 16,4							
BRD	+ 6,4	+ 12,5	+ 11,5	+ 14,7	+ 15,3							
Italien	+ 11,7	+ 12,4	+ 15,1	+ 10,7	+ 20,2							
Großbritannien	+ 2,3	+ 15,7	+ 16,7	+ 6,2	+ 13,0							
EFTA 86	- 5,4	+ 8,1	+ 6,2	+ 9,8	+ 13,0							
Schweiz	- 5,4	+ 8,8	+ 9,1	+ 9,5	+ 12,2							
Industriestaaten Übersee	- 7,3	+ 13,4	+ 14,4	+ 16,9	+ 26,6							
Oststaaten	- 6,4	+ 13,3	+ 15,0	+ 23,6	+ 23,0							
OPEC	- 24,3	+ 14,4	+ 13,9	+ 17,3	- 6,7							
Sonstige Entwicklungsländer	- 10,6	+ 2,0	+ 10,0	- 0,7	+ 19,1							
Schwellenländer ⁷⁾	- 4,4	+ 15,8	+ 20,6	+ 10,6	+ 30,0							
Einfuhr insgesamt, nominal	+ 1,0	+ 9,6	+ 11,1	+ 7,8	+ 20,4							
Nahrungs- und Genussmittel	+ 4,8	+ 3,1	+ 6,9	+ 2,7	+ 14,8							
Rohstoffe und Energie	- 11,5	- 3,1	- 9,0	- 3,3	+ 7,3							
Halbfertige Waren	+ 2,5	+ 11,7	+ 14,8	+ 14,2	+ 27,3							
Fertigwaren	+ 5,0	+ 12,0	+ 14,5	+ 8,7	+ 21,4							
Investitionsgüter	+ 7,5	+ 12,7	+ 20,0	+ 11,5	+ 30,5							
Konsumgüter	+ 3,9	+ 11,7	+ 12,1	+ 7,2	+ 17,4							
Pkw	- 9,4	+ 28,8	+ 31,3	+ 29,8	+ 6,8							
Brennstoffe	- 15,7	- 14,6	- 22,5	- 10,7	- 3,0							
Erdöl, Wert	- 3,5	- 25,1	- 34,4	- 16,6	- 0,6							
Erdöl, Menge	+ 0,7	- 9,7	- 20,9	+ 10,5	- 9,3							
Erdölprodukte, Menge	+ 3,6	+ 0,3	- 0,7	+ 12,8	+ 11,7							
EG 86	+ 2,6	+ 9,8	+ 11,3	+ 8,5	+ 22,1							
BRD	+ 1,4	+ 10,4	+ 12,2	+ 8,6	+ 18,9							
EFTA 86	+ 2,9	+ 3,0	+ 5,6	+ 1,7	+ 11,4							
Oststaaten	- 17,7	+ 2,7	- 2,6	+ 2,4	+ 13,3							
OPEC	- 5,6	- 18,9	- 29,5	- 14,3	- 14,2							
Schwellenländer ⁷⁾	+ 12,9	+ 20,4	+ 27,5	+ 12,3	+ 29,6							
Ausfuhrpreis (1979 = 100)	- 2,5	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,0	- 0,3							
Einfuhrpreis (1979 = 100)	- 4,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 3,5	+ 5,6							
Erdölpreis (\$ je t)	- 4,2	- 17,1	- 16,9	- 24,5	+ 9,5							
Terms of Trade	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,5	- 5,6							

⁷⁾ Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawien, Südkorea, Mexiko, Portugal, Singapur, Spanien, Taiwan.

Entwicklung des Außenhandels in Österreich, der BRD und der Schweiz

Übersicht 1

	Export			Import			Handelsbilanz			Terms of Trade	
	Nominell	Preise	Real	Nominell	Preise	Real	in Mrd. Landeswährung	in % der Exporte	in Mrd. Landeswährung	Veränderung gegen das Vorjahr	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									In %	
Österreich											
1988 adaptierte Daten	+11,9	+2,2	+9,5	+9,6	+1,6	+7,9	-68,2	-17,6	+1,2	+0,6	
Jänner bis Mai 1989, Ursprungsdaten	+14,5	+1,0	+13,4	+19,6	+5,9	+12,9	-39,5	-22,9	-13,0	-4,6	
Jänner bis Juni 1989, Ursprungsdaten	+15,3			+19,1			-46,3	-21,8	-13,2		
I Quartal 1988 adaptierte Daten	+8,1	+0,7	+7,4	+9,4	+0,2	+9,2	-16,7	-19,1	-2,3	+0,5	
I Quartal 1989 adaptierte Daten	+16,6	+3,4	+12,8	+20,4	+4,5	+15,2	-23,4	-22,8	-6,7	-1,0	
I Quartal 1989 Ursprungsdaten	+16,6	-0,3	+17,0	+20,4	+5,6	+14,0	-23,4	-22,8	-6,7	-5,6	
BRD											
1988	+7,7	+0,9	+6,7	+7,4	+0,9	+6,4	+128,0	+22,5	+10,2	-0,1	
Jänner bis Mai 1989	+19,0	+5,7	+12,7	+17,3	+8,7	+7,9	+56,4	+21,6	+11,4	-2,8	
I Quartal 1988	+0,8	-2,2	+3,1	+3,6	-1,9	+5,6	+25,2	+19,6	-2,5	-0,3	
I Quartal 1989	+21,8	+5,9	+15,0	+16,7	+8,1	+8,0	+36,0	+23,1	+10,8	-2,0	
Schweiz¹⁾											
1988	+9,6			+9,9			-8,7	-11,7	-1,0		
Jänner bis Juni 1989	+13,3	+5,1	+7,8	+17,6	+9,2	+7,7	-6,2	-16,4	-2,2	-3,8	
I Quartal 1988	+10,2			+7,8			-1,7	-9,8	+0,2		
I Quartal 1989	+12,0			+15,0			-2,5	-12,8	-0,8		

¹⁾ Ohne Edelmetalle usw

ker (bis Mai +19,0%)¹⁾, jene der Schweiz etwa gleich stark wie die Österreichs (+13,3%; einschließlich Edelmetallen usw +15,2%). Die Importnachfrage ist in Österreich etwas kräftiger als in der BRD und in der Schweiz

Wenig aufschlußreich sind in Österreich die Indikatoren der *Außenhandelspreise*. Die vom Österreichischen Statistischen Zentralamt berechneten Durchschnittswerte (Unit Values) ergeben für den Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai eine Zunahme der Exportpreise um 1,0% der Importpreise um 5,9% (Ursprungsdaten). Das Zentralamt weist überdies vierteljährlich „adaptierte“ Werte aus; für das I Quartal geben sie eine Verteuerung der Ausfuhr um 3,4%, der Einfuhr um 4,5% wieder. Sowohl die deutschen als auch die Schweizer Statistiken zeigen eine deutlich stärkere Verteuerung der Außenhandelsgüter an, die Differenz gegenüber Österreich macht meist mehr als 3 Prozentpunkte aus. Es ist wenig wahrscheinlich, daß in Österreich die Außenhandelspreise viel stabiler als in den beiden anderen Hartwährungsländern sind. Das WIFO versucht des-

halb, plausible Indizes der Export- und Importpreise zu berechnen. Der Zweifel an den Außenhandelspreisen stellt auch die Richtigkeit der realen Wachstumsraten der Exporte (Jänner bis Mai +13,4%) und der Importe (+12,9%) in Frage. Realistisch scheinen Werte um jeweils etwa +10%. Da die beiden Fehler einander kompensieren, dürfte die Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes nicht betroffen sein.

Marktanteilsverluste 1989 möglich

Österreich konnte in den achtziger Jahren Marktanteile im Ausland gewinnen. Besonders erfolgreich war Österreich in der EG und in den Oststaaten (vgl. Stankovsky, 1989A). In den Jahren 1987 und 1988 konnte der österreichische Export aber seine Stellung auf den Weltmärkten nur noch knapp behaupten²⁾. Nach den bisher verfügbaren Daten hielt er heuer mit dem Aufschwung des Welthandels nicht ganz Schritt. Im I Quartal 1989 ist Österreichs Marktanteil am Weltexport der OECD um 4,3% zurückgegangen (am Export in die

Oststaaten -7,5%, OPEC -16,6%, NOPEC -4,3%). Im 1. Halbjahr 1989 stiegen die österreichischen Exporte nominell um 3,7 Prozentpunkte schwächer als jene der BRD. Marktanteile (gemessen am Gesamtimport der Berichtsländer) gingen heuer in den meisten OECD-Staaten - so in der BRD, in der Schweiz, in Italien und Großbritannien, in den meisten skandinavischen Ländern und in den USA - verloren.

1987 und 1988 konnte Österreich seine Stellung auf den Weltmärkten nur knapp behaupten, im I. Quartal 1989 sind Marktanteile am Weltexport verlorengegangen.

Diese Ergebnisse scheinen der WIFO-Prognose vom Juni 1989 zu widersprechen, die für Österreich den Gewinn realer Marktanteile annimmt (Exporte im Jahr 1989 real Österreich +10%, OECD +7,5%). Die nominelle Entwicklung entspricht bisher aber weitgehend der Prognoselinie. Diese Diskrepanz könnte damit zu erklären sein, daß das Exportwachstum der OECD unterschätzt worden ist; möglicherweise wurde aber - aufgrund

¹⁾ In der Bundesrepublik Deutschland wird vermutet, daß infolge größerer Statistikumstellungen (Harmonisiertes System, Einheitliches Verwaltungsdokument) zu Jahresbeginn 1988 die Exporte und Importe zum Teil nicht erfaßt wurden (die fehlenden Meldungen wurden aber wahrscheinlich in den folgenden Monaten nachträglich registriert), sodaß der hohe Zuwachs im I. Quartal 1989 zum Teil auf einen „Basiseffekt“ zurückzuführen ist. Die Statistiken für Österreich und für die Schweiz geben hingegen keinen Hinweis auf deutliche Untererfassungen zu Jahresbeginn 1988. - Die Fehler in der österreichischen Importstatistik wurden nachträglich korrigiert.

²⁾ 1987 nomineller Marktanteil +3,4%, realer Marktanteil -2,4%, 1988 -0,3% bzw. +1,9% (laut IFS). Der Unterschied zwischen nominellem und realem Marktanteil spiegelt die Entwicklung der relativen Preise wider; er ist auch durch die Wechselkursentwicklung beeinflusst (vgl. hierzu näher Stankovsky, 1989A, insbesondere S. 85f).

350 km. Die Wasserstraßen in der Bundesrepublik Deutschland sind 4 336 km lang, dazu kommen Anschlußstrecken außerhalb des Staatsgebietes (Rhein, Donau bis zur Mün-

Ungünstigere nautische Bedingungen für die DDSG

derung, Oberlauf der Elbe, Mosel und Kanalverbindungen zu Nachbarstaaten im Osten und Westen) Die deutsche Schifffahrt transportiert rund 80% des Güteraufkommens auf dem Rhein (Woelke, 1981). Bei Normalwasserstand haben Rhein (ab Duisburg-Ruhrort) und Donau (ab Belgrad) in ihrem Unterlauf Wasserstraßenklasse VI (für Schiffe mit einer Tragfähigkeit von mehr als 3.000 t befahrbar) Der Rhein ist im Oberlauf bis Basel durchgehend der Wasserstraßenklasse V zugeordnet (geeignet für 2.000-t-Schiffe) die Donau von Belgrad flußaufwärts nur bis Komarom und in den fertiggestellten Ausbaustrecken (Kraftwerkskette) Für die Umgruppierung der Schiffsverbände und für Schleusenmanöver muß auf der Donau mehr Personal vorgehalten werden als auf dem Rhein

Hoch- und Niederwasser sowie Eis beeinträchtigen die Schifffahrt auf der Donau häufiger als auf den deutschen Binnenwasserstraßen Dementsprechend streut das monatliche Transportaufkommen der Binnenschifffahrt (alle in- und ausländischen Schiffe) in Österreich viel stärker als in der Bundesrepublik Deutschland (Übersicht 1) Die Spannweite der monatlichen Fracht (Differenz zwischen der größten und kleinsten monatlichen Fracht, Jahresdurchschnitt = 100) war ebenso wie die Standardabweichung in den ausgewählten Jahren 1970, 1980, 1987 und 1988 in Österreich weit höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Besonders ungünstig sind die Verhältnisse auf der Donau im Jänner; Niederwasser und Eis bedingen, daß die verfügbaren Transportkapazitäten meist nur zu einem Viertel ausgelastet werden können Auf den Wasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland liegt die Jännerauslastung durchwegs weit über 50%. Das Jahr 1988 war für die Donauschifffahrt außergewöhnlich günstig, dennoch erreichte die Binnenschifffahrt in der Bundesrepublik

Schwankungen des Transportaufkommens der Binnenschifffahrt

Übersicht 1

	Österreich 1970		BRD 1980		Österreich 1987		BRD 1988	
	Beförderte Güter in t Jahresdurchschnitt = 100							
Jänner	31	64	70	87	38	66	86	89
Februar	69	67	86	92	45	81	96	89
März	90	95	110	110	108	99	85	83
April	103	115	118	108	110	105	105	103
Mai	106	97	126	102	117	106	103	105
Juni	122	117	117	114	119	96	119	196
Juli	133	113	117	102	131	112	113	106
August	122	110	97	99	115	105	98	102
September	118	110	101	107	106	109	111	105
Oktober	109	109	96	104	104	111	94	109
November	94	107	82	94	107	105	94	101
Dezember	102	96	80	81	99	104	96	102
Spannweite	102	53	56	27	81	46	34	26
Standardabweichung	26,4	17,7	17,9	9,8	28,6	13,5	10,1	7,9

Q: Statistisches Bundesamt Österreichisches Statistisches Zentralamt eigene Berechnungen; alle in- und ausländischen Gesellschaften

Deutschland eine saisonal gleichmäßigere Auslastung

Schwankungen der Transportnachfrage

Neben dem wechselnden Wasserstand haben auch die Schwankungen in der Transportnachfrage Einfluß auf die Produktivitätskennzahlen der Schifffahrt

Auf der österreichischen Donau werden vor allem Erze, Schrott, Kohle, Erdölprodukte und Metallerzeugnisse verschifft 1987 entfiel rund die Hälfte des Transportaufkommens auf den Bereich Eisenhütten (Erze, Schrott, Metallerzeugnisse und ein Großteil der Kohle), 17% waren Erdöl-erzeugnisse (Übersicht 2) In der Bundesrepublik Deutschland hat die Binnenschifffahrt neben den Eisenhütten (rund 28% des Transportaufkommens) mit der Bauwirtschaft (rund

27%) einen zweiten großen Verladere Die jährlichen Produktionsschwankungen der Eisenhütten waren im Zeitraum 1970 bis 1987 in Österreich schwächer als in der Bundesrepublik Deutschland (gemessen an den Standardabweichungen) und auch schwächer als die Schwankungen der deutschen Bauproduktion Die Wellen der Stahl- und der Baukonjunktur verliefen in der BRD meist parallel, sodaß sich in der Transportnachfrage kaum ein Ausgleich ergab (Abbildung 1)

Die Nachfrage nach Tanktransporten hängt zu einem großen Teil von den Einkaufsdispositionen des Mineralölhandels und der Großverbraucher ab. Bei entsprechender Marktlage werden Mineralölprodukte vermehrt von ausländischen Raffinerien bezogen, geliefert wird großteils per

Transportaufkommen verschiedener Güter in der Binnenschifffahrt 1987

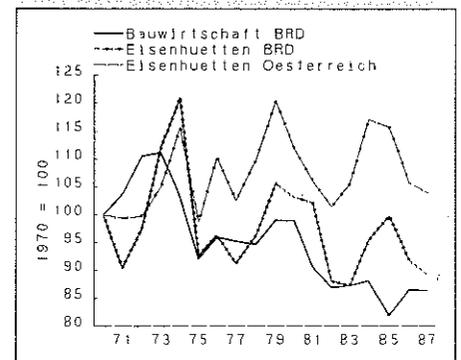
Übersicht 2

	Österreich	BRD
	Anteile in %	
Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse	7,6	3,0
Nahrungs- und Futtermittel	2,1	5,7
Feste Brennstoffe	20,3	10,3
Erdölprodukte	16,5	19,0
Erze Metallabfälle	24,8	16,8
Metallerzeugnisse	15,5	5,7
Steine Erden Baumaterial	5,3	27,2
Düngemittel	5,3	3,1
Chemische Erzeugnisse	1,2	7,5
Sonstige Waren	1,4	1,7

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Statistisches Bundesamt eigene Berechnungen

Produktion der Eisenhütten und der Bauwirtschaft 1970 bis 1987

Real



Die schrumpfende Produktion in den Eisenhütten und in der Bauwirtschaft beeinträchtigt die Transportnachfrage auf den Wasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland.

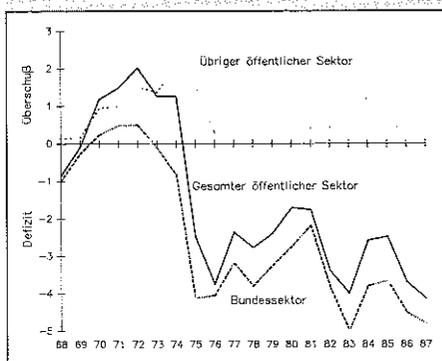
Bewertungsfragen bleiben außer Betracht

Finanzierungssalden als Maßstab der Budgetanalyse

Der Saldo des Vermögensveränderungskontos des gesamten öffentlichen Sektors, das Net-lending, ist seit 1975 negativ, d. h. die Kreditaufnahmen des Staates übersteigen die Zugänge im Finanzvermögen. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre war er noch positiv (Abbildung 1) Nach der deutlichen Saldendrehung im Jahr 1975 hat sich das Defizit in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zwar verringert, der Saldo blieb aber negativ. Anfang der achtziger Jahre stieg der Abgang wieder und erreichte 1987 mit 61,3 Mrd S den bisher höchsten Wert Er entsprach 4,1% des Brutto-Inlandsproduktes (1975 2,5%, 1983 4%).

Innerhalb des öffentlichen Sektors ergeben sich jedoch deutliche Differenzen zwischen dem Bundessektor (Bund einschließlich Fonds) und dem übrigen öffentlichen Sektor (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und Kammern), und zwar sowohl im Niveau als auch in der Entwicklung des Finanzierungssaldos. Diese Unterschiede lassen sich groÙtenteils auf zwei Faktoren zurückführen: Zum einen stammen sie aus der unterschiedlichen Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Rechtsträgern, zum anderen spiegeln sie die zunehmende Konzentration der Aufbringung öffentlicher Finanzierungsmittel beim Bund wider. Von den beiden

Net-lending laut VGR *Abbildung 1*
In % des BIP



Der negative Finanzierungssaldo (Net-lending) des gesamten öffentlichen Sektors wird vom Bundessektor bestimmt. Er weist seit 1975 hohe Defizite auf. Im übrigen öffentlichen Sektor waren über die gesamte Untersuchungsperiode Überschüsse zu verzeichnen.

Aufbringung und Verwendung öffentlicher Mittel durch den Bund *Übersicht 1*

	Netto-Kredit-aufnahmen ¹⁾	Ein-gehobene Steuern	Gesamt-ausgaben ²⁾
	Anteil des Bundes am gesamten öffentlichen Sektor in %		
1968	58,9	93,9	46,0
1970	44,4	94,1	45,7
1975	81,6	93,6	43,7
1980	70,2	94,0	44,9
1985	90,2	94,3	46,4
1987	90,9	94,1	45,6

1) Länder und Gemeinden einschließlich „innere Anleihen“. — 2) Ausgaben ohne Transfers an Träger öffentlichen Rechtes, Bund einschließlich Betriebe, Länder und Gemeinden einschließlich Tilgung „innerer Anleihen“

wichtigsten Finanzierungskomponenten der öffentlichen Ausgaben, den Steuern und den Krediten, bringt der Bund derzeit jeweils mehr als 90% auf (Übersicht 1)

Bei den Steuern ist die dominierende Position des Bundes durch die Finanzverfassung und die Finanzausgleichsgesetze bestimmt, wonach die Einhebung der Steuern in Österreich weitgehend dem Bund obliegt. Länder und Gemeinden verfügen nur über geringe eigene Steuern. Sie sind daher stark von der Steuerpolitik des Bundes abhängig, wodurch sich auch der Gestaltungsspielraum ihrer öffentlichen Haushalte merklich einschränkt. Die Aufteilungsschlüssel der Steuern haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten kaum geändert.

Der Bund dominiert die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben, er nimmt gewissermaßen Kredite für andere Rechtsträger auf.

Die Kreditaufnahmen werden hingegen erst seit Mitte der siebziger Jahre vom Bund dominiert; vorher hatte er weniger als die Hälfte der öf-

fentlichen Kredite aufgenommen. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre weiteten vor allem die Gemeinden ihre Kreditaufnahmen kräftig aus — sie verschuldeten sich in einzelnen Jahren stärker als der Bund. Seit Mitte der achtziger Jahre nimmt der Bund mehr als 90% der gesamten öffentlichen Kredite auf (Übersicht 1)

Im Gegensatz zur Aufbringung der Mittel entfällt auf den Bund jedoch weniger als die Hälfte der Ausgaben (Übersicht 1). Diese Quote schwankt langfristig nur wenig. Die große Differenz zwischen Aufbringung und Verwendung der öffentlichen Mittel läßt sich zu einem guten Teil damit erklären, daß der Bund den anderen Bereichen des öffentlichen Sektors zunehmend die Finanzierung ihrer Aufgaben durch Kostenübernahmen und Zuschüsse sichert, so etwa die Bezahlung der Landeslehrer (1987 rund 27,2 Mrd S). Der Bund nimmt somit gewissermaßen Kredite zur Finanzierung von Aufgaben anderer Rechtsträger auf. Dadurch bestimmt der Bund einerseits das Finanzierungsdefizit des gesamten öffentlichen Sektors und erleichtert andererseits den übrigen öffentlichen Rechtsträgern die Bildung von Finanzierungsüberschüssen (in den letzten Jahren zwischen 0,4% und 1,2% des BIP; Abbildung 1)

Die unterschiedlichen Finanzierungssalden der einzelnen Bereiche des öffentlichen Sektors (laut VGR) werden maßgeblich von der Zweckbindung von Steuereinnahmen zur Finanzierung von Investitionen (Straßen) und Darlehensgewährungen (vor allem im Wohnbau) geprägt. Diese Zweckbindungen können dazu führen, daß trotz insgesamt ausreichender laufender Einnahmen laufende Ausgaben durch Kredite finanziert

Öffentliches Sparen im internationalen Vergleich *Übersicht 2*

	1970	1975	1980	1985
	In % des Brutto-Inlandsproduktes			
Österreich	6,6	4,3	3,6	2,4
Belgien	2,2	-0,7	-4,6	-5,7
Dänemark		2,6	-0,0	0,2
Frankreich	5,2	2,1	3,8	0,5
BRD	5,8	-0,6	1,8	2,0
Italien			-4,7	-7,1
Niederlande	3,8	1,9	0,8	-0,6
Schweden	9,8	5,8	-0,2	-1,3
Großbritannien	7,5	-0,3	-1,6	-1,3
USA	-0,7	-4,0	-1,6	-4,0
Japan	6,7	3,2	2,6	4,8

Q: OECD National Accounts

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	1987		1988		1989		1988		1989		1989				
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Energie															
Förderung	+ 7,5	- 1,5	- 7,1	+ 1,7	+ 1,9	- 4,8	- 1,3	- 0,0	+ 11,9	+ 12,1	+ 13,1	+ 16,6	+ 14,1	+ 19,0	+ 13,3
Kohle	- 6,2	- 32,7	- 43,5	- 36,1	- 15,6	+ 10,5	+ 6,6	- 11,1	+ 12,2	+ 27,4	+ 27,5	+ 36,9	+ 41,6	+ 20,2	+ 9,0
Erdöl	+ 4,8	+ 10,6	+ 14,3	+ 9,5	- 6,1	- 8,2	- 8,2	+ 8,5	+ 4,5	- 1,2	+ 10,3	+ 10,6	+ 19,6	+ 16,0	+ 21,8
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	+ 26,0	+ 10,6	- 9,9	+ 11,6	+ 31,1	+ 1,3	+ 11,0	+ 12,1	+ 8,7	+ 19,2	+ 15,4	+ 20,6	+ 17,7
Stromerzeugung	+ 13,1	- 3,0	+ 7,8	+ 3,1	+ 4,3	- 2,6	- 2,6	- 0,6	+ 12,9	+ 12,8	+ 13,9	+ 15,5	+ 11,9	+ 18,8	+ 11,6
Wasserkraft	+ 15,9	- 0,5	- 10,0	+ 6,3	+ 7,8	- 9,4	- 5,8	+ 1,1	+ 13,1	+ 13,7	+ 16,2	+ 14,6	+ 9,7	+ 17,4	+ 3,8
Wärmeleistung	+ 6,3	- 9,5	+ 7,6	- 1,6	+ 4,0	+ 36,7	+ 29,6	- 1,4	+ 12,8	+ 12,3	+ 12,7	+ 16,0	+ 13,1	+ 19,6	+ 16,2
Verbrauch	+ 3,8	- 2,8	+ 0,8	+ 3,1	+ 1,7	+ 5,9	+ 2,8	+ 0,8	+ 10,3	+ 3,1	+ 12,2	+ 26,7	+ 25,6	+ 25,3	+ 24,9
Kohle	+ 5,4	- 11,9	- 0,5	- 12,0	- 4,8	+ 4,1	+ 5,7	+ 5,4	+ 17,8	+ 18,1	+ 16,0	+ 14,9	+ 13,8	+ 16,6	+ 21,2
Erdöl und Mineralöl- produkte	+ 2,1	- 1,3	- 0,1	+ 7,4	+ 3,0	+ 5,0	- 2,7	+ 3,0	+ 12,7	+ 17,5	+ 15,3	+ 26,4	+ 16,2	+ 20,5	+ 10,9
Treibstoffe	+ 0,9	+ 5,9	+ 3,0	+ 3,7	+ 7,6	+ 0,5	+ 5,2	+ 9,6	+ 23,0	+ 28,1	+ 26,7	+ 27,8	+ 21,9	+ 13,1	+ 24,6
Normalbenzin	+ 18,7	- 0,1	- 2,4	- 3,3	+ 15,7	+ 8,9	+ 12,6	- 2,2	+ 9,3	+ 12,3	+ 11,7	+ 20,0	+ 15,3	+ 27,2	+ 14,5
Superbenzin	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,8	- 4,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 13,0	+ 15,1	+ 13,6	+ 18,7	+ 13,5	+ 20,3	+ 6,5
Dieselmotoren	+ 0,6	+ 13,4	+ 6,5	+ 11,4	+ 9,7	+ 2,3	+ 6,6	+ 0,8	+ 12,1	+ 19,1	+ 5,5	+ 13,0	+ 13,5	+ 24,5	+ 27,0
Heizöl	+ 0,7	- 12,0	- 10,1	+ 12,7	- 10,5	+ 2,9	- 30,4	+ 5,4	+ 12,7	+ 12,3	+ 13,0	+ 16,4	+ 13,1	+ 18,0	+ 14,4
Gasöl	+ 7,6	- 3,1	- 4,7	+ 27,7	+ 3,4	+ 16,6	- 38,5	+ 6,4	+ 12,5	+ 11,5	+ 14,7	+ 15,3	+ 11,4	+ 15,8	+ 14,5
Sonstige Heizöl	+ 2,1	- 16,0	- 13,5	+ 6,5	- 15,8	- 4,9	- 24,8	+ 11,7	+ 12,4	+ 15,1	+ 10,7	+ 20,2	+ 11,2	+ 12,5	+ 12,4
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	+ 5,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 23,0	+ 23,1	+ 2,3	+ 15,7	+ 16,7	+ 6,2	+ 13,0	+ 12,9	+ 18,1	- 1,2
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,5	+ 1,1	+ 4,6	+ 6,1	- 5,4	+ 8,1	+ 6,2	+ 9,8	+ 13,0	+ 9,3	+ 16,1	+ 11,7
Groß- und Einzelhandel¹⁾															
Großhandelsumsätze, real	+ 1,7	+ 10,0	+ 10,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 8,9	+ 9,9	- 7,3	+ 13,4	+ 14,4	+ 16,9	+ 28,6	+ 12,4	+ 32,5	+ 21,2
Agrarzeugnisse, Lebens- und Genussmittel	- 0,7	+ 5,4	+ 4,0	+ 3,6	+ 9,7	+ 1,1	- 2,9	- 6,4	+ 13,3	+ 15,0	+ 23,6	+ 23,0	+ 25,7	+ 21,6	+ 17,4
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+ 1,0	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,8	+ 11,0	+ 8,4	+ 7,2	- 24,3	+ 14,4	+ 13,8	+ 17,3	- 6,7	+ 7,4	+ 14,0	- 12,5
Fertigwaren	+ 4,0	+ 13,4	+ 9,8	+ 16,1	+ 14,5	+ 12,5	+ 18,9	- 10,6	+ 2,0	+ 10,0	- 0,7	+ 19,1	+ 30,2	+ 28,8	- 4,4
Großhandelsumsätze, nominal	- 0,2	+ 9,4	+ 10,1	+ 9,4	+ 14,3	+ 9,8	+ 10,0	- 4,4	+ 15,8	+ 20,6	+ 10,6	+ 30,0	+ 33,1	+ 34,4	+ 25,3
Warengänge des Großhandels, nominal	- 1,0	+ 10,6	+ 11,7	+ 11,0	+ 15,6	+ 9,4	+ 5,6	- 3,9	+ 11,7	+ 12,1	+ 7,2	+ 17,4	+ 19,0	+ 18,2	+ 13,3
Einzelhandelsumsätze, real	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,6	+ 0,6	+ 3,4	+ 2,1	+ 6,0	- 9,4	+ 26,8	+ 31,3	+ 29,8	+ 6,9	+ 15,4	+ 24,8	+ 18,2
Kurzlebige Güter	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,9	- 1,7	+ 2,6	+ 0,4	+ 4,3	- 15,7	+ 14,6	- 22,5	- 10,7	- 3,0	+ 19,5	+ 14,1	+ 11,5
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,6	+ 3,7	- 3,5	- 25,1	- 34,4	- 16,6	- 0,6	+ 37,8	+ 29,9	+ 7,2
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 2,2	+ 2,6	- 10,3	+ 4,9	- 3,8	+ 4,8	+ 0,7	- 9,7	- 20,9	+ 10,5	+ 9,3	+ 6,2	+ 6,4	- 10,0
Sonstige kurzlebige Güter	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 4,6	+ 3,6	+ 0,3	- 0,7	+ 12,8	+ 11,7	+ 8,3	+ 5,3	+ 7,2
Langlebige Güter	+ 2,3	+ 8,6	+ 2,0	+ 6,4	+ 5,1	+ 5,8	+ 9,6	+ 2,6	+ 9,8	+ 11,3	+ 8,5	+ 22,1	+ 17,7	+ 17,8	+ 14,3
Fahrzeuge	+ 1,8	+ 8,3	- 0,5	+ 12,1	+ 6,8	+ 3,1	+ 10,7	+ 1,4	+ 10,4	+ 12,2	+ 8,6	+ 18,9	+ 16,0	+ 20,8	+ 12,9
Einrichtungsgegen- stände und Hausrat	+ 3,8	+ 8,1	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,8	+ 9,9	+ 9,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 5,5	+ 1,7	+ 11,4	+ 12,0	+ 7,5	+ 12,5
Sonstige langlebige Güter	+ 12,2	+ 11,1	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,6	+ 3,7	+ 7,3	- 17,7	+ 2,7	- 2,6	+ 2,4	+ 13,3	+ 10,5	+ 2,3	+ 14,4
Einzelhandelsumsätze, nominal	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,0	+ 4,5	+ 3,7	+ 7,3	- 5,6	- 18,9	- 29,5	- 14,3	- 14,2	+ 29,8	+ 20,8	+ 39,0
Warengänge des Einzelhandels, nominal	+ 2,9	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 5,2	+ 5,7	+ 12,9	+ 20,4	+ 27,5	+ 12,3	+ 29,6	+ 19,0	+ 18,0	+ 6,8
Ausfuhrpreis (1979 = 100)	- 2,5	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,0	- 0,3	- 0,9	- 0,9	- 2,5	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,0	- 0,3	- 0,3	- 0,9	- 0,9
Einfuhrpreis (1979 = 100)	- 4,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 3,5	+ 5,6	+ 5,3	+ 5,3	- 4,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 3,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 5,3	+ 5,3
Erdölpreis (S le t)	- 4,2	- 17,1	- 16,9	- 24,5	+ 9,5	+ 29,8	+ 29,8	- 4,2	- 17,1	- 16,9	- 24,5	+ 9,5	+ 29,8	+ 29,8	+ 29,8
Terms of Trade	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,5	- 5,6	- 5,6	- 5,6	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,5	- 5,6	- 5,6	- 5,6	- 5,6

¹⁾ Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawien, Südkorea, Mexiko, Portugal, Singapur, Spanien, Taiwan.

Beschäftigte der ÖBB

Übersicht 1

	Insgesamt ¹⁾	Zentrale Verwaltung ²⁾	Bahnhofdienst	Zugdienst ³⁾	Baudienst ⁴⁾	Werkstättendienst ⁵⁾
Beschäftigte im Jahresdurchschnitt						
1960	82 095	4 177	21 886	17 560	14 503	11 905
1970	75 038	4 569	22 448	15 337	11 941	9 536
1980	72 577	4 745	22 697	14 401	10 352	8 607
1988	67 875	4 764	21 002	13 102	9 803	7 905
1960 = 100						
1970	91	109	103	87	82	80
1980	88	114	104	82	71	72
1988	83	114	96	75	68	66

Q: ÖBB. Statistische Wirtschaftsberichte. — 1) Insgesamt: einschließlich Bahnbetriebsärzte, Lehrlinge und Teilbeschäftigte. — 2) Generaldirektion Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Zentralstellen, Zentraldienst der Bundesbahndirektionen. — 3) Zugbegleit- und -förderdienst einschließlich Schiffahrtbetrieb. — 4) Bau- und Bahnerhaltungsdienst. — 5) Betriebs- und Hauptwerkstättendienst einschließlich Schiffahrtwerkstätten

Aber auch durch vermehrte Vergaben von Bau- und Servicearbeiten an Fremdfirmen lassen sich Personaleinsparungen und möglicherweise eine höhere Wirtschaftlichkeit erreichen.

Relativ kräftig reduziert wurde das Personal im Zugbegleit- und Zugförderdienst (-25% gegenüber 1960), obschon die Betriebsleistungen der Triebfahrzeuge seit 1960 um 35%, die der Reisezüge (Wagenachskilometer) um 60% erhöht wurden. Die DB hat hier ihre Rationalisierungsmaßnahmen bereits viel weiter vorangetrieben, zu den Verkehrsspitzen traten allerdings im vergangenen Sommer im Zugförderdienst Engpaßprobleme auf. Diesen Schwierigkeiten könnte mit einer entsprechenden Reserve an Lokführern begegnet werden, die flexibel, auch in anderen Bereichen der Bahn, eingesetzt werden.

Im Bahnhofsdienst der ÖBB begann die Personaleinsparung erst in den achtziger Jahren. In diesem Bereich sind wohl die größten Rationalisierungsreserven zu orten; sie könnten durch eine Konzentration auf die größeren Verkehrsnachfrageströme, Automatisierung in der Zugbildung, Containerisierung und Einsatz von Mikroelektronik ausgeschöpft werden. In den zentralen Verwaltungsstellen hat das Personal seit 1960 um 14% zugenommen — eine Entwicklung, die auch in anderen österreichischen Unternehmen zu beobachten ist.

zahlung aus dem Bundeshaushalt — Kapitel Pensionen) auf Löhne und Gehälter sowie 30% auf Ruhe- und Versorgungsbezüge. Einschließlich der sozialen Abgaben beträgt der Personalkostenanteil rund 73%. Vorschläge zur wirtschaftlichen Sanierung der Bahn setzen daher meist bei der Senkung der Personalkosten an. Verlangt werden Personaleinsparungen und eine geänderte Pensionsregelung.

Die ÖBB haben in den letzten 30 Jahren ihr Personal stufenweise verringert: 1961 zählte man im Jahresdurchschnitt noch 82 024 Beschäftigte, 1969 75 165 (-1,1% pro Jahr). Nach einer Stagnation begann 1975 (74 766 Beschäftigte) wieder ein Personalabbau (Stand 1979: 72 498 Beschäftigte, -0,8% pro Jahr). Der letzte Schub setzte nach 1982 ein, der Personalstand sank von 72 922 auf 67 875 im Durchschnitt des Jahres 1988 (pro Jahr -1,2%). Die größte Einsparungsrate wurde 1988 erreicht (-2,3%). Die Zahl der Überstunden ist von 6,21 Mill. 1986 auf 4,62 Mill. 1987 und 4,16 Mill. 1988 gesunken.

gerfristig keine Entlastung im Pensionsaufwand ab. Derzeit kommen auf 100 Ruhegenüßempfänger 128 Beamte. Die Zahl der Ruhegenüßempfänger ist bis Mitte der sechziger Jahre stark zurückgegangen, seither hat sie sich wenig verändert.

Insgesamt beschäftigten die ÖBB 1988 um 17% weniger Personen als 1960. Von den wichtigsten Dienstbereichen der Bahn konnten der Werkstättendienst (-34%) und der Bau- und Bahnerhaltungsdienst (-62%) am meisten Personal einsparen. Diese Entwicklung ist vornehmlich technologisch bedingt: Die Oberbauarbeiten wurden weitgehend mechanisiert — der Arbeitszeitaufwand etwa der DB für den Holzschwellenumbau ist von 1950 bis 1975 um 70%, für die Durcharbeitung der Geleise um 93% gesunken (Weiß, 1979). Im Werkstättendienst benötigen Diesel- und Elektrolokomotiven viel weniger Instandhaltungspersonal als Dampflokomotiven.

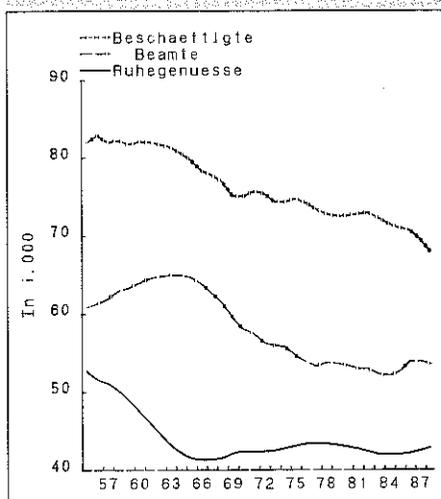
Mehr Investitionen

Die ÖBB investierten 1988 8 843 Mill. S, um 15,6% mehr als im Vorjahr. Während die Fahrparkinvestitionen auf 1.570 Mill. S gesenkt wurden (-7,5%), stiegen durch die forcierten Ausbaumaßnahmen im Zuge des Projektes „Neue Bahn“ die Bauinvestitionen auf 6 282 Mill. S (+19,5%). Dabei wurden der Ausbau der Schoberpaßstrecke, der Tauernbahn und der Pottendorfer Linie vorangetrieben, Bahnhöfe umgebaut sowie Planungen und Probebohrungen für Neutrassen vorgenommen. Anfang März 1989 beschloß der Nationalrat ein Investitionsprogramm für die ÖBB. In den nächsten zehn Jahren sollen 31 Mrd. S in das Projekt „Neue Bahn“ fließen. Diese Investitionen werden zu zwei Dritteln aus dem Bundesbudget und zu einem Drittel über

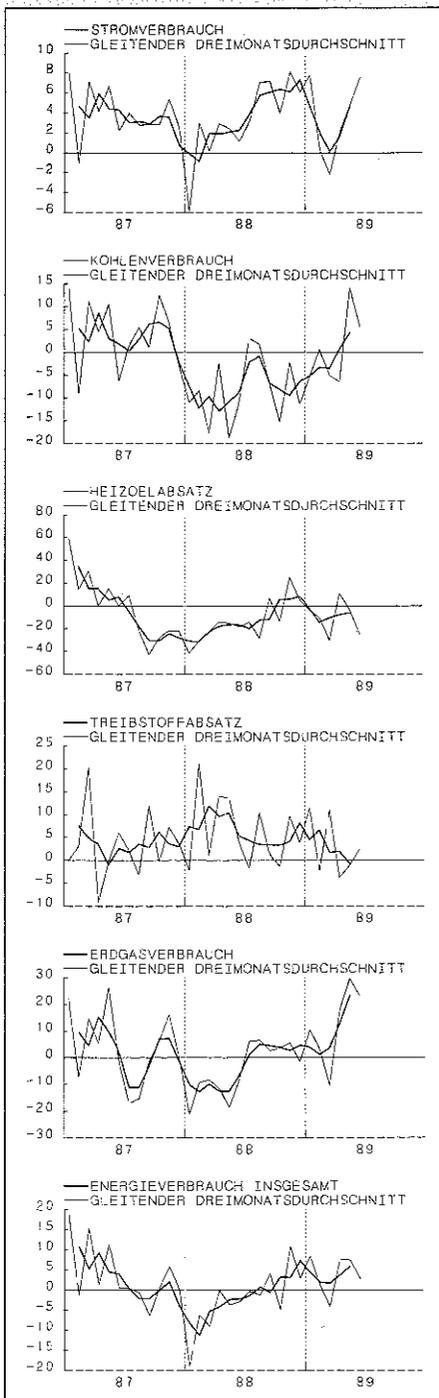
Die Personalentwicklung war in den einzelnen Dienststellen der Bahn recht unterschiedlich. Am stärksten abgenommen hat der Personalstand im Bau- und Reparaturwesen, in der Verwaltung ist er gestiegen.

Der Aktivitätsaufwand hat erstmals 1988 abgenommen. Die Personaleinsparungen seit Mitte der siebziger Jahre betrafen nur die Lohnbediensteten, Gastarbeiter und Teilzeitbeschäftigten, die Zahl der Beamten ist im wesentlichen konstant geblieben. Ihr Anteil an den Beschäftigten ist von 72,5% 1976 auf nunmehr 78,8% gestiegen. Damit zeichnet sich län-

Personal und Pensionisten der ÖBB
Jahresdurchschnitt



Entwicklung des Energieverbrauchs Abbildung 1
Veränderung gegen das Vorjahr in %



strie für energiesparende und umweltschonende Einrichtungen nahmen zwar kräftig zu, können aber nur einen Teil des außergewöhnlich großen Rationalisierungserfolges erklä-

Dank der Hochkonjunktur wurde heuer viel mehr Energie für die Erzeugung und den Transport von Sachgütern benötigt als im Vorjahr. Hohe Einkommenszuwächse, niedrige Energiepreise und gute Ergebnisse im Reiseverkehr trugen zum Verbrauchsanstieg bei. Dagegen ersparten das milde Winterwetter und die reichliche Wasserfracht der Flüsse große Energiemengen für die Raumheizung und für die Stromerzeugung.

ren Das Produktionswachstum der energieintensiven Industriebetriebe blieb nur wenig hinter dem der weniger energieintensiven zurück. Der Boom in der Eisen- und Stahlindustrie setzte sich ungebrochen bis zur Jahresmitte fort, die Baukonjunktur blieb lebhaft, und der Aufschwung in der chemischen Industrie und in der Papierindustrie hielt an. Offensichtlich war das gute Ergebnis auch in der Industrie vor allem dem warmen Winterwetter zu danken. Sehr stark nahm der Energiebedarf im Verkehrssektor zu (+5%). Der Mehrbedarf erklärt sich aus der stürmischen Güterverkehrsnachfrage der frachtintensiven Branchen aufgrund der guten Konjunktur, aus der lebhaften Reisetätigkeit infolge guter Ergebnisse im Ausländertourismus und hoher Einkommenszuwächse der Inländer sowie aus der Verflachung des Treibstoffpreisgefälles zum Ausland.

Der Energiebedarf aller Kleinabnehmer dürfte insgesamt nur etwa gleich groß gewesen sein (+0%) wie vor einem Jahr. Die Haushalte und ein Teil der Dienstleistungsunternehmen benötigen Energie vor allem zum Heizen. Ihr Bedarf müßte temperaturbedingt deutlich gesunken sein. Spürbare Verbrauchszuwächse der übrigen Kleinabnehmer, insbesondere der Gewerbebetriebe und der Bauunternehmen, scheinen diesen Rückgang aber wieder wettgemacht zu haben (Die „Heizgradsumme“, ein Indikator für den temperaturbedingten Energiebedarf für Heizzwecke, lag im 1. Halbjahr 1988 um 10%, 1989 sogar

um 17% unter dem langjährigen Mittelwert.) Mäßig zugenommen hat der Bedarf der Energieversorgungsunternehmen (für Energiegewinnung, -umwandlung und -verteilung, insgesamt +2%). Die Produktionsverhältnisse der Elektrizitätswirtschaft waren wieder günstig, und höhere Strombezüge aus dem Ausland dämpften den Produktionsanstieg der Wärmekraftwerke (Dank hoher Wasserfracht der Flüsse lieferten die Wasserkraftwerke im 1. Halbjahr 1988 um 10%, im 1. Halbjahr 1989 um 8% mehr elektrischen Strom, als sie bei durchschnittlicher Wasserführung erzeugt hätten.) Besonders rasch wächst seit Jahresbeginn die Nachfrage nach Energieträgern für nichtenergetische Zwecke (+27%). Der hohe Verbrauchszuwachs läßt sich nur zum Teil mit der guten Auftragslage in der petrochemischen Industrie erklären.

Energie kostete etwa gleich viel wie vor einem Jahr. Treibstoff- und Brennstoffpreise entwickelten sich aber unterschiedlich. Im Frühjahr zogen die Treibstoffpreise kräftig an, während Heizmaterial mit dem Ende der Heizperiode spürbar billiger wurde.

Die Energiepreise änderten sich nur wenig, sie lagen im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1989 knapp über dem Niveau des Vorjahres (+1%). Treibstoff- und Brennstoffpreise entwickelten sich aber unterschiedlich. Im Frühjahr zogen die Treibstoffpreise kräftig an, während die Preise von Heizmaterial mit dem Ende der Heizperiode deutlich nachgaben. Treibstoffe kosteten um 5% (Benzin +5%, Dieseltreibstoff +1%) mehr als vor einem Jahr, Brennstoffe (einschließlich elektrischer Energie) um 1% weniger. Die Strompreise haben sich seit dem Vorjahr nicht geändert, auf dem

Der Verbrauch von Erdgas und Erdöl hat zugenommen, der Kohleverbrauch und der Beitrag der Wasserkraft zur Stromerzeugung erreichten dagegen nicht ganz das Niveau des Vorjahres.

Wärmemarkt verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsposition der Kohlenwasserstoffe neuerlich. Die Preise von Heizöl und Erdgas gaben spürbar nach (jeweils -4%), stärker als die Preise von festen Brennstoffen (Koks -3%, Brennholz -2%, Stein-

ten die Temperaturen in der Heizperiode 1989/90 auf den langjährigen Durchschnitt sinken, dann ist für heuer und nach den jüngsten Wirtschaftsprognosen auch für 1990 mit deutlichen Energieverbrauchszuwächsen zu rechnen.

Nach vorläufigen Berechnungen benötigte die Industrie im 1. Halbjahr 1989 um nur 2% mehr Energie, obwohl sie um 7% mehr produzierte als im Vorjahr. Die Ausgaben der Indu-

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Veränderung gegen das Vorjahr in %						
	1987	1988	1989	III. Qu.	August	1987	1988	1989	III. Qu.	August		
Energie												
Förderung	+ 7,5	- 1,5	+ 1,7	+ 1,9	- 4,8	- 0,0	+ 11,9	+ 13,1	+ 16,6	+ 14,1	+ 13,3	+ 10,9
Kohle	- 6,2	- 32,7	- 15,6	+ 10,5	- 1,7	+ 11,1	+ 12,2	+ 27,5	+ 36,9	+ 41,6	+ 9,0	+ 4,1
Erdöl	- 4,8	+ 10,6	+ 14,3	+ 9,5	- 6,1	+ 8,5	+ 4,5	+ 10,3	+ 10,6	+ 19,6	+ 21,8	+ 7,9
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	+ 10,6	+ 9,9	+ 11,6	+ 1,3	+ 11,0	+ 8,7	+ 19,2	+ 15,4	+ 17,7	- 1,6
Stromerzeugung	+ 13,1	- 3,0	+ 3,1	+ 3,1	- 4,3	- 0,6	+ 12,9	+ 13,9	+ 15,5	+ 11,9	+ 11,6	+ 15,5
Wasserkraft	+ 15,9	- 0,5	+ 6,3	+ 7,8	- 9,4	+ 1,1	+ 13,1	+ 16,2	+ 14,6	+ 9,7	+ 3,8	+ 25,6
Wärmeleistung	+ 6,3	- 9,5	- 1,6	+ 4,0	+ 36,7	- 1,4	+ 12,8	+ 12,7	+ 16,0	+ 13,1	+ 16,2	+ 10,5
Verbrauch	+ 3,8	- 2,8	+ 3,1	+ 1,7	+ 5,9	+ 0,8	+ 10,3	+ 12,2	+ 26,7	+ 25,6	+ 24,9	+ 25,4
Kohle	+ 5,4	- 11,9	- 12,0	- 4,8	+ 4,1	+ 5,4	+ 17,8	+ 16,0	+ 14,9	+ 13,8	+ 21,2	+ 11,3
Erdöl und Mineralöl-												
produkte	+ 2,1	- 1,3	+ 7,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 3,0	+ 12,7	+ 15,3	+ 26,4	+ 16,2	+ 24,6	+ 13,4
Treibstoffe	+ 0,9	+ 5,9	+ 3,7	+ 7,6	+ 0,5	+ 9,6	+ 29,0	+ 26,7	+ 27,8	+ 21,9	+ 14,5	+ 25,4
Normalbenzin	+ 18,7	- 0,1	- 3,3	+ 15,7	+ 8,9	- 2,2	+ 9,3	+ 11,7	+ 20,0	+ 15,3	+ 6,5	+ 24,0
Superbenzin	- 3,1	+ 1,5	- 1,3	+ 2,8	- 4,4	+ 1,2	+ 13,0	+ 13,6	+ 18,7	+ 13,5	+ 27,0	- 11,1
Dieselmotoren	- 0,6	+ 13,4	+ 11,4	+ 9,7	+ 2,3	+ 0,8	+ 12,1	+ 5,5	+ 13,0	+ 13,5	+ 14,4	+ 9,5
Heizöl	+ 0,7	- 12,0	+ 12,7	- 10,5	+ 2,9	+ 5,4	+ 12,7	+ 13,0	+ 16,4	+ 13,1	+ 14,5	+ 6,8
Gasöl	+ 7,8	- 3,1	+ 27,7	+ 3,4	+ 16,6	+ 6,4	+ 12,5	+ 14,7	+ 15,3	+ 11,4	+ 12,4	+ 16,9
Sonstige Heizöl	- 2,1	- 16,0	+ 6,5	- 15,8	- 4,9	+ 11,7	+ 12,4	+ 10,7	+ 20,2	+ 11,2	+ 12,4	+ 16,9
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	+ 2,4	+ 1,2	+ 23,0	+ 2,3	+ 15,7	+ 6,2	+ 13,0	+ 12,9	- 1,2	+ 7,5
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,1	+ 5,5	+ 1,1	+ 4,6	- 5,4	+ 8,1	+ 9,8	+ 13,0	+ 9,3	+ 11,7	+ 11,4
Groß- und Einzelhandel⁹⁾												
Großhandelsumsätze, real	+ 1,7	+ 10,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 8,9	- 0,8	+ 14,4	+ 17,3	- 6,7	+ 7,4	- 12,5	+ 24,7
Agrarzeugnisse	- 0,7	+ 5,4	+ 3,6	+ 9,7	+ 1,1	+ 10,6	+ 15,8	+ 10,6	+ 30,0	+ 33,1	+ 25,3	+ 25,6
Lebens- und Genussmittel	+ 1,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 11,0	+ 8,4	+ 4,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 14,8	+ 10,7	+ 12,9	+ 4,7
Halberzeugnisse	+ 4,0	+ 13,4	+ 16,1	+ 14,5	+ 12,5	- 11,5	- 3,1	- 3,3	+ 7,3	+ 15,7	+ 14,0	+ 5,8
Fertigwaren	- 0,2	+ 9,4	+ 9,4	+ 14,3	+ 9,8	+ 0,5	+ 12,0	+ 8,7	+ 21,4	+ 18,1	+ 17,1	+ 5,0
Warenumsätze, nominal	- 1,0	+ 10,6	+ 11,0	+ 15,6	+ 9,4	- 1,2	+ 12,7	+ 11,5	+ 30,5	+ 16,2	+ 13,9	+ 6,5
Großhandelsumsätze, real	+ 2,1	+ 3,8	+ 0,6	+ 3,4	+ 2,1	+ 5,0	+ 4,8	+ 7,2	+ 17,4	+ 19,0	+ 18,2	+ 12,5
Kurzlebige Güter	+ 2,0	+ 1,9	- 1,7	+ 2,6	+ 0,4	+ 2,3	+ 3,7	+ 2,8	+ 6,8	+ 5,4	+ 7,2	+ 8,7
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,9	+ 4,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,9	- 16,6	- 0,6	+ 37,8	+ 7,2	+ 7,3
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 2,2	- 10,3	+ 4,9	- 3,8	+ 5,6	+ 10,9	+ 12,8	+ 11,7	+ 8,3	+ 7,2	+ 11,9
Sonstige	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,8	+ 8,5	+ 22,1	+ 17,7	+ 14,3	+ 7,3
Langlebige Güter	+ 2,3	+ 8,6	+ 6,4	+ 5,1	+ 5,8	+ 11,6	+ 7,7	+ 8,6	+ 18,9	+ 16,0	+ 12,9	+ 6,4
Fahrzeuge	- 1,8	+ 8,3	+ 12,1	+ 6,8	+ 3,1	+ 9,0	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,7	+ 11,4	+ 12,0	+ 12,5
Einrichtungsgegenstände und Hausrat	+ 3,8	+ 8,1	+ 2,9	+ 3,8	+ 9,9	+ 15,3	+ 13,1	+ 2,4	+ 13,3	+ 10,5	+ 14,4	+ 0,1
Sonstige	+ 12,2	+ 11,1	+ 6,0	+ 3,6	+ 3,7	+ 8,2	+ 10,3	+ 20,4	+ 12,3	+ 29,6	+ 39,0	- 11,1
Einzelhandelsumsätze, nominal	+ 3,1	+ 5,1	+ 2,0	+ 4,6	+ 3,7	+ 6,4	+ 6,2	+ 1,6	+ 3,5	+ 4,0	+ 2,7	+ 1,3
Warenumsätze des Einzelhandels, nominal	+ 2,9	+ 5,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 5,2	+ 6,8	+ 4,5	+ 0,6	+ 0,5	- 0,7	- 0,3	- 1,3

Außenhandel

Ausfuhr insgesamt, nominal	- 0,0	+ 11,9	+ 13,1	+ 16,6	+ 14,1	+ 11,9	+ 13,1	+ 16,6	+ 14,1	+ 13,3	+ 10,9	
Nahrungs- und Genussmittel	- 11,1	+ 12,2	+ 27,5	+ 36,9	+ 41,6	+ 11,1	+ 12,2	+ 27,5	+ 36,9	+ 41,6	+ 9,0	+ 4,1
Rohstoffe und Energie	+ 8,5	+ 4,5	+ 10,3	+ 10,6	+ 19,6	+ 8,5	+ 4,5	+ 10,3	+ 10,6	+ 19,6	+ 21,8	+ 7,9
Halbfertige Waren	+ 1,3	+ 11,0	+ 8,7	+ 19,2	+ 15,4	+ 1,3	+ 11,0	+ 8,7	+ 19,2	+ 15,4	+ 17,7	- 1,6
Fertigwaren	- 0,6	+ 12,9	+ 13,9	+ 15,5	+ 11,9	- 0,6	+ 12,9	+ 13,9	+ 15,5	+ 11,9	+ 11,6	+ 15,5
Investitionsgüter	+ 1,1	+ 13,1	+ 16,2	+ 14,6	+ 9,7	+ 1,1	+ 13,1	+ 16,2	+ 14,6	+ 9,7	+ 3,8	+ 25,6
Konsumgüter	- 1,4	+ 12,8	+ 12,7	+ 16,0	+ 13,1	- 1,4	+ 12,8	+ 12,7	+ 16,0	+ 13,1	+ 16,2	+ 10,5
Holz	+ 0,8	+ 10,3	+ 12,2	+ 26,7	+ 25,6	+ 0,8	+ 10,3	+ 12,2	+ 26,7	+ 25,6	+ 24,9	+ 25,4
Papier	+ 5,4	+ 17,8	+ 16,0	+ 14,9	+ 13,8	+ 5,4	+ 17,8	+ 16,0	+ 14,9	+ 13,8	+ 21,2	+ 11,3
Eisen und Stahl	- 3,0	+ 12,7	+ 15,3	+ 26,4	+ 16,2	- 3,0	+ 12,7	+ 15,3	+ 26,4	+ 16,2	+ 24,6	+ 13,4
Metalle	+ 9,6	+ 29,0	+ 26,7	+ 27,8	+ 21,9	+ 9,6	+ 29,0	+ 26,7	+ 27,8	+ 21,9	+ 14,5	+ 25,4
Metallwaren	- 2,2	+ 9,3	+ 11,7	+ 20,0	+ 15,3	- 2,2	+ 9,3	+ 11,7	+ 20,0	+ 15,3	+ 6,5	+ 24,0
Maschinen (SITC 71 bis 77)	+ 1,2	+ 13,0	+ 13,6	+ 18,7	+ 13,5	+ 1,2	+ 13,0	+ 13,6	+ 18,7	+ 13,5	+ 27,0	- 11,1
Nachtischgeräte	+ 0,8	+ 12,1	+ 5,5	+ 13,0	+ 13,5	+ 0,8	+ 12,1	+ 5,5	+ 13,0	+ 13,5	+ 14,4	+ 9,5
EG 86	+ 5,4	+ 12,7	+ 13,0	+ 16,4	+ 13,1	+ 5,4	+ 12,7	+ 13,0	+ 16,4	+ 13,1	+ 14,5	+ 6,8
BRD	+ 6,4	+ 12,5	+ 14,7	+ 15,3	+ 11,4	+ 6,4	+ 12,5	+ 14,7	+ 15,3	+ 11,4	+ 12,4	+ 16,9
Italien	+ 11,7	+ 12,4	+ 10,7	+ 20,2	+ 11,2	+ 11,7	+ 12,4	+ 10,7	+ 20,2	+ 11,2	+ 12,4	+ 16,9
Großbritannien	+ 2,3	+ 15,7	+ 6,2	+ 13,0	+ 12,9	+ 2,3	+ 15,7	+ 6,2	+ 13,0	+ 12,9	- 1,2	+ 7,5
EFTA 86	- 5,4	+ 8,1	+ 9,8	+ 13,0	+ 9,3	- 5,4	+ 8,1	+ 9,8	+ 13,0	+ 9,3	+ 11,7	+ 11,4
Schweiz	- 5,4	+ 8,8	+ 9,5	+ 12,2	+ 10,3	- 5,4	+ 8,8	+ 9,5	+ 12,2	+ 10,3	+ 9,0	+ 14,4
Industriestaaten Übrige	- 7,3	+ 13,4	+ 16,9	+ 28,6	+ 12,4	- 7,3	+ 13,4	+ 16,9	+ 28,6	+ 12,4	+ 17,2	+ 4,9
Oststaaten	- 6,4	+ 13,3	+ 23,6	+ 23,0	+ 25,7	- 6,4	+ 13,3	+ 23,6	+ 23,0	+ 25,7	+ 21,4	+ 23,7
OPEC	- 24,3	+ 14,4	+ 17,3	- 6,7	+ 7,4	- 24,3	+ 14,4	+ 17,3	- 6,7	+ 7,4	- 12,5	+ 24,7
Sonstige Entwicklungsländer	- 10,6	+ 2,0	- 0,7	+ 19,1	+ 30,2	- 10,6	+ 2,0	- 0,7	+ 19,1	+ 30,2	- 4,4	+ 12,6
Schwedenländer	- 4,4	+ 15,8	+ 10,6	+ 30,0	+ 33,1	- 4,4	+ 15,8	+ 10,6	+ 30,0	+ 33,1	+ 25,3	+ 25,6
Einfuhr insgesamt, nominal	+ 1,0	+ 9,6	+ 7,8	+ 20,4	+ 17,9	+ 1,0	+ 9,6	+ 7,8	+ 20,4	+ 17,9	+ 13,8	+ 7,1
Nahrungs- und Genussmittel	- 4,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 14,8	+ 10,7	- 4,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 14,8	+ 10,7	+ 12,9	+ 4,7
Rohstoffe und Energie	- 11,5	- 3,1	- 3,3	+ 7,3	+ 15,7	- 11,5	- 3,1	- 3,3	+ 7,3	+ 15,7	+ 14,0	+ 5,8
Halbfertige Waren	- 2,5	+ 11,7	+ 14,2	+ 27,3	+ 20,5	- 2,5	+ 11,7	+ 14,2	+ 27,3	+ 20,5	+ 17,1	+ 5,0
Fertigwaren	+ 5,0	+ 12,0	+ 8,7	+ 21,4	+ 18,1	+ 5,0	+ 12,0	+ 8,7	+ 21,4	+ 18,1	+ 13,0	+ 8,0
Investitionsgüter	+ 7,5	+ 12,7	+ 11,5	+ 30,5	+ 16,2	+ 7,5	+ 12,7	+ 11,5	+ 30,5	+ 16,2	+ 12,5	+ 6,5
Konsumgüter	+ 3,9	+ 11,7	+ 7,2	+ 17,4	+ 19,0	+ 3,9	+ 11,7	+ 7,2	+ 17,4	+ 19,0	+ 13,9	+ 8,7
Pkw	- 9,4	+ 28,8	+ 29,8	+ 6,8	+ 15,4	- 9,4	+ 28,8	+ 29,8	+ 6,8	+ 15,4	+ 18,2	+ 12,5
Brennstoffe	- 15,7	- 14,6	- 10,7	- 3,0	+ 19,5	- 15,7	- 14,6	- 10,7	- 3,0	+ 19,5	+ 11,5	+ 5,6
Erdöl, Wert	- 3,5	- 25,1	- 16,6	- 0,6	+ 37,8	- 3,5	- 25,1	- 16,6	- 0,6	+ 37,8	+ 7,2	+ 7,3
Erdöl, Menge	+ 0,7	+ 10,5	+ 9,3	+ 6,2	+ 8,9	+ 0,7	+ 10,5	+ 9,3	+ 6,2	+ 8,9	- 10,0	- 8,9
Erdölprodukte, Menge	+ 3,6	+ 0,3	+ 12,8	+ 11,7	+ 8,3	+ 3,6	+ 0,3	+ 12,8	+ 11,7	+ 8,3	+ 7,2	+ 11,9
EG 86	+ 2,6	+ 9,8	+ 8,5	+ 22,1	+ 17,7	+ 2,6	+ 9,8	+ 8,5	+ 22,1	+ 17,7	+ 14,3	+ 7,3
BRD	+ 1,4	+ 10,4	+ 8,6	+ 18,9	+ 16,0	+ 1,4	+ 10,4	+ 8,6	+ 18,9	+ 16,0	+ 12,9	+ 6,4
EFTA 86	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,7	+ 11,4	+ 12,0	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,7	+ 11,4	+ 12,0	+ 12,5	+ 8,7
Oststaaten	- 17,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 13,3	+ 10,5	- 17,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 13,3	+ 10,5	+ 14,4	+ 0,1
OPEC	- 5,6	- 18,9	- 14,3	- 14,2	+ 29,8	- 5,6	- 18,9	- 14,3	- 14,2	+ 29,8	+ 39,0	- 11,1
Schwedenländer	+ 12,9	+ 20,4	+ 12,3	+ 29,6	+ 19,0	+ 12,9	+ 20,4	+ 12,3	+ 29,6	+ 19,0	+ 6,8	+ 2,5
Ausfuhrpreis ¹⁾	- 2,5	+ 2,2	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,7	- 2,5	+ 2,2	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,4	+ 0,0
Einfuhrpreis ¹⁾	- 4,8	+ 1,6	+ 3,5	+ 4,0	+ 5,5	- 4,8	+ 1,6	+ 3,5	+ 4,0	+ 5,5	+ 2,7	+ 1,3
Erdölpreis (S i e t)	- 4,2	- 17,1	- 24,5	+ 9,5	+ 29,8	- 4,2	- 17,1	- 24,5	+ 9,5	+ 29,8	+ 19,0	+ 17,8
Terms of Trade ¹⁾	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,5	- 0,7	- 1,7	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,5				

Mindestpreise im Rahmen des internationalen Milchabkommens

Übersicht 2

	Magermilchpulver	Vollmilchpulver	Butter \$ je t	Butteröl	Käse (Cheddar)
<i>Preisänderungen</i>					
1 Oktober 1981	600	950	1 200	1 440	1 000
5 Juni 1985	600	830	1 000	1 200	1 000
2 Oktober 1986	660	880	1 000	1 200	1 030
25 Juni 1987	765	900	1 000	1 200	1 030
23 September 1987	825	950	1 000	1 200	1 120
23 März 1988	900	1 000	1 100	1 325	1 200
21 September 1988	1 050	1 150	1 250	1 500	1 350
20 September 1989	1 200	1 250	1 350	1 625	1 500

Q: GATT

sätzlichen Problematik der österreichischen Milchexporte. Ausfuhren von Molkereierzeugnissen müssen nach wie vor hoch subventioniert werden und bringen volkswirtschaftliche Verluste. Rentable Auslandsmärkte für Massenprodukte sind auch längerfristig nicht in Sicht. Lohnende Marktnischen müssen hart und langfristige erarbeitet werden. Die Wirtschaftspolitik sollte diesen Umstand bei der Ausrichtung der heimischen Produktion berücksichtigen.

am Anfang der Milchwirtschaftsjahre 1987/88 und 1988/89, wurden die nationalen Quoten um insgesamt 3% gekürzt und um weitere 5½% vorübergehend ausgesetzt. Strengere Bestimmungen über die Anwendung der Quotenregelung sollten die Anlieferung um einen weiteren Prozentpunkt drücken. Die Bauern wurden für die vorübergehende Aussetzung eines Teils ihrer Lieferrechte durch eine jährlich abnehmende Prämie aus Mitteln der Gemeinschaft und aus nationalen Mitteln entschädigt. Von Lieferungen, die das Kontingent überschreiten, wird eine prohibitive Zusatzabgabe in Höhe von 100% des Richtpreises eingehoben. Die massiven Einschränkungen der Lieferrechte waren im vollen Umfang wirksam. In der EG 12 fiel die Milchmarktleistung 1987 um 4,9% und 1988 um weitere 2,5% auf rund 99,2 Mill t (ZMP, 1989), die Lager wurden abgebaut

(zum Teil gab es Sonderaktionen), die Exporte reduziert. Die internationalen Märkte reagierten mit der erwähnten kräftigen Erholung.

Die Lage auf dem österreichischen Milchmarkt

Ausfuhrpreise zogen an, Exporte bleiben unrentabel

Die traditionell exportorientierte österreichische Milchwirtschaft hat durch ein geringeres Angebot zur Erholung der internationalen Märkte beigetragen und hat davon gleichzeitig auch selbst profitiert. Die Ausfuhrerlöse für die bedeutendsten heimischen Exportwaren Käse und Milchpulver steigen seit 1987, die Exportstützungen konnten reduziert werden. Diese erfreuliche Entwicklung ändert allerdings wenig an der grund-

Rücknahme der Anlieferung

Die Milchmarktleistung ist in Österreich seit 1. Juli 1978 über einzelbetriebliche Quoten kontingentiert. Damit sollten die unrentablen Ausfuhren und die damit verbundenen Belastungen für den Staat, die Verbraucher und die Bauern begrenzt werden. Verschiedene Mängel der ursprünglichen Richtmengenregelung und eine wenig konsequente Administration des Systems (Vergabe von zusätzlichen Lieferrechten in mehreren „Härtefall“-Runden, Möglichkeit der Neuaufnahme der Milchlieferung usw.) ließen allerdings die Milchmarktleistung vorerst weiter steigen. Die Expansion wurde erst 1984, nach einer Modifikation des Systems, gebrochen (Schneider, 1984). Mitte 1987 wurde die Lieferleistung (saisonbereinigt und bezogen auf ein Jahr) um rund 150 000 t zurückgenommen (siehe Abbildung 1) und pendelt seither um einen Jahreswert von rund 2,2 Mill t.

Exportanteile am Weltmarkt für Milch

Übersicht 3

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
1 000 t Milchäquivalent							
EG ¹⁾	12 445	10 070	12 774	12 239	11 177	13 834	16 780
Neuseeland	3 388	3 292	3 628	4 002	4 222	4 165	4 202
USA	1 676	2 863	3 142	3 970	4 158	3 449	2 118
Australien	1 216	1 350	1 478	1 883	1 978	1 683	1 796
Oststaaten	1 007	1 437	1 101	1 375	1 129	1 199	1 239
Kanada	1 589	1 244	1 209	1 048	967	788	708
Skandinavien	875	1 220	1 180	1 164	958	1 048	800
Sonstige	1 655	1 696	2 150	1 795	1 556	1 788	1 450
Insgesamt	23 851	23 142	26 662	27 476	26 145	27 954	29 093
Anteile in %							
EG ¹⁾	52	44	48	45	43	50	58
Neuseeland	14	14	14	14	16	15	14
USA	7	12	12	14	16	12	7
Australien	5	6	6	7	7	6	6
Oststaaten	4	6	4	5	4	4	4
Kanada	7	6	4	4	4	3	2
Skandinavien	4	5	4	4	4	4	3
Sonstige	7	7	8	7	6	6	5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

Q: Agra-Europa 1989 (19) ohne Kasein und Frischprodukte — ¹⁾ Ab 1987 EG 12

Die Milchlieferung wurde ab Mitte 1987 zurückgenommen. Die Überschüsse wurden dadurch reduziert, und die Bauern haben geringere Exportverluste zu tragen.

Anders als in der EG wurde in Österreich die seit Mitte 1987 beobachtete Reduktion der Milchlieferung nicht durch Kürzung der Quoten erzwungen. Sie ist überwiegend Folge einer Prämienaktion („Lieferrücknahmeprämie“), die einen Teil der Milchbauern bewog, ihr Lieferrecht nur zum Teil zu nützen.

Die Bauern hatten 1987/88 erstmals die Möglichkeit, auf ein Jahr befristet und gegen Prämie auf die volle Ausschöpfung ihres Lieferrechtes zu verzichten. Die Prämie gleicht für die

Entwicklung des privaten Konsums

Real

Übersicht 1

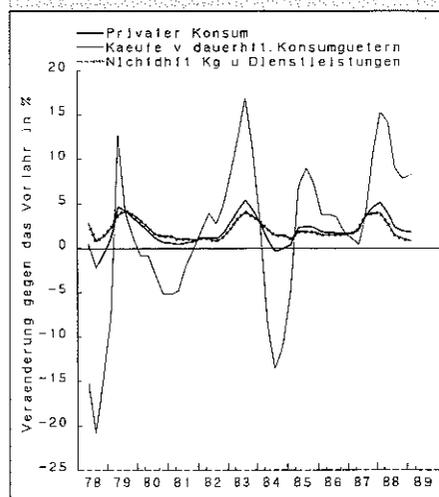
	Ø 1976/1986	1987	1988	1989 1. Halbjahr
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nahrungsmittel und Getränke	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,1
Tabakwaren	+ 1,5	- 2,2	- 4,2	- 5,1
Kleidung	+ 1,7	+ 1,5	- 2,1	- 1,3
Wohnungseinrichtung und Hausrat ¹⁾	+ 0,6	+ 3,9	+ 8,2	+ 7,1
Heizung und Beleuchtung	+ 2,6	+ 5,3	- 5,9	+ 0,6
Bildung Unterhaltung Erholung	+ 2,9	+ 12,5	+ 8,6	+ 1,4
Verkehr	+ 2,4	+ 0,2	+ 4,2	+ 6,1
Sonstige Güter und Leistungen	+ 2,6	+ 1,1	+ 2,7	+ 3,2
Privater Konsum insgesamt	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,2	+ 2,4	+ 12,3	+ 8,6

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt eigene Berechnungen; vorläufige Werte - ¹⁾ Einschließlich Haushaltsführung

Entwicklung des privaten Konsums

Abbildung 1

Real, gleitende Dreiquartalsdurchschnitte



ben die Konsumkredite (Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an diese Personengruppe) im 1. Halbjahr per Saldo um 9 Mrd S zugenommen (+6%).

Saisonbereinigt waren die realen Konsumausgaben im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1989 um 2,3% höher als im 2. Halbjahr des Vorjahres. Dies zeugt von einer konjunkturellen Belebung der Konsumnachfrage, die nicht zuletzt auch auf einer Besserung im Konsumklima beruhen dürfte. Nach Erhebungen des IFES (Institut für empirische Sozialforschung) war der „Vertrauensindex“ (das arithmetische Mittel der erwarteten künftigen Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) um 18%, der Indikator der Arbeitsplatzsicherheit um 77% höher als im Vorjahr. Der Indikator der Preisstabilität hat sich um knapp 2% verbessert

Erfahrungsgemäß reagiert die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern auf Einkommensänderungen sehr deutlich. Die Ausgaben für diese Konsumgüter profitierten daher von der Steuerreform am meisten. Sie waren im 1. Halbjahr 1989 real um 8,6% höher als vor einem Jahr und (saisonbereinigt) um 12% höher als im

Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wächst überdurchschnittlich

2. Halbjahr 1988. Die Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter und für Dienstleistungen übertrafen dagegen das Vorjahresniveau nur um 1,6%.

Unter den *dauerhaften Konsumgütern* waren Pkw besonders gefragt: Die Zahl der Neuzulassungen für Unselbständige überstieg das Vorjahresniveau um 12,5%. Da sich die Nachfrage zu den oberen Hubraumklassen

verschob, wuchsen die realen Ausgaben (+13,3%) stärker als die Neuzulassungen. Auch Fahrräder (+19,1%) wurden viel mehr gekauft als vor einem Jahr, Motorräder (-4,4%) und Mopeds (-12,5%) hingegen weniger. Von der kräftigen Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern profitierte ebenso der Einzelhandel. Die Umsätze des Einzelhandels mit elektrotechnischen Gütern (+12,3%) übertrafen das Vorjahresniveau real deutlich. Zum Teil war diese günstige Entwicklung auch dem Einkaufstourismus aus Ungarn zu danken, der sich nach Erhebungen des Instituts für strategische Markt- und Meinungsforschung zu zwei Dritteln auf elektrotechnische Erzeugnisse konzentriert. Der Einzelhandel setzte mit Haushalts- und Küchengeräten um 6,5%, mit Möbeln und Heimtextilien um 3,3% mehr um als vor einem Jahr. Die Umsätze mit optischen und feinmechanischen Erzeugnissen (+0,3%) stagnierten, jene mit Uhren und Schmuckwaren (-7,9%) unterschritten das allerdings hohe Ausgangsniveau.

Unter den *nichtdauerhaften Konsumgütern und Dienstleistungen* entwickelten sich die Urlaubsausgaben (real +2,4%) recht günstig. Entgegen dem langfristigen Trend wuchsen im 1. Halbjahr 1989 die Ausgaben für Inlands- und Auslandsurlaube etwa gleich stark. Die Gewinne aus der Steuerreform sind also in der ersten Jahreshälfte noch nicht sehr deutlich in Auslandsurlaube geflossen. Zum Teil dürfte das auch den Wetterbedingungen zuzuschreiben gewesen

Umsätze und Wareneingänge im Groß- und Einzelhandel

Nominell

Übersicht 2

	Ø 1973/1986	1987	1988	1989 1. Halbjahr
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Großhandel				
Umsätze	+7,5	-0,2	+9,4	+11,9
Agrarerzeugnisse Lebens- und Genußmittel	+6,8	-0,2	+4,4	+4,3
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+6,5	-4,9	+2,2	+14,3
Fertigwaren	+8,1	+3,3	+13,5	+12,9
Wareneingänge	+7,7	-1,0	+10,6	+12,3
Einzelhandel				
Umsätze	+6,2	+2,9	+5,0	+4,1
Dauerhafte Konsumgüter	+6,8	+4,6	+10,6	+6,3
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+6,1	+2,2	+3,0	+3,3
Wareneingänge	+6,2	+2,9	+5,0	+3,8

Q: Indizes des Österreichischen Statistischen Zentralamtes Ø 1973 = 100; Nettowerte (ohne Mehrwertsteuer)

Europäischen Währungssystems deutlich an Wert gewonnen. Der nominell-effektive Wechselkursindex des WIFO lag im Jahresdurchschnitt 1988 um 42,6% (35,6%)²⁾ über dem Wert des Jahres 1978, real-effektiv betrug der Aufwertungssatz 5,0% (4,7%). Im 1. Halbjahr 1989 setzte sich die langfristige nominell-effektive Aufwertungstendenz fort (+4,0%), während die seit dem Vorjahr anhaltende Schwäche der DM auch eine real-effektiv niedrigere Bewertung des Schillings zur Folge hatte (-2,8%).

Gegenüber den meisten der in die Berechnung des Wechselkursindex einbezogenen Währungen verzeichnete der Schilling Kursgewinne. Im Vergleich der Devisenmittelkurse (Schilling je Fremdwährung) der 23 berücksichtigten Währungen waren am 13. März 1989 in Wien nur der Japanische Yen und der Schweizer Franken höher bewertet als 10 Jahre zuvor, alle anderen Währungen notierten schwächer. Die größten Gewinne des Schillings waren im Vergleich zu den Währungen von Hochinflationländern — dem Jugoslawischen Dinar, dem Türkischen Pfund, der Isländischen Krone, der Griechischen Drachme und dem Portugiesischen Escudo — zu verzeichnen. So hat etwa die jugoslawische Währung in ihrer Relation zum Schilling 99,8%, der Portugiesische Escudo immerhin 70,2% an Wert verloren. Aber auch für so wichtige Währungen wie die Italienische Lira, den Französischen Franc, die Spanische Peseta und die Schwedische Krone macht die bilaterale Schilling-Aufwertung mehr als 50% aus. Gemessen am ECU beträgt der Wertgewinn des Schillings etwas weniger als 26%.

Teilt man den Untersuchungszeitraum März 1979 bis März 1989 in zwei 5-Jahres-Perioden, so hat der Schilling gegenüber 18 von 23 Währungen in beiden Perioden an Wert gewonnen. Der US-Dollar und mit ihm der Kanadische und der Australische Dollar verzeichneten zwischen 1979 und 1984 massive Kursgewinne, die durch Kursverluste in den folgenden Jahren überkompensiert wurden. Auch ge-

Kursentwicklung der im Wechselkursindex des Schillings vertretenen Währungen

Übersicht 1

	Gewicht im Wechselkursindex des Schillings In %	Devisenmittelkurs in Wien am		Bilaterale Schilling-auf- (+) bzw. -abwertung (-) in %
		13 März 1979	13 März 1989	
Deutsche Mark	41,86	733,20	703,45	+ 4,2
Italienische Lira	11,52	1,61	0,96	+ 67,7
US-Dollar	10,20	13,62	13,11	+ 3,9
Schweizer Franken	6,44	813,40	824,70	- 1,4
Französischer Franc	5,97	318,10	207,25	+ 53,5
Englisches Pfund	5,35	27,89	22,50	+ 24,0
Jugoslawischer Dinar	3,16	72,95 ¹⁾	0,15 ¹⁾	+48 533,3
Holländischer Gulden	2,81	678,20	623,40	+ 8,8
Japanischer Yen	2,44	6,56	10,09	- 35,0
Spanische Peseta	2,02	19,70	11,33	+ 73,9
Schwedische Krone	2,01	312,20	206,00	+ 51,5
Belgischer bzw. Luxemburgischer Franc	1,83	46,41	33,59	+ 38,2
Finnische Mark	0,78	343,30	302,00	+ 13,7
Griechische Drachme	0,75	37,15 ¹⁾	8,32 ¹⁾	+ 346,5
Dänische Krone	0,73	262,30	180,40	+ 45,4
Norwegische Krone	0,53	267,20	193,10	+ 38,4
Kanadischer Dollar	0,52	11,62	10,97	+ 5,9
Türkisches Pfund	0,44	52,44 ¹⁾	0,65 ¹⁾	+ 7 967,7
Portugiesischer Escudo	0,22	28,60	8,53	+ 235,3
Australischer Dollar	0,22	15,29 ¹⁾	10,90 ¹⁾	+ 40,3
Irishes Punt	0,14	28,35 ¹⁾	18,81	+ 50,7
Neuseeländischer Dollar	0,05	14,45 ¹⁾	8,19 ¹⁾	+ 76,4
Isländische Krone	0,02	419,00 ¹⁾	25,02 ¹⁾	+ 1 574,7
Nachrichtlich: ECU	-	18,41 ²⁾	14,62	+ 25,9

¹⁾ Errechneter Wert zu Monatsende laut OeNB — ²⁾ Errechnet aus ECU-Leitkurs der DM und Devisenmittelkurs der DM in Wien

genüber dem Schweizer Franken hat der Schilling zunächst an Wert verloren und später einen Teil dieses Verlustes wieder wettgemacht. Nur der Japanische Yen wertete in beiden Perioden gegenüber dem Schilling auf.

Den größten Beitrag zur nominell-effektiven Aufwertung des Schillings leistete — gewichtet mit dem Anteil der Währungen am Wechselkursindex des Schillings und kumuliert über den Zeitraum 1979/1988 — der Jugoslawische Dinar: 16,2 Prozentpunkte oder 45% des gesamten Wertgewinns. Im Index für den Reiseverkehr erklärt der Dinar durch das höhere Gewicht (5,39%) 56% des Aufwertungseffektes. Verglichen mit dem außergewöhnlich starken Einfluß des Dinars spielen die anderen Währungen nur eine untergeordnete Rolle. Der — nach dem Dinar — mit Abstand größte Aufwertungsimpuls einer einzelnen Währung geht mit 6,8 Prozentpunkten von der Italienischen Lira aus. Ihr sind

35% der Schilling-Wertsteigerung (ohne Dinar) zuzurechnen. Die 13 kleineren Währungen des Index, die zusammen ein Gewicht von 8,24% haben, tragen immerhin 5,8 Prozentpunkte zur kumulierten Wertsteigerung bei. Es folgen der Französische Franc (+2,6 Prozentpunkte), der US-Dollar (+1,7 Prozentpunkte) und das Englische Pfund (1,3 Prozentpunkte). Der Aufwertungsbeitrag der Spanischen Peseta übertrifft mit 1,2 Prozentpunkten noch knapp jenen der DM. Der gewichtete Kursgewinn gegenüber dem am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligten Währungen³⁾ macht mit 11,7 Prozentpunkten etwas mehr als 60% des Aufwertungseffektes ohne Dinar aus.

Die real-effektive Rechnung ergibt ein grundlegend verändertes Bild, da die nominellen bilateralen Aufwertungseffekte durch höhere Preissteigerungen in diesen Ländern zu einem bedeutenden Teil wettgemacht oder

²⁾ Die der geometrischen Konstruktion des Wechselkursindex entsprechende logarithmische Berechnung der Wachstumsraten (Zahlen in Klammern) bringt von der „üblichen“ arithmetischen Berechnung abweichende Ergebnisse. Der entscheidende Vorteil der geometrischen Konstruktion liegt in der Symmetrie des Index gegenüber Auf- und Abwertungen (vgl. Mooslechner, 1982, S. 425f).

³⁾ Von den Währungen der 12 EG-Länder nehmen bisher das Englische Pfund, die Griechische Drachme und der Portugiesische Escudo nicht am Wechselkursmechanismus teil. Die Spanische Peseta, die seit 19. Juni 1989 dem EWS angehört, wurde in dieser Arbeit ebenfalls noch nicht berücksichtigt.

Unternehmensbefragung als Methode zur Einschätzung von Integrationseffekten

Im Auftrag der EG-Kommission und unter der Leitung von Paolo Cecchini untersuchten zahlreiche Wissenschaftler die Wachstums- und Wohlfahrtseffekte einer Integration durch den EG-Binnenmarkt. Das 6.000 Seiten umfassende Ergebnis dieser Untersuchungen, der „Cecchini-Bericht“, dient seither als Grundlage und Referenz für die meisten weiterführenden Analysen auf internationaler oder nationaler Ebene. Die Mikro-Analysen (im Unterschied zur Makro-Analyse) dieses Cecchini-Berichts reichen von Analysen der einzelnen Handelshemmnisse bzw. Marktbarrieren über Analysen einzelner Branchen sowie theoretische und empirische Studien über die ökonomischen Wirkungsweisen einer Marktintegration bis zu einer EG-weiten Umfrage von 12 Forschungsinstituten unter 11.000 Unternehmen. Eine in manchen Teilen anders gestaltete Umfrage führte das WIFO in der Folge in Österreichs Industrie durch – immer in Hinblick auf die Alternativen Beitritt oder Nichtbeitritt.

Die EG-Umfrage dient im Gesamtgebäude des Cecchini-Berichtes dazu, *Haltung und Erwartungen* der Unternehmen in Erfahrung zu bringen; sofern sie als Grundlage der Politik der Kommission verwendet wird, muß – so betont auch der Koordinator der Umfrage, G. Nerb – im Auge behalten werden, daß die Unternehmen erstens nicht vollständig *informiert* sind und daß zweitens die Antworten – im weitesten Sinn – *mikroökonomisch*, d. h. am einzelnen Unternehmen orientiert sind (EG-Kommission, 1988A, S. 1f). Nur in der Bundesrepublik Deutschland wurden Unternehmen explizit gefragt, wie gut sie *informiert* seien. Sie antworteten zu mehr als 50%, daß sie sich über das Thema EG-Binnenmarkt noch nicht ausreichend informiert fühlten (IFO, 1988, S. 3). Daß die *Mikroorientiertheit* der Antworten ein Problem bedeutet, hängt mit der Methode jeder Umfrage, aber auch mit den konkreten Fragen zusammen: Nur ein Teil der Fragen, die den Unternehmen gestellt wurden, befaßte sich mit ihren Strategien; zum Teil betrafen die Fragen die *Erwartungen* der Unternehmen *bezüglich der strategierelevanten Rahmenbedingungen* und deren Veränderung (z. B. Einflüsse des Abbaus der Handelshemmnisse auf Kosten und Umsätze usw.), deren Beantwortung irgend eine Sicht der mikroökonomischen Zusammenhänge voraussetzt. Umgekehrt kann jedoch der Mikroökonom die Zusammenhänge, die er sieht, nur schwer quantifizieren, da ihre Größe (letztlich sogar ihr Vorzeichen) ihrerseits von den Strategien der Unternehmen abhängt.

Der Ansatz der EG-Kommission ist mehrgleisig: 1. Mikroökonomien untersuchen die potentiellen Wirkungskanäle der Marktintegration und erstellen Fallstudien (einzelne Branchen, Marktbarrieren, Länder. 2. Die Antworten der Unternehmen geben Hinweise auf die mögliche Größenordnung der von den Mikroökonomien erwarteten Effekte (vgl. dazu die Ergebnisse der Umfrage in Österreich und in der EG). Sofern die Strategien der Unternehmen – bei gegebener Glaubwürdigkeit des Eintretens der von Ökonomen und Politikern prognostizierten Effekte – selbsterfüllend sind (die angesichts des prognostizierten Wachstums geplanten Investitionen führen *ceteris paribus* zum Wachstum, das wieder zu Investitionen führt), „bewahrheiten“ sich beide Ansatzpunkte. Eine Gefahr liegt umgekehrt jedoch darin, daß infolge einer argumentativen wechselseitigen Bestätigung die Effekte überbewertet werden.

Als Gesamtergebnis dieser umfangreichen, vielgleisigen Mikroanalyse erwartet die EG-Kommission *Wohlfahrtssteigerungen* (Steigerung des Realeinkommens von Produzenten und Konsumenten) von 4,3% bis 6,4% des BIP, die je zur Hälfte auf zwei verschiedene Effekte zurückgeführt werden: Wohlfahrtsgewinne infolge „*direkter*“ Kostenreduktion (unmittelbare Kosteneinsparung durch Abbau von Marktbarrieren) und Wohlfahrtsgewinne infolge der „*indirekten*“ Effekte der Marktintegration. Welches Spektrum an Effekten die Umfragen – der EG-Kommission ebenso wie des WIFO – widerspiegeln, ist nicht eindeutig: Die durchschnittlich erwartete Kostenreduktion von 1,7%, die die *Umfrage* unter EG-Unternehmen ergab, dürfte z. B. größtenteils direkte Effekte widerspiegeln (EG-Kommission, 1988B, S. 153); in die Antworten auf die Frage nach der erwarteten Umsatzentwicklung gingen andererseits auch Vorstellungen über längerfristige, dynamische Effekte ein¹⁾. Beziehen die Unternehmen in ihre Antworten bereits die durch die Reaktionen veränderten Marktstrukturen mit ein? Berücksichtigen sie die geänderten Strategien ihrer Konkurrenten aus den anderen EG-Ländern oder aus Nicht-EG-Ländern? Ebenso ist offen, ob die Vorstellungen der Unternehmen über die im Hintergrund wirksamen Marktintegrationseffekte mit denen der Mikroökonomien übereinstimmen.

¹⁾ Die Unternehmen wurden explizit nach dem Umsatz „nach einer Zeit“ der Anpassung gefragt (EG-Kommission, 1988B, S. 277, Frage 3A). Allerdings dürften entgegen der Einschätzung der Kommission auch in die Angaben zur Kostenreduktion – in geringerem Umfang – bereits dynamische Effekte eingegangen sein (economies of scale, vgl. Frage 2B).

teilung, die – da jedes Land nun besser seine komparativen Vorteile nutzt – die Wohlfahrt steigert. Wie tiefgehend und vermutlich auch langwierig der *Anpassungsprozeß* sein wird (Umstellung auf andere Produkte oder Branchen, unternehmensinterner Anpassungsprozeß oder über Konkurs und Neugründungen), hängt davon ab, wie stark die Verzerrungen durch die nichttarifischen Handelshemmnisse waren. Vermittelt wird dieser Prozeß über die Reduktion der ursprünglichen Kosten falls sie nicht in allen Ländern und Unternehmen für dieselben Produkte und im selben Ausmaß wirksam wird: Wenn diese unterschiedlichen Kostensenkungen auch in den Preisen weitergegeben werden (wie bei Kanal 1 eine Frage der Wettbewerbsintensität), verändert sich mit dem relativen Preisgefüge die Wettbewerbssituation der konkurrierenden Unternehmen. Im Zuge der folgenden Umstrukturierung „verbessert“ sich die Spezialisierung (zugleich können in einer tiefergehenden Spezialisierung steigende Skalenerträge genutzt werden).

Steigende Skalenerträge

Auf *steigenden „Skalenerträgen“* jeder Form⁵⁾ liegt neben den positiven Effekten eines erhöhten Wettbewerbs (Kanal 5) das Hauptaugenmerk der Analyse der Mikroeffekte durch die *EG-Kommission* (1988B, Kapitel 6 und 7)⁶⁾. Nach *Pratten* (1988) sollten aus der Sicht der effizientesten „Produktionsökonomie“, d. h. unter weitestgehender Annäherung der bestehenden Betriebsgrößen an die „*mindestoptimalen*“ Größen (bei deren Überschreitung die Kosten „nicht mehr stark fallen“; *Pratten*, 1988, S. 6) in den meisten Branchen in der ganzen EG nur etwa 20, d. h. in jedem großen EG-Land etwa 4, in jedem kleinen EG-Land entsprechend weniger *Betriebe* bestehen bleiben (*Pratten*, 1988, S. 75).

⁵⁾ Steigende Skalenerträge bezeichnen den Vorteil von „*Größe*“: Größe eines Marktes, eines Unternehmens, einer Betriebsstätte, einer Anlage, aber auch „*Größe in der Zeit*“ (d. h. wie lange ein Produkt bereits erzeugt wird), steigende Skaleneffekte von Forschung und Entwicklung, Lerneffekte, standardisierte Losgrößen u. a.

⁶⁾ Hier spiegeln sich Stand und aktuelle Vorlieben der ökonomischen Wissenschaft: Steigende Skalenerträge, ein Begriff der Industrieökonomie fanden erst jüngst Eingang auch in die Außenhandelstheorie und verhalten dieser zu einer „neuen Sicht“.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	1987	1988	1989	1988	1989	1989	1989	1989
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	August	Septem- ber	Oktober	September - ber
Energie								
Förderung	+ 7,5	+ 1,7	+ 1,9	- 4,8	+ 1,2	+ 11,9	+ 13,1	+ 16,6
Kohle	- 6,2	- 36,1	- 15,6	+ 10,5	+ 11,1	+ 12,2	+ 27,5	+ 96,9
Erdöl	- 4,8	+ 14,3	+ 9,5	- 6,1	- 14,0	+ 4,5	+ 10,3	+ 10,6
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	+ 10,6	+ 11,6	- 6,7	+ 11,0	+ 8,7	+ 19,2
Stromerzeugung	+ 13,1	+ 3,0	+ 3,1	- 4,3	+ 5,6	+ 12,9	+ 13,9	+ 15,5
Wasserkraft	+ 15,9	+ 0,5	+ 7,8	- 9,4	+ 3,3	+ 13,1	+ 16,2	+ 14,6
Wärmeleistung	+ 6,3	+ 9,5	+ 6,3	+ 36,7	+ 5,8	+ 12,7	+ 13,1	+ 16,2
Verbrauch	+ 3,8	- 2,8	+ 3,1	+ 1,7	+ 5,9	+ 0,8	+ 10,3	+ 12,2
Kohle	+ 5,4	- 11,9	- 12,0	+ 4,1	- 5,1	+ 5,4	+ 17,8	+ 16,0
Erdöl und Mineralöl- produkte	+ 2,1	+ 1,3	+ 7,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 9,6	+ 29,0	+ 26,7
Treibstoffe	+ 0,9	+ 3,7	+ 7,6	+ 0,5	+ 2,5	+ 9,6	+ 29,0	+ 26,7
Normalbenzin	+ 18,7	+ 0,1	+ 3,3	+ 15,7	+ 8,9	+ 2,2	+ 9,3	+ 11,7
Superbenzin	- 3,1	+ 1,5	+ 2,8	- 4,4	- 2,4	+ 1,2	+ 13,0	+ 13,6
Dieselmotoren	- 0,6	+ 13,4	+ 11,4	+ 9,7	+ 2,3	+ 0,8	+ 12,1	+ 5,5
Heizöl	+ 0,7	- 12,0	+ 12,7	- 10,5	+ 2,9	+ 5,4	+ 12,7	+ 13,0
Gasöl	+ 7,6	- 3,1	+ 27,7	+ 3,4	+ 16,6	+ 6,4	+ 12,5	+ 14,7
Sonstige Heizöl	- 2,1	- 16,0	+ 6,5	- 15,8	- 6,0	+ 11,7	+ 12,4	+ 10,7
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	+ 2,4	+ 1,2	+ 23,0	+ 2,3	+ 15,7	+ 6,2
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,1	+ 5,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 8,8	+ 9,5	+ 12,2

Groß- und Einzelhandel¹⁾

	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
	1987	1988	1989	1988	1989
Großhandelsumsätze, real	+ 1,7	+ 10,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 8,9
Aggregatumsätze, Lebens- und Genussmittel	+ 0,7	+ 5,4	+ 3,6	+ 9,7	+ 1,1
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+ 1,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 11,0	+ 8,4
Fertigwaren	+ 4,0	+ 13,4	+ 16,1	+ 14,5	+ 12,5
Großhandelsumsätze, nominal	- 0,2	+ 9,4	+ 9,4	+ 14,3	+ 9,8
Wareneingänge des Großhandels, nominal	- 1,0	+ 10,6	+ 11,0	+ 15,6	+ 9,4
Einzelhandelsumsätze, real	+ 2,1	+ 3,8	+ 0,6	+ 3,4	+ 2,1
Kurzlebige Güter	+ 2,0	+ 1,9	- 1,7	+ 2,6	+ 0,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,9	+ 4,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,6
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 2,2	- 10,3	+ 4,9	- 3,8
Sonstige Kurzlebige Güter	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 3,1	+ 1,2
Langlebige Güter	+ 2,3	+ 8,6	+ 6,4	+ 5,1	+ 5,8
Fahrzeuge	+ 1,8	+ 8,3	+ 12,1	+ 6,8	+ 3,1
Einrichtungsgegen- stände und Hausrat	+ 3,8	+ 8,1	+ 2,9	+ 3,8	+ 9,9
Sonstige Langlebige Güter	+ 12,2	+ 11,1	+ 6,0	+ 3,6	+ 3,7
Einzelhandelsumsätze, nominal	+ 3,1	+ 5,1	+ 2,0	+ 4,6	+ 3,7
Wareneingänge des Einzelhandels, nominal	+ 2,9	+ 5,0	+ 2,5	+ 5,2	+ 5,1

¹⁾ Großhandelsumsätze netto, Einzelhandelsumsätze brutto.

Außenhandel

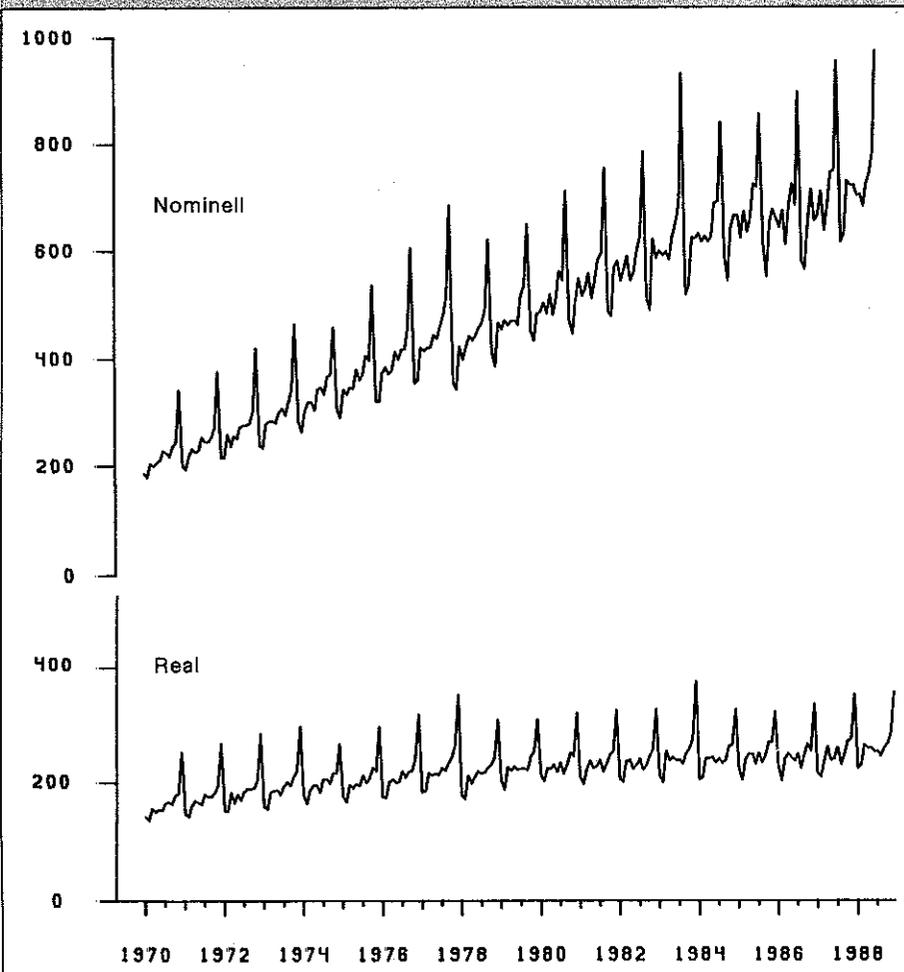
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
	1987	1988	1989	1988	1989
Ausfuhr insgesamt, nominal	- 0,0	+ 11,9	+ 12,2	+ 13,1	+ 16,6
Nahrungs- und Genussmittel	- 11,1	+ 27,5	+ 4,5	+ 10,3	+ 96,9
Rohstoffe und Energie	+ 8,5	+ 11,0	+ 11,0	+ 8,7	+ 19,2
Halbfertige Waren	+ 1,3	+ 12,9	+ 13,9	+ 15,5	+ 11,9
Fertigwaren	+ 1,1	+ 13,1	+ 16,2	+ 14,6	+ 9,7
Investitionsgüter	- 1,4	+ 12,7	+ 16,0	+ 13,1	+ 16,2
Konsumgüter	+ 0,8	+ 10,3	+ 12,2	+ 26,7	+ 25,6
Holz	+ 5,4	+ 17,8	+ 16,0	+ 14,9	+ 13,8
Papier	+ 3,0	+ 12,7	+ 15,3	+ 26,4	+ 16,2
Eisen und Stahl	+ 9,6	+ 29,0	+ 26,7	+ 27,8	+ 21,9
Metalle	+ 2,2	+ 9,3	+ 11,7	+ 20,0	+ 15,3
Metallwaren	+ 1,2	+ 13,0	+ 13,6	+ 18,7	+ 13,5
Maschinen (SITC 71 bis 77)	+ 0,8	+ 12,1	+ 5,5	+ 13,0	+ 13,5
Nachrichtengeräte	+ 5,4	+ 12,7	+ 13,0	+ 16,4	+ 13,1
EG 86	+ 6,4	+ 12,5	+ 14,7	+ 15,3	+ 11,4
BRD	+ 11,7	+ 12,4	+ 10,7	+ 20,2	+ 11,2
Italien	+ 2,3	+ 15,7	+ 6,2	+ 13,0	+ 12,9
Großbritannien	+ 5,4	+ 8,1	+ 9,8	+ 13,0	+ 9,3
EFTA 86	- 5,4	+ 8,8	+ 9,5	+ 12,2	+ 10,3
Schweiz	- 7,3	+ 13,4	+ 16,9	+ 28,6	+ 12,4
Industriestaaten Übersee	- 6,4	+ 13,3	+ 23,6	+ 23,0	+ 25,7
Oststaaten	- 24,3	+ 14,4	+ 17,3	- 6,7	+ 7,4
OPEC	- 10,6	+ 2,0	- 0,7	+ 19,1	+ 30,2
Sonstige Entwicklungsländer	- 4,4	+ 15,8	+ 10,6	+ 30,0	+ 20,6
Schwellenländer ¹⁾	+ 1,0	+ 9,6	+ 7,8	+ 20,4	+ 17,9
Einfuhr insgesamt, nominal	+ 4,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 14,8	+ 10,7
Nahrungs- und Genussmittel	- 11,5	- 3,1	- 3,3	+ 15,7	+ 9,4
Rohstoffe und Energie	- 2,5	+ 11,7	+ 14,2	+ 27,3	+ 20,5
Halbfertige Waren	+ 5,0	+ 12,0	+ 8,7	+ 21,4	+ 18,1
Fertigwaren	+ 7,5	+ 11,7	+ 11,5	+ 17,4	+ 19,0
Investitionsgüter	- 9,4	+ 28,8	+ 29,8	+ 6,8	+ 15,4
Konsumgüter	- 15,7	- 14,6	- 10,7	- 3,0	+ 19,5
Pkw	+ 0,7	- 25,1	- 16,6	- 0,6	+ 37,8
Brennstoffe	+ 3,6	+ 0,3	+ 12,8	+ 11,7	+ 8,3
Erdöl, Wert	+ 2,6	+ 9,8	+ 8,5	+ 22,1	+ 17,7
Erdöl, Menge	+ 0,7	+ 9,7	+ 10,5	- 9,3	+ 6,2
Erdölprodukte, Menge	+ 2,6	+ 9,8	+ 8,5	+ 22,1	+ 17,7
EG 86	+ 1,4	+ 10,4	+ 8,6	+ 18,9	+ 16,0
BRD	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,7	+ 11,4	+ 12,0
EFTA 86	- 17,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 13,3	+ 10,5
Oststaaten	- 5,6	- 18,9	- 14,3	- 14,2	+ 29,8
OPEC	+ 12,9	+ 20,4	+ 12,3	+ 29,6	+ 19,0
Schwellenländer ¹⁾	- 2,5	+ 2,2	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,7
Ausfuhrpreis ²⁾	+ 4,8	+ 1,6	+ 3,5	+ 4,0	+ 5,5
Einfuhrpreis (S la t)	- 4,2	- 17,1	- 24,5	+ 9,5	+ 23,8
Terms of Trade ³⁾	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,5	- 0,7	- 1,7

¹⁾ Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawien, Südkorea, Mexiko, Portugal, Singapur, Spanien, Taiwan. — ²⁾ 1988: adaptierte Daten des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, ab 1989: WIFO-Berechnung.

Index der Einzelhandelsumsätze

Ø 1958 = 100

Abbildung 1



Der Jahresverlauf der Einzelhandelsumsätze wird durch das Weihnachtsgeschäft entscheidend bestimmt.

sind in Abbildung 1 deutlich zu erkennen.

Ein zweites Problem bedeuten „Kalendereffekte“. Die Umsätze des Einzelhandels sind an den einzelnen Wochentagen unterschiedlich hoch; die von Jahr zu Jahr variierende Wochentagszusammensetzung der Monate beeinflusst daher ihren Verlauf.

Ein dritter Sonderfaktor ist der Ostereffekt. Das Kalenderdatum der Osterfeiertage schwankt von Jahr zu Jahr. Davon sind die Einzelhandelsumsätze im März und April betroffen. Erst nach Ausschaltung all dieser Sondereinflüsse aus den Ursprungsreihen ist eine brauchbare Saisonbereinigung möglich.

Wie man die Originalreihen von den Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen sowie von Kalender- und Ostereffekten befreien kann, hat Thury (1986A) detailliert beschrieben. Die vorliegende Arbeit be-

schränkt sich auf eine kurze Beschreibung der wichtigsten Schätzergebnisse.

Die Umsätze des Einzelhandels insgesamt sowie jener Branchen, in denen das Weihnachtsgeschäft besonders große Bedeutung hat (Spiel- und Sportartikel, Uhren und Schmuckwaren, elektrotechnische Erzeugnisse, Textilwaren und Beklei-

ARIMA-Modelle für die Einzelhandelsumsätze

dung, Schuhe, Möbel und Heimtextilien, Metallwaren und Haushaltsgegenstände), werden durch ARIMA-Modelle abgebildet. Alle diese Modelle werden sowohl für die nominellen als auch für die realen Umsatzindizes geschätzt, weil über die Qualität der jeweiligen Deflatoren nichts bekannt ist; beschränkte man sich auf reale Werte, so könnten mögliche unerklär-

liche Sprünge im Deflator als Umsatzänderungen der Branche interpretiert werden. Die Analyse der nominellen und der realen Umsatzindizes hingegen hilft, solche Fehlinterpretationen zu vermeiden (Daß die nominellen und die realen Reihen in den meisten Fällen in der Tendenz ganz gleich verlaufen, spricht für die Qualität der Deflatoren).

Weil diese ARIMA-Modelle nur eine Zwischenstufe der Untersuchung sind, soll hier nur das Modell für die realen Einzelhandelsumsätze insgesamt genauer beschrieben werden, um Aussehen und Struktur der geschätzten Modelle zu demonstrieren (Die Schätzwerte der Parameter dieses Modells sind in Übersicht 2 zusammengestellt; die Berechnung erfaßt den Zeitraum von Jänner 1970 bis August 1989.)

Ogleich das Modell offensichtlich höchst komplex ist, konnten relativ gesicherte Schätzwerte für die verschiedenen Effekte ermittelt werden. Die Interventionsvariablen ξ_i quantifizieren die Auswirkungen der in Übersicht 1 angeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Alle Parameter haben das erwartete Vorzeichen und sind signifikant von Null verschieden. Eine angekündigte Steuererhöhung löst, wie erwartet, einige Monate vor der Einführung Vorziehkäufe und unmittelbar nach der Einführung Umsatzeinbußen aus. Besonders ausgeprägt sind diese Umsatzeinbußen im Fall der „Luxussteuer“: Sie erreichen im Februar 1978 mit fast 10% ihren

Zunächst sind mit Hilfe eines Modells Sondereinflüsse aus der Entwicklung des Einzelhandels zu filtern. Solche Sondereinflüsse sind fiskalische Maßnahmen, Kalendereffekte sowie der Ostertermin.

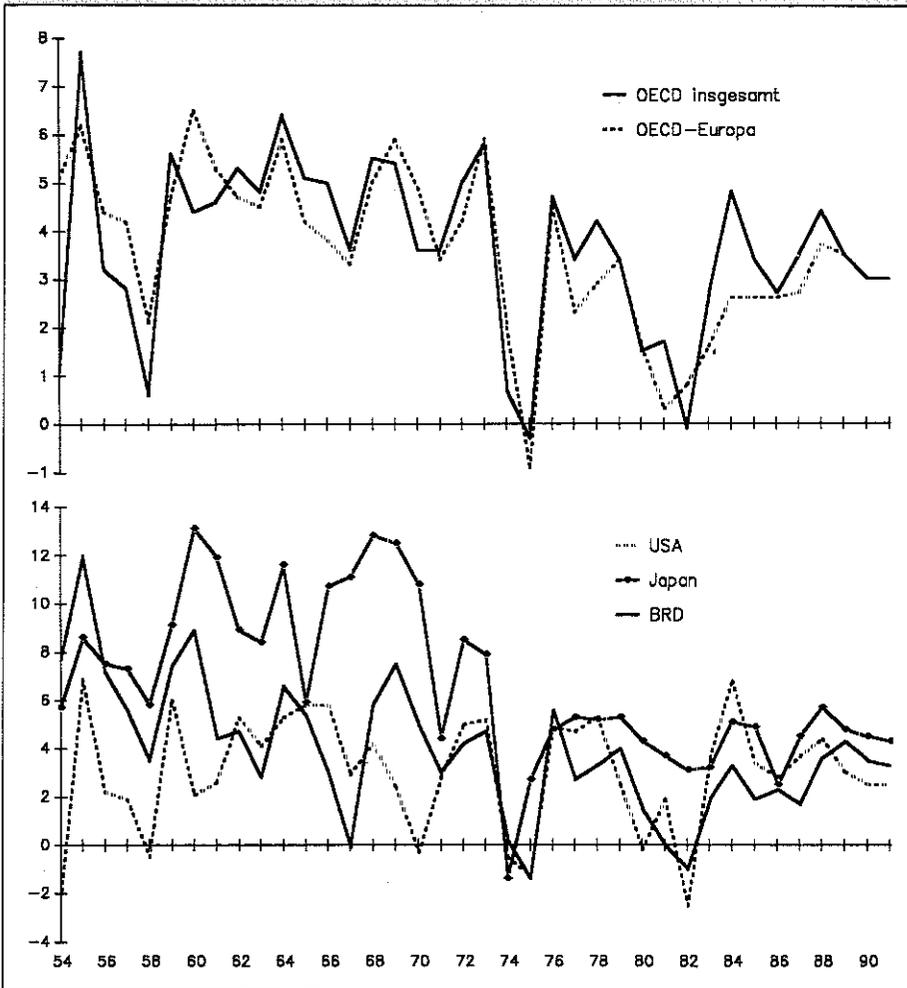
Höhepunkt und fallen danach exponentiell ab. Eine Quantifizierung des Volumens der Vorziehkäufe bei wichtigen Mehrwertsteueränderungen bietet Übersicht 3.

Die Kalendervariablen T_{it} geben die Bedeutung der einzelnen Wochentage für die Umsatzentwicklung wieder. Einzelheiten über ihre Konstruktion können Thury (1989) entnommen werden. Die Schätzwerte der einzelnen Wochentagsgewichte scheinen nicht unplausibel. Vor allem, daß Montage ein leicht negatives und

Vom Vier- zum Siebenjahreszyklus

Abbildung 1

BNP bzw. BIP (real), Veränderung gegen das Vorjahr in %



Die schweren exogenen Erdölpreisschocks haben die Länge der Konjunkturzyklen maßgeblich beeinflusst. Während sie in den sechziger Jahren im Durchschnitt rund 4 Jahre dauerten, erkennt man seit Anfang der siebziger Jahre einen „Siebenjahreszyklus“. Der Konjunkturzyklus dürfte wieder seine „Normallänge“ annehmen, wenn schwere exogene Schocks ausbleiben.

Das WIFO geht in seiner Prognose von der Annahme aus, daß die bisher getroffenen restriktiven Maßnahmen der Geldpolitik ausreichen, um eine weitere Beschleunigung der Inflation zu unterbinden und ein „soft landing“ der Weltkonjunktur im kommenden Jahr sicherzustellen. Die Unsicherheitsfaktoren sind wie zum letzten Prognosetermin die Ungleichgewichte zwischen den Leistungsbilanzen der drei wichtigsten Industrieländer USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland, im Zusammenhang damit die Wechselkurslabilität des Dollars und die anhaltend hohe Verschuldung der Entwicklungsländer. Das „Soft-landing“-Szenario unterstellt, daß der Konjunkturaufschwung heuer seinen Höhepunkt überschritten hat. Das Brutto-Nationalprodukt der OECD insgesamt wird 1989 (+3,5%,

OECD-Europa +3,5%) sowie 1990 und 1991 (jeweils +3%) langsamer wachsen als 1988 (+4,4% bzw +3,7%; Übersicht 1)

Arbeitsmarkt bleibt angespannt

Die Nachfrage nach Arbeitskräften war heuer ungebrochen lebhaft. Besonders stark hat die Zahl der Beschäftigten in den USA, in Großbritannien, Kanada und Australien zugenommen, in Dänemark, Norwegen und Neuseeland ist sie gesunken. In der OECD nahm die Beschäftigung im 1. Halbjahr 1989 um 2% zu (nach +1,8% 1988), in OECD-Europa um 1,3% (nach +1,5% 1988). Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern stieg sie in Kanada, Australien und in

der Schweiz im Dienstleistungssektor schwächer als in der Industrie. Die erhöhte Anspannung auf dem Arbeitsmarkt läßt sich aus mehreren Anzeichen ablesen: Die Zahl der Überstunden ist gestiegen, die Relation zwischen Arbeitslosenzahl und offenen Stellen (Stellenandrangziffer) ist in fast allen Ländern deutlich gesunken, in einigen Ländern (Australien, Belgien, Finnland und Schweiz) wurden sogar Rekordwerte gemeldet. Laut Umfragen ist vielfach die gegenwärtige sektorale, berufs- und ausbildungsspezifische Arbeitskräfteknappheit („Facharbeitermangel“) vergleichbar mit jener in früheren Hochkonjunkturphasen.

Die starke Steigerung von Produktion- und Beschäftigtenzahl hat im allgemeinen keine Beschleunigung der Zunahme des Arbeitskräfteangebotes bewirkt. Nach +1,2% 1988 erreichte dessen Wachstumsrate im 1. Halbjahr 1989 in der OECD insgesamt 1,3%, in OECD-Europa verringerte sie sich sogar (von +0,8% auf +0,4%). Gleichbleibend kräftig wächst heuer das Arbeitskräfteangebot in Frankreich, Belgien, Finnland und Österreich. In der Bundesrepublik Deutschland verstärkte der Zustrom der Aus- und Übersiedler aus den Oststaaten, in den USA und in Japan der wachsende Zustrom von Frauen auf den Arbeitsmarkt die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes. In den meisten OECD-Ländern ist die Arbeitslosenrate im Verlauf von 1989 gegenüber dem Vorjahr gesunken (Ausnahmen waren Dänemark, Norwegen, die Türkei, Griechenland und Neuseeland). Entgegen früheren Erfahrungen war der Abbau der Arbeitslosigkeit in Europa beachtlicher als in Nordamerika und Japan. Seit dem Höhepunkt im Jahr 1983 ist die Arbeitslosenrate in der OECD insgesamt um mehr als 2 Prozentpunkte gefallen (auf 6,8% 1989), in Europa gegenüber dem Höhepunkt 1985 um 1½ Prozentpunkte (auf 9,5% 1989). Trotz dieser beträchtlichen Fortschritte blieb der Anteil der Langzeitarbeitslosen in vielen europäischen Ländern unverändert hoch. Während die Arbeitslosenrate in den USA mit 5¼% 1989 nun wieder jener von 1973/74 entspricht, ist sie in Europa im Durchschnitt noch fast dreimal so hoch wie Anfang der siebziger Jahre (positive Ausnahmen sind Schweden und die Schweiz).

Entwicklung der Industrierohstoffpreise
HWWA-Index

Übersicht 2

	Gewicht in %	1988	1988	1989			1988	1989 ¹⁾
		Ø Index	IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	Ø	Ø
		Veränderung gegen die Vorperiode in %						
Industrierohstoffe	20,9	181,8	+ 7	+ 2	- 4	- 2	+ 22	+ 3
Agrarische Rohstoffe	10,1	191,6	± 0	+ 1	- 1	+ 1	+ 15	- 1
Baumwolle	1,3		+ 1	+ 6	+ 11	+ 11	- 11	+ 14
Sisal	0,1		+ 1	+ 5	± 0	+ 1	+ 3	+ 8
Wolle	0,7		- 1	- 5	- 11	- 3	+ 51	- 14
Häute	0,7		- 6	+ 6	- 2	+ 7	+ 11	± 0
Schnittholz	2,9		+ 4	- 2	+ 1	+ 4	+ 6	± 0
Kautschuk	0,8		- 15	+ 6	- 9	- 9	+ 15	- 12
Zellstoff	3,7		- 2	+ 2	- 2	- 3	+ 21	± 0
NE-Metalle	6,1	216,4	+ 18	+ 3	- 11	- 4	+ 44	+ 6
Aluminium (free)	1,1		- 9	- 8	- 6	- 15	+ 62	- 25
Blei (LME) ²⁾	0,3		+ 14	- 10	+ 1	+ 11	+ 10	+ 3
Kupfer (LME) ²⁾	3,1		+ 42	± 0	- 14	- 2	+ 46	+ 13
Nickel	0,6		- 10	+ 42	- 23	- 9	+ 175	+ 5
Zink (LME) ²⁾	0,5		+ 20	+ 20	- 14	+ 5	+ 56	+ 40
Zinn	0,5		± 0	+ 10	+ 26	- 12	+ 3	+ 27
Eisenerz Schrott	4,7	115,5	+ 5	+ 6	+ 4	- 4	+ 9	+ 8
Eisenerz	3,7		- 1	+ 14	+ 8	- 7	+ 4	+ 12
Stahlschrott	1,0		- 2	+ 3	- 3	- 11	+ 25	- 5
HWWA-Index insgesamt ³⁾	100,0	143,4	- 2	+ 15	+ 3	- 4	- 5	+ 10
Ohne Rohöl	42,3	151,7	+ 4	+ 1	- 3	- 4	+ 19	± 0

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, und Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE. Neuer Index: 1975 = 100, auf Dollarbasis, gewichtet mit den Rohstoffimporten der Industrieländer der Basisperiode. — ¹⁾ Prognose. — ²⁾ London Metal Exchange. — ³⁾ Industrierohstoffe + Nahrungs- und Genussmittelrohstoffe + Energierohstoffe; zur Preisentwicklung der letzten zwei Rohstoffkategorien siehe Breuss F „Abkühlung der Konjunktur in den westlichen Industriestaaten“ in diesem Heft Übersicht 3

gegenüber den früheren Erwartungen von 4,5 Mill. Ballen um 2 bis 3 Mill. Ballen erhöhen. Der größte Unsicherheitsfaktor sind dabei die ungenauen Angaben aus Peking.

Nach ihrem starken Anstieg bis Mitte des vergangenen Jahres sinken die *Wollpreise* kontinuierlich (I. Quartal -11%, II. Quartal -3%). Im Herbst des laufenden Jahres fielen sie bis auf den Interventionspunkt der Australian Wool Corporation (AWC). Daher wurden allein bis Mitte September 42% der angebotenen 124.000 Ballen von der AWC aufgekauft. Nach Angaben des Internationalen Wollsekretariates sind die Lagerbestände in der laufenden Saison auf insgesamt 600.000 Ballen gewachsen (Ende der Saison 1988/89 190.000 Ballen). Die Verbesserung der Notierung für *Sisal* (Jahresdurchschnitt 1989 +8%) ist zum einen auf die Verknappung des Angebotes infolge der Trockenheit in den Anbaugeländen, zum anderen auf die geringere Konkurrenz durch andere natürliche Fasern zurückzuführen.

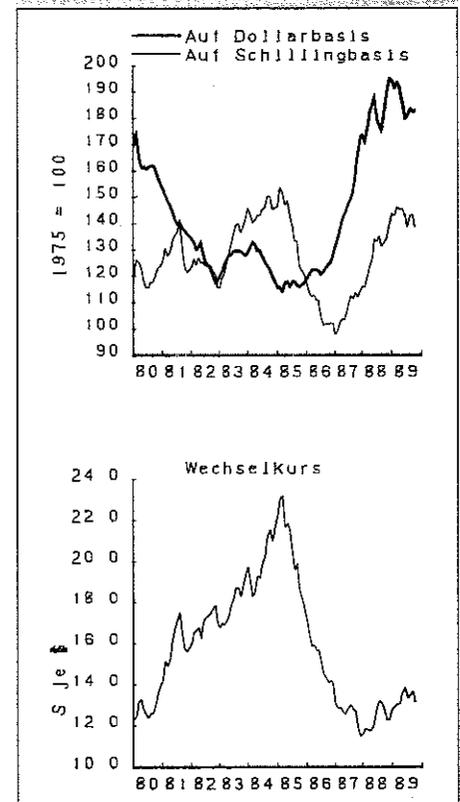
Raffinadezinn im laufenden Jahr ausgeglichen bilanzieren (jeweils rund 183.000 t), ergibt sich durch Nettoimporte der Staatshandelsländer ein weltweites Produktionsdefizit von etwa 10.000 t.

Aluminium wird als einziges Nicht-eisen-Metall 1989 billiger sein als im Vorjahr (-25%). Nach der seit Anfang 1987 anhaltend guten Marktverfassung gilt diese Konsolidierungsphase als längst überfällig. Die Hüttenbetriebe produzieren seit nunmehr 1½ Jahren an der Kapazitätsgrenze. Die europäische Hüttenproduktion überstieg mit 2,3 Mill. t das Vorjahresergebnis in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres um 3,8%. Produktionsausfälle durch Streiks (Kanada) und Guerilla-Anschläge (Peru und Papua-Neuguinea) haben den Rückgang der *Kupferpreise* seit dem Sommer 1989 von 14% (II. Quartal) auf 2% (III. Quartal) verlangsamt. Der ursprünglich für die westliche Welt erwartete Produktionsüberhang wird im laufenden Jahr nicht eintreten, da die Produktion gegenüber dem Vorjahr um nur 3% auf 8,26 Mill. t zunimmt und der Verbrauch um 2% auf 8,45 Mill. t steigt. Einschließlich der Nettoimporte der Staatshandelsländer von 150.000 t wird das weltweite

Produktionsdefizit an Kupfer rund 350.000 t betragen. Ebenso flachte der Rückgang der *Nickel*preise ab (-23% bzw. -9%). Er ist auf die verringerte Nachfrage der Edeltahlerzeuger zurückzuführen. Für 1989 wird erwartet, daß die Weltproduktion an Rostfrei-Rohblock auf 10,5 Mill. t sinkt; sie wird damit um 1,8% unter dem Rekordjahr 1988 liegen.

Unter den agrarischen Industrierohstoffen hielt der Auftrieb der Baumwollpreise bis zuletzt an (II. und III. Quartal jeweils +11%), sodaß Baumwolle sich im Durchschnitt des laufenden Jahres in dieser Untergruppe am stärksten verteuern wird (+14%, agrarische Industrierohstoffe -1%). Der Verbrauchsüberhang dürfte in der Saison 1989/90 höher sein als ursprünglich erwartet (4,5 Mill. Ballen; Weltproduktion 80,5 Mill. Ballen, Weltverbrauch 85 Mill. Ballen): Zum einen bleibt aufgrund der Witterung die Produktion Chinas und der USA hinter den Erwartungen zurück, zum anderen steigt der Verbrauch aufgrund geänderter Konsumgewohnheiten — d. h. höherer Baumwollanteile im Fasereinsatz — stärker als zuletzt prognostiziert (voraussichtlich 86,3 Mill. Ballen). Insgesamt dürfte sich der Verbrauchsüberhang

HWWA-Index **Abbildung 1**
der Industrierohstoffpreise



Die Industrierohstoffpreise gehen seit Anfang 1989 zurück. Die Entwicklung auf Schillingbasis spiegelt die Entwicklung auf dem Weltmarkt (in Dollar) seit Anfang 1987 wider, da die geringfügigen Wechselkursschwankungen sich nicht nennenswert niederschlagen.

Welthandelspreise und gesamtwirtschaftliche Entwicklung *Übersicht 1*

	Ø 1965/1972	Ø 1972/1981	Ø 1981/1988	Ø 1981/1985	Ø 1985/1988
Jährliche Veränderung in %					
Welthandelspreise	+ 3,7	+ 15,2	+ 0,3	- 3,5	+ 5,6
Brennstoffe	+ 4,3	+ 34,2	- 10,0	- 4,4	- 16,9
Sonstige Rohstoffe	+ 2,9	+ 11,3	- 1,1	- 4,6	+ 3,8
Nahrungsmittel	+ 3,7	+ 10,8	- 2,9	- 5,2	+ 0,3
Industrierohstoffe	+ 1,9	+ 12,0	+ 2,4	- 3,8	+ 11,2
Industriewaren	+ 3,6	+ 10,4	+ 2,9	- 2,7	+ 10,7
Verbraucherpreise in den Industrieländern	+ 4,4	+ 9,7	+ 4,2	+ 5,3	+ 2,8
In %					
Realzinsniveau international ¹⁾	3,2	- 5,9	8,6	13,9	1,6
In den sechs größten Industrieländern ²⁾	1,3	- 0,7	4,0	4,3	3,7
Ø 1965/1973 Ø 1973/1982 Ø 1982/1988 Ø 1982/1985 Ø 1985/1988					
Jährliche Veränderung in %					
Welthandel real	+ 8,6	+ 1,8	+ 5,8	+ 4,5	+ 7,0
Produktion real (BIP)					
Welt	+ 5,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,6
Industrieländer	+ 4,7	+ 2,0	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,3

¹⁾ Eurodollars (Dreimonatsgeld), deflationiert mit den Welthandelspreisen insgesamt. — ²⁾ Mit dem nominellen Wert des Brutto-Inlandsproduktes 1980 (in Dollar) gewichteter Durchschnitt der Realzinsen in den einzelnen Ländern (Nominalzinsen für Dreimonatsgeld deflationiert mit den Verbraucherpreisen)

Importnachfrage? Wie entwickelten sich beide Reaktionsalternativen im Zeitablauf?

- Wieweit lassen sich die ausgeprägten Wachstumsschwankungen im Welthandel aus der Reaktion der einzelnen Ländergruppen auf die Preis- und Einkommensverschiebungen erklären?
- Welche Handelsbilanzungleichgewichte ergaben sich aus diesen Anpassungsprozessen der einzelnen Ländergruppen?
- In welchem Maß läßt sich die internationale Schuldenkrise aus der Kumulierung der Handelsbilanzdefizite der Entwicklungsländer erklären, und welchen Beitrag hat dazu die gegenläufige Entwicklung von Welthandelsinflation und Dollarzinsen geleistet?

Diese Fragen erfordern die Übertragung kreislaufanalytischer und saldenmechanischer Konzepte auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, also eine Analyse des Güter- und Einkommenskreislaufs in der Weltwirtschaft als geschlossenes System. Solche umfassenden Ansätze wurden bereits in den dreißiger und vierziger Jahren entwickelt, nicht zuletzt weil

Rohstoffpreise und gesamte Inflationsdynamik

die Weltwirtschaftskrise durch einen anhaltenden Kontraktionsprozeß des Welthandels ausgebreitet und verschärft worden war (Frisch, 1934, 1947, Keynes, 1980, Metzler, 1950). In jüngerer Zeit wurde diese Sichtweise vereinzelt wieder aufgegriffen (Good-

Auch die Gesamtproduktion in den Industrieländern wurde nachhaltig von der Dynamik der Weltwirtschaft bestimmt (Übersicht 1, Abbildung 2). Die beiden Erdölpreisschocks lösten einen Wachstumseinbruch im Welthandel aus, der viel heftiger war und früher einsetzte als der Rückgang der Gesamtproduktion (BIP) in den Industrieländern. Auch der jeweils nachfolgende Konjunkturaufschwung profitierte von einer besonders kräftigen Wachstumsbeschleunigung im internationalen Handel. Ähnliches gilt für die Wirtschaftsbelegung in den Industrieländern seit 1983.

Die Realzinsen schwankten international ebenfalls viel mehr als national (Übersicht 1, Abbildung 2). In den siebziger Jahren waren die realen Zinsen für einen internationalen Dollar-kredit außerordentlich niedrig (-5,9% zwischen 1972 und 1981), in der ersten Hälfte der achtziger Jahre aber

Zielsetzung der Studie

besonders hoch (13,9% zwischen 1981 und 1985). Seither sind sie wieder kräftig gesunken. Diese extremen Realzinsschwankungen spiegeln im wesentlichen die Folge von inflationären und deflationären Phasen in der Weltwirtschaft wider.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, Antworten auf folgende Fragen zu geben:

- Wieweit hat die Verschiebung der relativen Preise zwischen Rohstoffen — insbesondere Erdöl — und Industriewaren die internationale und nationale Inflationsdynamik bestimmt?
- Wie haben diese Preisverschiebungen die Terms of Trade und damit die Einkommensverteilung zwischen Industrieländern, erdöl-exportierenden Ländern, sonstigen Entwicklungsländern und Planwirtschaften verändert?
- Wie reagierten diese Ländergruppen auf die Preisverschiebungen und die damit verbundene Einkommensumverteilung? Dominierten Substitutionseffekte oder eine Veränderung der gesamten

Rohstoffpreise und Gesamtinflation 1965/1985 *Übersicht 2*

Regressionsgleichungen der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate

Abhängige Variable	Konstante	Erklärende Variable	R ²	DW
WRB	—	3,44 (5,17)	WRNB ₋₁ 0,60	2,78
WR	—	0,46 (17,54)	WRB 0,94	1,75
WI	—	0,33 (6,88)	WR 0,71	1,63
WT	—	0,58 (18,82)	WR 0,95	1,43
VP	—	0,38 (4,81)	WT ₋₁ 0,56	0,71
	5,68	0,18 (4,97)	WT ₋₁ 0,59	1,50

WRB = Welthandelspreise von Brennstoffen
 WRNB = Welthandelspreise von Brennstoffen und Nahrungsmitteln (WRNB₋₁: um 1 Jahr verzögert)
 WR = Welthandelspreise von Rohstoffen insgesamt
 WI = Welthandelspreise von Industriewaren,
 WT = Welthandelspreise insgesamt (WT₋₁: um 1 Jahr verzögert)
 VP = Verbraucherpreise in den Industrieländern

R² Regressionskoeffizient DW Durbin-Watson-Koeffizient kursive Zahlen in Klammern t-Statistik